

Genehmigung am 16.05.2024 (genehmigt)

Protokoll 07

Stadtratssitzung
Donnerstag, 28.03.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2020.SR.000387	8
2 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahlen, Wahlen stellvertretende Mitglieder	
2020.SR.000388	9
3 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahlen, Wahlen stellvertretende Mitglieder	
2023.FPI.000033	9
4 Personalamt (Dienststelle 640): Nachkredit zum Globalbudget 2023	
2023.FPI.0102.....	10
5 Steigerhubelstrasse 65, 3008 Bern: Baurechtsvertrag zur Übernahme des Kirchgemeindehauses Steigerhubel (RefBernImmo AG); Verpflichtungs- und Investitionskredit	
2017.SR.000110	14
6 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, AL/GPB-DA/PdA (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Marcel Wüthrich GFL/Matthias Stürmer, EVP/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA/Christa Ammann, AL/Tamara Funciello, JUSO): Keine Rentengelder für die Kriegsmaterialproduktion!; Begründungsbericht	
2023.SR.000006	19
7 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Therese Streit, EVP): Schulareal-Überwachung über- oder neudenken?; Annahme/Prüfungsbericht	
2023.SR.0099.....	20
8 Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz / Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler, SP): Schliessung Spital Tiefenau: Zwischennutzungen jetzt angehen	
2023.SR.0106.....	24
9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Fuchs / Thomas Glauser, SVP): Zentralweg: Die Stadt muss Strafanzeige einreichen!	
2023.SR.0191.....	25
10 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Niklaus Mürner): Viererfeld-Desaster Stadtplan	
2022.SR.000159	30

11	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Stadt Bern und EWB: Günstige Strom- und Gaspreise für alle, die das wollen!	
2022.SR.000209	34
12	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der geplanten Einschränkungen der Päckli-Zustellungen in Bern! Stopp unnötiger Ressourcenverschwendung!	
Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr	37
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr	38
2023.SR.0101	39
13	Postulat Fraktion Mitte (Sibyl Eigenmann / Lionel Gaudy, Mitte): Modernisierung des Parkkartensystems in der Stadt Bern – Vollständige Digitalisierung des Parkkartensystems und Förderung des Car-Sharings	
2014.SR.000330	42
14	Motion Fraktion SP (Stefan Jordi/Annette Lehmann, SP) - übernommen durch Michael Sutter (SP): Mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche beim Spitalackerschulhaus! Endlich Massnahmen umsetzen; Fristverlängerung	
2022.SR.000031	45
15	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Lionel Gaudy, Mitte): Um die Wohnqualität im Kirchenfeldquartier zu verbessern braucht es zur Entlastung der stark frequentierten Hauptstrasse Freudenbergplatz-Ostring-Burgernziel-Thunstrasse-Kirchenfeldstrasse-Monbijoubrücke-Eigerplatz eine neue, ökologisch sinnvolle Südumfahrung! Die nötigen Planungen sind zu starten und die betroffene Region ist in den Planungsprozess einzubinden	
2022.SR.000106	49
16	Interpellation Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB): Wie wirkt sich der Biogas-Ausstieg von Bernmobil auf die städtischen Klimaziele aus?	
2022.SR.000145	50
17	Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger /Thomas Fuchs/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP/Simone Machado, GaP/Ruth Altmann, parteilos): Die finanzielle Notlage von Bernmobil: Wie geht es weiter? Wie können drohende Steuer- und Gebührenerhöhungen verhindert werden? Gibt es neben Bernmobil und der BASAG noch andere mit der Stadt verbundene Einrichtungen und Vertragspartner, die wegen der massiv gestiegenen Energiekosten in Schieflage geraten sind? Volle Transparenz und das Aufzeigen der Lösungswege sind gefordert!	
2022.SR.000167	55
18	Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP): Entlastung der Stadtfinanzen durch Abgabe von Durchgangsstrassen an den Kanton	
2023.SR.000062	59
19	Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, Mitte (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP/Sibylle Eigenmann, Mitte): Einführung des Farbsacktrennsystems: Sofortiger Übungsabbruch!	
2023.SR.0129	69
20	Interfraktionelles Postulat Fraktion GFL/EVP, GB/JA (Tanja Miljanovic, GFL / Nora Joos, JA): Optimierung des Betriebs der Parkhäuser in der Innenstadt	
Versoben und eingereicht	72
Schluss der Sitzung: 22.34 Uhr	73

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Janina Aeberhard	Muriel Graf	Szabolcs Mihalyi
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Lukas Gutzwiller	Niklaus Mürner
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Ruth Altmann	Bernhard Hess	Barbara Nyffeler
Emanuel Amrein	Michael Hoekstra	Mehmet Özdemir
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Florence Pärli Schmid
Oliver Berger	Matthias Humbel	Simone Richner
Tom Berger	Seraphine Iseli	Claudio Righetti
Lea Bill	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Laura Binz	Anna Jegher	Sarah Rubin
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Michael Ruefer
David Böhner	Nora Joos	Mahir Sancar
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Judith Schenk
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Nik Eugster	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Sofia Fisch	Simone Machado	Bettina Stüssi
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Michael Sutter
Lionel Gaudy	Esther Meier	Johannes Wartenweiler
Franziska Geiser	Daniel Michel	Marcel Wüthrich
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Bettina Jans-Troxler	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Ingrid Kissling-Näf	Lukas Wegmüller
Michael Burkard	Nora Krummen	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic		

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, geschätzte Anwesende, wir beginnen heute sehr pünktlich, denn wir haben viel vor. Herzlich willkommen zur letzten Sitzung vor den Ostern und vor den Frühlingsferien. Ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen abwesend sind Janosch Weyermann von der SVP, Ingrid Kissling-Näf von der SP, Yasmin Amana Abdullahi von der JGLP, Ursina Anderegg vom GB – vielleicht ist sie in der zweiten Sitzung wieder da –, Halua Pinto von der SP, Nora Krummen von der SP. Für die erste Sitzung entschuldigt ist Bettina Jans-Troxler von der EVP und etwas später kommt Michael Burkart von der GFL. Wir werden im Verlauf der ersten Sitzung noch einen Besuch aus Schweden begrüßen, aber dazu kommen wir später. Dann werden wir heute 2 Personen aus dem Stadtrat verabschieden. Das ist ein bisschen speziell, denn das sind 2 Personen, die einmal das Stadratspräsidium innehatten. Beide sind von der GLP. Und die 2 einzigen Personen von der GLP, die bisher das Präsidium innehatten, sind Claude Grosjean und Michael Hoekstra. Sie haben beide schon vor eineinhalb Monaten ihr Rücktrittsschreiben geschickt. Das finde ich sehr aussergewöhnlich und damit werde ich nie mithalten können. Ich werde mit dem Rücktrittsschreiben von Claude beginnen: "Sehr geehrte Frau Stadratspräsidentin, liebe Stadt- und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Wie angekündigt werde ich Ende März aus dem Stadtrat zurücktreten, um mich auf mein Grossratsmandat zu konzentrieren. Als ich Ende 2019 nach 11 Jahren zum ersten Mal aus dem Stadtrat zurücktrat, habe ich in meinem Abschiedsschreiben eine kurze Liste gemacht, was ich am Stadtrat mochte und was ich weniger mochte. Aus aktuellem Anlass habe ich diese Liste wieder zur Hand genommen und mich gefragt, ob ich zu den gleichen Punkten kommen würde. Erfreut stelle ich fest, dass ich die Auflistung dessen, was ich weniger mochte, um immerhin 2 Einträge kürzen kann. So gab es, soweit ich weiss, keine polizeilichen Einvernahmen mehr wegen Amtsgeheimnisverletzungen, und auch die Oberaufsicht des Stadtrates über den Gemeinderat und die Verwaltung haben wir deutlich verbessert. Wenn nun Anfang 2025 noch die unabhängige Finanzkontrolle ihre Arbeit aufnimmt, habe ich endgültig keine schlaflosen Nächte mehr, da wir dann zumindest institutionell so aufgestellt sind, wie man das von einem Gemeinwesen mit einem Budget von über 1,3 Mia. Franken erwarten kann. Die Liste mit dem, was ich in meiner Zeit als Stadtrat mochte, ist wenig überraschend immer noch aktuell. Besonders hervorheben möchte ich aber erneut die gute Zusammenarbeit mit den anderen Ratsmitgliedern, dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung und die stets super Unterstützung durch das Ratssekretariat. Herzlichen Dank dafür. Ich freue mich nun sehr, dass der andere Sitzungsrhythmus im Grossen Rat viel Freiraum in meinem Kalender bringen wird, und frage mich vor dem Hintergrund der Diskussion über eine bessere Vereinbarkeit des Stadtratsmandats, ob nicht Sessionen auch für den Stadtrat eine Entlastung brächten. Selbst der 14-tägliche Sitzungsrhythmus – am Anfang habe ich noch den wöchentlichen erlebt – führt zu einer permanenten und zuweilen atemlosen Beschäftigung mit der Berner Stadtpolitik, so dass ich mich ernsthaft frage, ob nicht grössere Politpausen zwischen den Sitzungen und guttäten, um den Kopf zu verlüften und sich wieder auf das Wesentliche fokussieren zu können. Meines Erachtens ist es einerseits wegen der Gewaltenteilung mit der Rolle eines Parlaments kaum vereinbar, sozusagen tagesaktuell zu politisieren, und andererseits verstellt es uns den Blick auf die grossen Linien und strategischen Fragen, welche die erste Aufgabe des Parlaments wären. Gerne verzichte ich darauf, sozusagen als Abschiedsgeschenk entsprechende Vorstösse einzureichen,

sondern überlasse die Beurteilung dieser Frage vertrauensvoll den aktiven Stadträt*innen. Zum Abschied wünsche ich hingegen dem Stadtrat die Gelassenheit zu akzeptieren, dass nicht alles in seiner Kompetenz liegt, den Mut, das in seiner Kompetenz Liegende anzugehen, und den Überblick über die Zuständigkeiten, um das eine vom anderen zu unterscheiden. Alles Gute, Claude Grosjean."

Danke, lieber Claude, danke vielmals für das sehr schöne Schreiben, das du uns geschickt hast. Du warst gerade vorhin bei mir und hast gesagt, ich solle bitte bei den Fakten bleiben, weil du gehört hast, dass ich gesagt habe, du seist seit 15 Jahren im Stadtrat. Das stimmt natürlich nicht. Du warst von 2009 bis 2019 und jetzt wieder seit 2022 im Stadtrat. Aber vor 15 Jahren kamst du in den Stadtrat. Das stimmt, oder? Dann hast du in dieser Zeit sehr vieles gemacht. Wenn man auf deine Seite beim Stadtrat geht, sind etwa 50 Kommissionen und Ausschüsse aufgelistet. Einige davon kenne ich gar nicht. Auffallend ist sicher deine Arbeit in der FIKO, in der Aufsichtskommission und in der SBK und auch in weiteren Delegationen. Und wenn man deine Vorstossliste durchsieht, sieht man sofort, dass du dich sehr für das Nachtleben eingesetzt hast, für ein urbanes Zusammenleben, für eine Vertrauensarbeitszeit bei Kadermitarbeitenden – das war dir auch sehr wichtig – und für eine nachhaltige und auch liberale Politik. Ich habe aus Neugier nachgeschaut, was dein erster Vorstoss 2009 war. Dieser wurde für dringlich erklärt. Es war ein Postulat – ich weiss nicht, ob du dich erinnerst – für einen Evolutionstag für die Schülerinnen und Schüler der Stadtberner Volksschulen. Also, du hast es geschafft, das damals vor 15 Jahren als dringlich durchzubringen. Ganz herzliche Gratulation. Das ist auch eine grosse Errungenschaft, würde ich sagen. Ich habe dich innerhalb und auch ausserhalb des Stadtrates immer als einen umgänglichen, diskussionsfreudigen, lebendigen Menschen erlebt, und trotzdem habe ich gemerkt, dass ich dich eigentlich gar nicht so gut kenne. Darum habe ich kurzfristig noch 3 Personen gefragt, wie sie dich in drei Worten beschreiben würden. Ein paar haben das besser eingehalten, ein paar weniger. Es ist eigentlich sozusagen eine Liste, was man an dir mag. Auf die Liste, was man weniger an dir mag, habe ich jetzt mal verzichtet. Jemand sagte: Schöngeist, Schlösser-Nerd, weil du anscheinend Hotels in Schlössern magst, Weinconnaissanceur. Jemand hat gesagt, dossierfest, engagiert und leidenschaftliche Voten haltend. Das kann ich auch bestätigen. Und eine Person, die sich überhaupt nicht darangehalten hat, hat gesagt: "Ein Alleswisser ohne Besserwisser zu sein. Immer gut gekleidet, kein Poltern am Redepult, so dass es eine Wohltat zum Zuhören ist." Also, die Leute reden sehr nett über dich, und ich glaube, du kannst dich sehr darüber freuen. Das sagt ja einiges über dich und deine Arbeit aus in den letzten 15 Jahren – ich sage es jetzt trotzdem. Dann müssen wir dich leider verabschieden. Du hast eine neue Aufgabe gefasst im Grossen Rat. Wir hoffen, dass du mit deinen lebendigen Voten und mit deiner Art genau so viel oder noch viel mehr bewirken kannst. Ich habe mir auch sagen lassen, dass du der Stadtrat mit dem kürzesten Weg bist – 2 Minuten. Darum hoffe ich mal, wir können darauf zählen, dass du hier ab und zu zuhören kommst, wenn du schon so nah bist. Vielen herzlichen Dank für deine Arbeit.

Dann kommen wir zu Michael Hoekstra. Als ich das Rücktrittsschreiben aufgemacht habe, musste ich zuerst einmal lachen. Ich werde es gerade vorlesen: "Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, wie bereits angekündigt, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus dem Berner Stadtrat per 30. März 2024, um mich meiner neuen Funktion als städtischer Parteipräsident der GLP vollumfänglich zu widmen. Ich habe als Stadtrat und insbesondere im Stadtratspräsidium in den letzten 4 Jahren viele tolle Menschen kennengelernt und viel Neues lernen dürfen. Ich danke euch allen für diese intensive Zeit, und hoffe, man läuft sich hie und da in der Stadt wieder über den Weg. Ich wünsche dem Stadtrat intensive, aber faire Diskussionen, Mut zu Effizienz

und pragmatischen Lösungen, keine Grabenkämpfe, sondern eine konsensorientierte und kompromissbereite Zusammenarbeit. Auf Wiedersehen mit kollegialen Grüßen, Michael Hoekstra."

Lieber Michael, ich durfte dich ja sozusagen schon einmal verabschieden, und das war für mich eigentlich schon recht emotional. Und darum werde ich es jetzt auch sehr kurz machen, damit wir heute noch möglichst viele Vorstösse abarbeiten können. Man hat schon sehr viel über dich gesagt – auch ich – von wegen pragmatisch, effizient und so weiter. Und ein neues Wort, das dazukommt, ist für mich "konsequent". Man hat es gerade bei dem Rücktrittschreiben gesehen, aber auch ich habe nochmal geschaut, welche Vorstösse du eingereicht hast. In den letzten ein bisschen mehr als 4 Jahren hast du ein bisschen mehr als 4 Vorstösse eingereicht, und das zu deinen absoluten Herzensthemen Neophyten, Solaranlagen und Quartierfeste. Ich wünsche dir natürlich weiterhin ganz viel Spass. Ich hoffe, du hast jetzt trotz dieser grossen Aufgabe als Präsident der städtischen GLP viel Zeit, um Bass zu spielen, Salsa zu tanzen, auch um Neophyten zu bekämpfen und um RGM herauszufordern. Und dabei wünsche ich dir vor allem viel Glück, dann alles Gute. Und ich freue mich, dich dann bald wieder ausserhalb des Stadtrates zu sehen. Danke vielmals für deine Arbeit.

Dann machen wir weiter mit den Mitteilungen. Das Redepult ist mittlerweile in der Reparatur. Wir haben ein Ersatzpult, aber ohne Höhenverstellung. Wie lange die Reparatur des vorherigen dauern wird, ist aktuell noch unklar. Der Tritt vom letzten Mal ist auch wieder in Griffnähe, falls jemandem das Ersatzpult zu hoch ist. Dann will ich euch gerne an das Badgen erinnern. Einreichen von Vorstössen wie immer: die dringlichen bis um 21 Uhr bei Tom und alle anderen bis 21.30 Uhr.

Und jetzt starten wir mit der Antragsliste, und zwar kommen wir zu den Ordnungsanträgen. Wir haben zu Traktandum 19, Farbsacktrennsystem, 2 Anträge, einer von der SP-JUSO und einer als Tischvorlage von der FDP/JF-Fraktion. Die schliessen sich gegenseitig aus. Darum werden wir sie gegenüberstellen. Wer dem Antrag der SP-JUSO zustimmt, drückt Grün. Wer dem Antrag von FDP/JF, Mitte, SVP und GFL zustimmt, drückt Rot. Wer sich enthält, Weiss, und wir werden danach über den obsiegenden Antrag abstimmen.

Ordnungsanträge

1 SP/JUSO:

Traktandum 19 (Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, Mitte: Einführung des Farbsacktrennsystems: Sofortiger Übungsabbruch!) wird auf eine spätere Stadtratssitzung verschoben und gemeinsam mit dem Geschäft 2016.TVS.000024 (Farbsack-Trennsystem; Anpassungen des Systems und weiteres Vorgehen) traktandiert, nachdem dieses von der Kommission PVS behandelt wurde.

FDP/JF, SVP, Mitte, GFL:

Das Traktandum 19 " Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, Mitte (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP/Sibylle Eigenmann, Mitte): Einführung des Farbsacktrennsystems: Sofortiger Übungsabbruch!" soll nach der Pause um 20:30 behandelt werden.

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Antrag 1 vs. Antrag FDP/JF, SVP, Mitte

Antrag FDP/JP, SVP, Mitte obsiegt

Ja	29
Nein	32

Enthalten	6
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag, den ihr angenommen habt, ist der von FDP/JF, SVP, Mitte, GFL. Wir werden jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmung Nr. 005

2023.SR.0112: Antrag FDP/JF, SVP, Mitte, GFL	
Ablehnung	
Ja	24
Nein	40
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Ordnungsantrag der SP, Ordnungsantrag Nummer 2. Und auch darüber werden wir abstimmen. Es geht um das Traktandum 24. Man soll diese Motion der Kommission SBK verschieben, damit sie zuerst in der Kommission behandelt werden kann. Wir stimmen ab.

Ordnungsantrag

2 Barbara Keller (SP):

Traktandum 24 (Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur: Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten) wird auf eine spätere Stadtratssitzung verschoben und traktandiert, nachdem dieses von der Kommission SBK behandelt wurde.

Abstimmung Nr. 006

2023.SR.0112: Antrag 2	
Annahme	
Ja	47
Nein	19
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Das heisst, das Traktandum 24 wird verschoben.

Wir kommen zur Diskussion über ein aktuelles Ereignis. Ihr habt den Antrag auch auf der Antragsliste. Er ist von der SVP, die eben die neusten Vorkommnisse betreffend Baba-News diskutieren will. Wenn eine Mehrheit zustimmt, wird die Diskussion gewährt. Wenn nicht, fahren wir mit der Traktandenliste fort. Wir stimmen ab.

Antrag

Antrag für Diskussion zu aktuellem Anlass gemäss Art 49 GRSR SVP:

Wie stellen sich der Gemeinderat und die Fraktionen zu den neusten Vorkommnissen betr. Baba News (vgl. Berichterstattung vom 15.3.2024 in 20minuten und vom 26.3. in der BZ? Wieso sistiert die Stadt im Gegensatz zum Kanton nicht die Unterstützung für BABA-News? Wieso darf Baba News weiterhin Workshops an städtischen Schulen durchführen? Wieso wird einem Vater und selbst einem Grossrat der Besuch eines

Workshops verweigert? Wieso wird die Öffentlichkeit vor den Fragestellern über die Weiterführung der Unterstützung von Baba-News orientiert?

Abstimmung Nr. 007

2023.SR.0112: Antrag SVP für eine Diskussion aus aktuellem Anlass

Ablehnung

Ja	17
Nein	49
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt.

2020.SR.000387

2 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahlen, Wahlen stellvertretende Mitglieder

Präsidentin: Dann steigen wir in die Traktandenliste ein. Wir sind bei Traktandum 2. Es geht um Ersatzwahlen und um Wahlen von stellvertretenden Mitgliedern.

Antrag

Als Mitglied nominiert die Fraktion:

GLP/JGLP/EVP:

Corina Liebi (JGLP) für den zurücktretenden Michael Ruefer (GFL).

GLP/JGLP/EVP:

Als stellvertretendes Mitglied Maurice Lindgren (GLP) für Corina Liebi (JGLP).

GFL:

Als stellvertretendes Mitglied Michael Ruefer (GFL) für Mirjam Roder (GFL).

Präsidentin: Sie sehen auf der Antragsliste, dass für die Fraktion GLP/JGLP/EVP Corina Liebi für den zurücktretenden Michael Ruefer als Mitglied nominiert ist. Als stellvertretendes Mitglied ist Maurice Lindgren für Corina Liebi nominiert und Michael Ruefer für Mirjam Roder. Wir werden dieser Wahl mittels Handerheben zustimmen. Wer die Wahl so durchführen will, soll das mit Handerheben machen. – Gibt es Enthaltungen?

Wahl durch Handerheben

Dann gratuliere ich den Mitgliedern und den Ersatzmitgliedern.

Applaus im Saal.

2020.SR.000388

3 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK): Ersatzwahlen, Wahlen stellvertretende Mitglieder

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 3: Ersatzwahlen und Wahlen von stellvertretenden Mitgliedern in die SBK. Vorher war es das PVS. Ich hoffe, ich habe es richtig gesagt.

Antrag

GLP/JGLP/EVP:

Als Mitglied nominiert die Fraktion GLP/JGLP/EVP Michael Ruefer (GFL) für die zurücktretende Corina Liebi (JGLP).

GFL:

Als stellvertretendes Mitglied nominiert die Fraktion GFL Miriam Roder (GFL) für Lukas Gutzwiller (GFL).

Präsidentin: Es geht um Ersatzwahlen in die SBK. Nominiert für die GLP/JGL/EVP ist Michael Rufer für Corina Liebi und Mirjam Roder für Lukas Gutzwiller. Wer sie wählen will, macht das mittels Handerheben.

Gibt es Enthaltungen? –

Wahl durch Handerheben.

Ich gratuliere auch ihnen herzlich.

Applaus im Saal.

2023.FPI.000033

4 Personalamt (Dienststelle 640): Nachkredit zum Globalbudget 2023

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 4: Personalamt, Nachkredite zum Globalkredit. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar Judith Schenk für die RWSU.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: Es geht um den Nachkredit zum Globalbudget 2023 des Personalamts, Dienststelle 640. Für das Globalbudget des Personalamts wurden für das Jahr 2023 Nettokosten von insgesamt 5'100'097 Franken und 80 Rappen budgetiert. Bereits im März 2023 hat der Gemeinderat wegen krankheitsbedingter Langzeitausfälle und daraus resultierender Mehrfachbelastungen sowie auch hinsichtlich einer ungewöhnlich stark gestiegenen Arbeits- und Projektlast Nachkredite zugunsten des Globalbudgets des Personalamts in der Höhe von 184'000 Franken gesprochen.

Wegen weiteren ungeplanten Personalmehrkosten sowie einem Minderertrag im Bereich Ausbildungs- und Organisationsberatung ist eine Erhöhung des ersten Nachkredits notwendig. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat darum, die bereits gesprochenen 184'000 Franken um weitere 158'000 auf insgesamt 342'000 Franken zu erhöhen. Der Globalkredit des Personalamts beträgt durch diese Erhöhung neu 5'442'097 Franken und 80 Rappen.

Gemäss der Information des Personalamts Mitte Februar weist der provisorische Abschluss jetzt insgesamt aber bereits eine tiefere Aufstockung des Nachkredits des Gemeinderates auf. Der erste Nachkredit ist nur noch 113'475 Franken und 23 Rappen, also 44'524 Franken und 70 Rappen weniger. Der gesamte Nachkredit macht darum knapp 300'000 Franken aus. Die Budgetüberschreitung beim Globalkredit des Personalamts sind also 6% und nicht mehr 7%. Gemäss dem vorliegenden Vortrag beläuft sich der neue Gesamtkredit auf 5'129'845 Franken und 3 Rappen. Aufgrund der Höhe des gesamten Nachkredits bleibt das Geschäft trotzdem in Stadtratskompetenz. Die Kosten fallen aufgrund von ungeplanten vorzeitigen Altersrücktritten und einem Rentenauskauf an. Aufgrund der erwähnten Ausfälle aufgrund gesundheitlicher Gründe wurden zur Überbrückung zusätzliche Personen eingestellt. Die ersten Langzeitkrankheitsausfälle, die in den ersten Nachkredit eingeflossen sind, sind zwar abgeschlossen. Es gibt aber 2 neue Fälle, die insgesamt ein Full Time Equivalent (FTE) ausmachen. In diesem Zusammenhang wurde der RWSU-Kommission versichert, dass die Stadt plane, an einem kommenden Kaderanlass die psychische Gesundheit zu thematisieren, und dass das entsprechend oben auf der Agenda des Gemeinderates sei.

Diese Kosten vermindern sich wiederum durch nicht abgerufene finanzielle Mittel aus dem Sozialstellenpool. Diese Mittel werden umso weniger genutzt, je höher die bestehende Arbeitsbelastung ist, weil die Begleitung von Personen aus dem Pool ebenfalls zeitliche Ressourcen braucht. Weiter wurde die Hauptlast bezüglich der Projekte vor allem durch HR4you, KOBE, Gerlos sowie durch die Revisionen des Personalreglements (PRB) und der Personalverordnung (PVO) generiert. Die Stadt hat der RWSU-Kommission zudem glaubwürdig versichert, dass die nicht stattgefundene Fusion mit Ostermündigen nicht zu Dysnergien in den durchgeführten Organisationsprojekten geführt hat, sondern dass es sich dabei um fusionsunabhängige Anpassungen gehandelt hat. Der provisorische Abschluss 2023 des Personalamts zeigt, dass keine Möglichkeiten zu finanziellen Kompensationen bestehen. Die RWSU empfiehlt dem Stadtrat grossmehrheitlich, den Antrag zur Globalkrediterhöhung anzunehmen.

Präsidentin: Gibt es Diskussionsbedarf zu diesem Traktandum? – Dann gibt es auch keine Fraktionsvoten.

Ist das Geschäft bestritten? – Dann ist der Nachkredit so genehmigt.

Stillschweigende Annahme

2023.FPI.0102

5 Steigerhubelstrasse 65, 3008 Bern: Baurechtsvertrag zur Übernahme des Kirchgemeindehauses Steigerhubel (RefBernImmo AG); Verpflichtungs- und Investitionskredit

Präsidentin: Wir kommen schon zu Traktandum 5, einem Verpflichtungs- und Investitionskredit. Und ich erteile auch hier der Kommission das Wort: wieder Judith Schenk für die RWSU.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Steigerhubelstrasse 65, um Baurechtsverträge zur Übernahme des Kirchgemeindehauses Steigerhubel und um einen Verpflichtungs- und einen Investitionskredit. Im Frühling 2023 hat die Stadt mit der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde respektive

der RefBernImmo AG eine Vereinbarung getroffen, die die vorübergehende Nutzung des gesamten Kirchgemeindehauses im Steigerhubel ermöglicht. Die Vertragspartnerin RefBernImmo AG ist zu 100% im Eigentum der Gesamtkirchgemeinde. Parallel dazu wurden die Verhandlungen über eine langfristige Nutzung des Kirchgemeindehauses geführt. In der Zwischenzeit konnte auch ein Baurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 80 Jahren ausgehandelt werden. Einen Verkauf des Grundstücks an die Stadt Bern lehnt die Kirchgemeinde aus strategischen Gründen ab, wie sie es bei ähnlichen Geschäften in der Vergangenheit auch schon gemacht hat, obwohl die Stadt jeweils Kaufinteresse anmeldet. Der Grund für zusätzlichen Raumbedarf ist bekannt: mehr Schüler*innen. Am Schulstandort Brunnmatt-Steigerhubel hat der Schulraumbedarf vor allem infolge der Überbauungen Holliger und Meinen stark zugenommen. Die Schulraumbedürfnisse müssen langfristig gedeckt werden. Zudem werden zusätzlich zum Erwerb des Kirchgemeindehauses ergänzende Flächen benötigt. Darum wird aktuell neben der Gesamtanierung der Schulhausanlage ein möglicher Neubau auf dem Areal geprüft. Für die Gesamtanierung und den Erweiterungsneubau bei der Volksschule Steigerhubel hat der Stadtrat im Mai 2022 einen Projektierungskredit von 6,1 Mio. Franken genehmigt. Im Juni 2023 hat der Stadtrat einen Projektierungs- und Baukredit für das Provisorium der Volksschule Steigerhubel in der Höhe von 6,93 Mio. Franken genehmigt.

Mit dem vorliegenden Geschäft legt der Gemeinderat dem Stadtrat 2 Anträge vor: einen Investitionskredit von 700'000 Franken für den Erwerb des Gebäudes – dazu kommen noch die Notariats- und Grundbuchkosten – und einen Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung von Immobilien Stadt Bern für die Übernahme des Grundstücks im Baurecht in der Höhe von einer 1'407'521 Franken – dieses Mal hat es keine Rappen –, was jährlich wiederkehrende Kosten von 52'620 Franken bedeutet. Der Betrag ist der kapitalisierte Wert des Baurechts. Im Vergleich dazu die Zahlen im Geschäftsdossier: Der Anteil der Bauten am Marktwert beträgt 835'000 Franken. Der jährliche Baurechtszins liegt bei 63'200 Franken. Der ausgehandelte Kaufpreis sowie die Baurechtszinsen sind also tiefer als die entsprechenden Marktwerte. Die Schulanlage im Steigerhubel wurde in den Fünfzigerjahren errichtet und ist entsprechend sanierungsbedürftig. Das Grundstück mit einer Fläche von insgesamt 1'754 m² liegt in der Zone für öffentliche Nutzung. Auch das Gebäude, das erworben werden soll, ist sanierungsbedürftig analog der Schulanlage Steigerhubel. Bezüglich Bautechnik erreicht insbesondere die Haustechnik das Ende ihrer Nutzungsdauer. Aber auch wesentliche Teile des Innenausbaus erfordern umfangreiche Investitionen, was gemäss Stadt bei der Betrachtung des Verkehrswerts entsprechend berücksichtigt worden sei. Seit Mitte 2023 werden die Räumlichkeiten des Kirchgemeindehauses von der Einwohnergemeinde Bern gemietet. Mit geringfügigen Anpassungen wie Maler-, Elektro- und Schreinerarbeiten hat innert kurzer Zeit Raum für 3 Klassen bereitgestellt werden können. Dieser Schulraum dient nicht nur der unmittelbaren Bedarfsdeckung, sondern kann auch in späteren Phasen bis zur endgültigen Zuweisung im Rahmen des Gesamtprojekts Steigerhubel genutzt werden. Ein weiterer Faktor sind noch die Räume im Untergeschoss, die extern vermietet sind. Alle Mieter*innen werden über die neue Vermieterin sowie über die kommenden Veränderungen informiert.

Zu den Eckwerten des Baurechtsvertrags: Die RefBernImmo AG gewährt der Stadt auf ihrem Grundstück ein selbstständiges und dauerndes Baurecht. Die Grundstückfläche beträgt 1'754 m², wie schon gesagt. Das Baurecht entsteht mit dem Grundbucheintrag und dauert 80 Jahre. Nutzen und Gefahr am Baurecht fangen am 1. August 2024 an. Ab da ist auch der Baurechtszins geschuldet.

Zu der Finanzierung: Der Kaufpreis für das Kirchgemeindehaus wurde erwähnt. Er ist unter Einbezug einer Immobilienbewertung sowie einer Zustandsanalyse festgelegt worden. Hinsichtlich Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeitsprüfung stellt der Kauf weder eine Verschlechterung noch eine Verbesserung dar. Das gilt auch für die erwähnten, bereits erfolgten, geringfügig gehaltenen Bauarbeiten. Bei der anstehenden Sanierung wird ein besonderer Schwerpunkt auf Fotovoltaik gelegt, was sich bei der Dachform anbietet. Die vorgelegte Planung befindet sich ebenfalls im Einklang mit den Zielen des Klimareglements der Stadt Bern.

Noch zum Zeitrahmen: Eine Zwischennutzung des Kirchgemeindehauses ist für 2023 bis 2029 geplant. Die Bauphase des Neubaus soll von 2027 bis 2029 dauern. Die Sanierungsphase des jetzigen Bestands inklusive des Kirchgemeindehauses dauert von 2029 bis 2031. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, einen Investitionskredit über diese 700'000 Franken sowie einen Verpflichtungskredit von 1,4 Mio. Franken über die laufenden Finanzperioden zu genehmigen. Die RWSU-Kommission empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Investitionskredit von 700'000 Franken zuzüglich der Notariats- und Grundbruchkosten sowie den Verpflichtungskredit von 1,4 Mio. Franken für den Erwerb des Baurechts zu genehmigen.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Dann würde ich noch ganz kurz das Fraktionsvotum halten. Der grosse Bedarf an Schulraum und die entsprechende Knappheit ist uns allen bekannt. Das vorliegende Geschäft besticht vor allem durch seine Flexibilität. Und selbstverständlich möchten wir uns beim Gemeinderat und bei der Verwaltung auch für das Resultat der städtischen Verhandlungen bedanken, die sich doch in einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis abbilden. Die SP-JUSO-Fraktion wird diesem Geschäft entsprechend zustimmen.

Präsidentin: Danke vielmals, Judith. Gibt es noch weitere Fraktionserklärungen? – Anna-Leissing von der GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion handelt sich es hier um ein recht einfaches, sagen wir, ein geradliniges Geschäft. Bern wächst. Die attraktiven Wohnbauprojekte wie Holliger oder Meinen-Areal bringen Menschen, insbesondere auch Familien mit Kindern in die Stadt. Damit steigen die Schüler*innenzahlen, also auch der Bedarf an Schulraum. Der Bedarf wird über verschiedene komplementäre Massnahmen abgedeckt. Eine davon ist die Übernahme des Kirchgemeindehauses Steigerhubel im Baurecht. Dazu braucht es einen Investitionskredit für den Erwerb des Gebäudes und einen Verpflichtungskredit für den jährlich wiederkehrenden Baurechtszins. Das macht aus unserer Sicht Sinn. Die GB/JA!-Fraktion wird diesen Krediten darum zustimmen. Wie gesagt: einfach, geradlinig. Im Hinblick auf die Gesamtsanierung der Volksschule Steigerhubel inklusive Kirchgemeindehaus und auch auf den allfällig geplanten Erweiterungsbau und die mittel- und langfristige Planung rund um Schulraum allgemein möchten wir aber gerne heute schon ein paar Anliegen deponieren, die zwar kaum neu oder überraschend sind. Aber mit Blick auf andere Bau- und Sanierungsprojekte und -prozesse ist deutlich geworden, dass es einfach nie früh genug sein kann, um politische Forderungen an Projekten einzubringen. Denn es heisst allzu oft: Das kommt jetzt zu spät im Prozess. Wieso habt ihr das nicht früher gesagt? Also, for the record: Erstens, es wird im Vortrag bereits angetönt, und wir möchten das hier unterstützen, sollen bei der Gesamtsanierung der Volksschule Steigerhubel alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um das klimawirksam zu sanieren. Das heisst, wie gesagt,

die PV-Anlagen auf den Dächern, energetische Gebäudehüllensanierungen, entsiegelte Flächen, Begrünung, Förderung der Biodiversität, etc. Dasselbe gilt auch für einen allfälligen Erweiterungsneubau. Denn Schulraum, der heute geplant, saniert und gebaut wird, muss sich an Szenarien für die kommenden 50 bis 100 Jahre orientieren. Im Detail auf die Szenarien einzugehen, ginge jetzt ein bisschen zu weit. Aber wahrscheinlich haben wir alle hier im Saal mindestens eine vage Vorstellung davon, wie die Szenarien aussehen werden, und dass dabei Klimaschutz und Klimaanpassung eine prioritäre Rolle werden spielen müssen.

Zweitens scheint uns die im Vortrag angetönte gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten mit anderen Mieter*innen und andere Nutzungsarten interessant. Wir möchten den Gemeinderat einladen, auch in dieser Stossrichtung weiterzudenken und den Raum auch in Zukunft, also auch nach Gesamtsanierung und Neubau mit verschiedenen Akteuren*innen aus dem Quartier und der Stadt Bern für verschiedene Nutzungen zugänglich und nutzbar zu machen.

Und drittens, aber das ist auch schon gesagt worden, verstehen wir, dass es in diesem Fall nicht möglich ist, das Grundstück zu kaufen, weil die Kirchgemeinde aus nachvollziehbaren strategischen Gründen ihre Grundstücke nicht veräussern will. Aber wir wünschen uns und wir unterstützen die erklärte Absicht des Gemeinderates, alles Mögliche zu tun, um Grundstücke und Liegenschaften zu erwerben und nicht nur – in Anführungszeichen – im Baurecht zu übernehmen, denn das ist aus unserer Sicht im langfristigen Interesse der Stadt Bern. Merci vielmal.

Präsidentin: Merci vielmals, Anna. Dann hat Simone Richner für die FDP/JF-Fraktion das Wort.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Wir stehen vor einer dringenden Aufgabe im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl, verursacht durch die signifikante Zunahme der Schülerzahl infolge der Wohnüberbauung Holliger sowie der bevorstehenden Überbauung auf dem Meinen- und Marti-Areal. Diese Entwicklungen belasten den Schulstandort Brunnmatt-Steigerhubel erheblich. Die aktuelle Situation ist bereits angespannt und mit der geplanten Überbauung wird es noch dringender. Es ist offensichtlich, dass ohne adäquate Massnahmen zur Erweiterung und Modernisierung unserer schulischen Einrichtung eine Überlastung der Bildungsinfrastruktur unvermeidlich ist. Deshalb möchte ich auch mit Blick auf die Vorrednerin davor warnen, dass man jetzt hier wieder Anforderungen stellt, denn es wichtig, dass wir überhaupt mehr Raum zur Verfügung haben. Die FDP/JF-Fraktion steht deshalb hinter dem Weg des Kirchgemeindehauses und der Übernahme im Baurecht. Mit diesem Entscheid sichern wir nicht nur die notwendige schulische Kapazität, sondern investieren auch in die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit des Stadtteils Mattenhof-Weissenbühl. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Gibt es weitere Fraktionserklärungen oder Einzelvoten? – Dann hat der Gemeinderat das Wort. – Er erzieht. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung Nr. 008

2023.FPI.0102	
Annahme	
Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt den Verpflichtungs- und Investitionskredit einstimmig an.

2017.SR.000110

6 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, AL/GPB-DA/PdA (Eva Kratiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Marcel Wüthrich GFL/Matthias Stürmer, EVP/Daniel Egloff, PdA/Luzius Theiler, GPB-DA/Christa Ammann, AL/Tamara Funicello, JUSO): Keine Rentengelder für die Kriegsmaterialproduktion!; Begründungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6, der interfraktionellen Motion "Keine Rentengelder für die Kriegsmaterialproduktion". Es ist ein Begründungsbericht und ich erteile den Einreichenden das Wort. – Katharina Gallizi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Schon wieder reden wir hier über die Pensionskasse. Wir haben das Thema schon x-mal besprochen und vielleicht langweilt es euch langsam. Bei mir löst das Thema keine Langweile aus, sondern Frustration, Unverständnis und Sprachlosigkeit. Wir von der GB/JA!-Fraktion werden deshalb den Prüfungsbericht negativ zur Kenntnis nehmen und ihn nicht einfach absegnen, wie es wahrscheinlich die meisten von uns tun. Man gewöhnt sich vielleicht langsam ans ewige Mantra der Pensionskasse, dass ihnen halt die Hände gebunden seien und dass es halt nicht möglich sei, das ihnen anvertraute Geld nachhaltig und sozialverträglich anzulegen, weil sie ja alles in Fonds hätten. Aber auch beim 100. Mal wird die Haltung nicht besser oder verständlicher. So werden wir von der GB/JA!-Fraktion auch dieses Mal nicht müde, darauf hinzuweisen, dass wir erwarten, dass die Pensionskasse der Stadt Bern ihr eigenes Reglement umsetzt, in dem festgehalten wird, dass sie ihr Handeln nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichtet. Investitionen in Waffen sind weder sozial noch ethisch noch ökologisch vertretbar. Es geht hier also nicht darum, wie der Gemeinderat behauptet, dass er von der PVK etwas fordert, das ausserhalb seiner Kompetenz liegt. Es geht schlicht und einfach darum, einzufordern, dass das Pensionskassenreglement eingehalten wird. Zudem kommt ein Rechtsgutachten der Rechtsanwälte Kieser und Saner, das wir hier auch schon die zig Mal zitiert haben, zum Schluss, dass es in jedem Fall zulässig ist, dass eine Gemeinde der Pensionskasse vorgibt, dass sie keine Investitionen in Kriegsmaterial herstellende Unternehmen tätigen darf. Im Begründungsbericht erläutert der Gemeinderat, dass die Pensionskasse 2018 aus allen Unternehmen ausgestiegen sei, die geächtete Waffen herstellen, und dass damit das Problem ja eigentlich gelöst sei.

Das klingt jetzt wahnsinnig gut, aber ich weiss ehrlich gesagt nicht, wie es sein kann, dass die Pensionskasse der Stadt Bern, der linksten und grünsten Stadt in der Schweiz, bis 2018 in Unternehmen investiert hat, die geächtete Waffen herstellen. Die Renten unserer Angestellten sind also beispielsweise auch gebraucht worden, um Atomwaffen oder Streubomben zu finanzieren. Doch auch nach dem Ausstieg werden immer noch 14,5 Mio. Franken in Waffen produzierende Unternehmen investiert. Laut der Antwort des Gemeinderates ist der Ausstieg aus diesen Unternehmen aber weder möglich noch nötig.

Wie bitte? Es ist nicht nötig? Wie kann der Gemeinderat in seinen Festtagswünschen schreiben, wie wichtig es sei, dass man Frieden habe, und gleichzeitig behaupten, es sei nicht nötig, die Investitionen in Kriegsmaterial produzierende Unternehmen zu kündigen? Ich will hier nicht länger werden. Denn wie gesagt, haben wir das alles schon

mehrmals diskutiert. Wir nehmen den Prüfungsbericht negativ zur Kenntnis und fordern den Gemeinderat auf, sich selbst beim Wort zu nehmen, wenn er sagt, dass er die Stossrichtung der Motion eigentlich unterstützen würde. Er soll es nicht nur eigentlich unterstützen, sondern alles daransetzen, damit sie wirklich umgesetzt wird.

Präsidentin: Danke, Katharina. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP stimmt dem Begründungsbericht zu. Ich kann es klar festhalten. Im Gegensatz zum Gemeinderat lehnen wir auch die Stossrichtung der Motionäre ab. Ihr kennt mich. Es gibt selten Antworten des Gemeinderats, von denen ich sage, sie seien richtig, sie seien zutreffend. Aber es ist eine juristische Materie. Wir sind im Bereich des BVG und ihr seht, wie der Gemeinderat richtig aufgeführt hat, es ist erstens eine Richtlinienmotion. Und zweitens seht ihr die Abwägung der Zuständigkeit und der Kompetenzen. Ihr seht auch, was eine Verwaltungskommission macht, was die Anlagekommission macht. Und wenn ihr das seht, dann ist der Vorstoss de jure, einfach rein rechtlich nicht umsetzbar. Natürlich gibt es jetzt ein Gutachten, ihr kennt es. Das von den Gutachten kenne ich auch – es gibt manchmal auch Gefälligkeitsgutachten, in denen der Gutachter das schreibt, was die Auftraggeber gerne hätten. Aber ich glaube und ich hoffe, dass die beteiligten Fraktionskollegen und auch die Leute anderer Fraktionen, die juristische Kenntnisse haben, hier bestätigen, dass das, was hier drin ist, der herrschenden Lehre entspricht. Er ist für mich ganz klar festgelegt. Was die Motionäre wollen, ist schlichtweg nicht umsetzbar. Wir hätten die grössten Differenzen, wenn dann die Anlagekommission und die Verwaltungskommission nachher einen Entscheid umsetzen müssten, zu Unzeiten noch diese Papiere zu verkaufen. Da würden vor allem nachher auch die Versicherten gefährdet durch diese Motion. Darum wie gesagt, wenn der Gemeinderat sagt, er könne das Anliegen noch gutheissen, halte ich für die SVP fest: Es ist ein falscher Vorstoss, aber der Begründungsbericht ist richtig. Deshalb stimmen wir dem zu.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann hat Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion das Wort.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Die Personalvorsorgekasse Bern (PVK) ist die zweite Säule für 6'000 aktiven Beschäftigten und 4'000 Rentnerinnen. Gemäss Bundesgesetz ist sie dafür verantwortlich, dass die Rentengelder solid angelegt und die Renten pünktlich ausgezahlt werden. Der Einfluss des Stadtrats ist relativ klein, wenn nicht gar null. Die PVK ist eine eher kleine Kasse im Universum der Pensionskasse. Neben Immobilien und Staatspapieren legt sie einen Teil ihres Vermögens in Aktien an. Das macht sie im Rahmen von Fondsbeteiligungen, sogenannte passive Investitionen. Sie hat nicht die Mittel, gezielt Aktientitel auszuwählen und diese über eine längere Periode zu verwalten und zu erwerben und zu verkaufen. Aus unserer Sicht erledigen sie die Aufgabe souverän und zur Zufriedenheit der meisten Beteiligten und auch der meisten Aussenstehenden. Wie in jeder Organisation gibt es auch bei der PVK Ecken, die man sich genauer anschauen muss. Bei dieser Motion hier geht es konkret um die Beteiligung an Unternehmen, die Kriegsmaterial herstellen. Mit maximal 5% ihrer Geschäftstätigkeit dürfen Unternehmen im Portfolio sein, damit sie von der PVK mitgetragen werden dürfen. Eine Motion der SP – ich glaube so im Jahr 2019 – geht noch darüber hinaus und verlangt auch klare Standards bezüglich Kinder- und Sklavenarbeit, Umweltverschmutzung und so weiter. In seiner Antwort – sie stammt aus

dem Jahr 2020, was auch schon eine Weile her ist – weist der Gemeinderat auf die Bemühungen hin, die die PVK seither unternommen hat, um die von der Politik gestellten Ansprüche zu erfüllen. Er weist bei dieser Gelegenheit daraufhin, dass die Politik eben, hier vertreten durch den Stadtrat, so viel nicht zu sagen hat. Aber da der zuständige Gemeinderat auch in der Verwaltungskommission der PVK sitzt, dürfte es ihm ein Leichtes sein, die politischen Forderungen dort einzubringen und nach Wegen zu suchen, wie diese zu erfüllen sind, zumal er die Forderungen im Grundsatz teilt. Wir haben auch 2024 nicht viel aktuellere Informationen über die Umsetzung. Aber der Gemeinderat hat gemäss der Motion, die 2023 überwiesen wurde – das ist die Motion der SP –, den Auftrag, einen umfassenden Bericht abzuliefern, wo und wie die PVK investiert. Wann das passieren wird, ist offen. Wir können festhalten, dass die Intervention des Parlaments das Bewusstsein der PVK geschärft hat, dass verschiedene Anlagen seither abgestossen wurden, auch unter Kosten und Mindererträgen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die PVK verstärkt den Environment Social Governance (ESG)-Kriterien nachzuleben versucht und dort bei den Rankings auch immer eine sehr gute Position einnimmt. Und übrigens: Die EU hat die ESG-Kriterien inzwischen zum Standard erklärt. Das wird sowieso ein Game-Changer sein. Aktuell hat die PVK 0,6% ihres Vermögens von mehr als 2,5 Mia. Franken in Waffenproduzenten angelegt beziehungsweise in Fonds, in die Waffenproduzenten auch involviert sind. Das ist bei allem Respekt nicht ein schlechter Wert. Wir streben, ich glaube, das kann man sagen, den kompletten Ausstieg aus allen fragwürdigen Anlagen an. Und diese Entwicklung gleicht einer Asymptote, die sich langsam, aber sicher dem Nullpunkt nähert. Ich möchte hier allerdings auch zu bedenken geben, dass es in der kapitalistischen Welt keine saubere Trennung zwischen sauberem und schlechtem Geld gibt. Es fliesst manchmal in legale, manchmal in illegale Kanäle. Es ist manchmal in fragwürdigen Geschäften angelegt, manchmal in weniger fragwürdigen Geschäften.

Wir können aber, als Brunnenwächter sozusagen, die Geldflüsse so gut wie möglich überwachen und wenn wir merken, dass sie nicht in die richtige Richtung fliessen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln intervenieren. Das ist unser moralischer Anspruch, mit dem sicher auch die Kolleginnen und Kollegen, die in der PVK versichert sind, leben können. Wir folgen dem Antrag des Gemeinderates und nehmen den Begründungsbericht positiv zur Kenntnis. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Johannes. Dann hat noch Matteo Micieli das Wort.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Im Prinzip eigentlich das, was Johannes vorhin gesagt hat. Mit dem vorliegenden interfraktionellen Vorstoss wird gefordert, dass die direkte und indirekte Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten verboten wird. Bundesrechtliche Vorgaben blockieren das Anliegen aber. Einmal mehr sind wir hier also konfrontiert mit einem Bereich, in dem das Kapital vor der Politik, vor den Menschen geschützt wird, vor allem, was sozial und nachhaltig vertretbar ist. Und das ist nicht nur ein Problem der Stadtberner Pensionskasse, sondern aller auf Anlagen basierten Vorsorgemodellen. Wir können also nur darüber diskutieren hier, und hoffen, dass es eine Wirkung hat, was wir machen. Darum machen wir es richtig.

Im Unterschied zur Pensionskasse ist die AHV nach dem Umlageverfahren ausgerichtet. Es muss also nirgends Geld angelegt werden, sondern es geht im Prinzip direkt von der arbeitenden Bevölkerung zu den Pensionierten. Bei der Pensionskasse ist es aber so, dass die Renten von den Renditen abhängen, die auf den stark schwankenden Finanzmärkten erzielt werden. Und um die Pensionsversprechen zu erfüllen, muss sich das Kapital also stets vermehren, und das in einem System, das vor nichts Halt macht,

weder vor Kriegsmaterial noch vor Wasser. Aus allem kann Geld gemacht werden. Anstatt nur Investitionen in vordergründig problematische Anlagen zu hinterfragen, müsste man also allgemein hinterfragen, wieso unsere Renten so kapitalisiert werden, anstatt eine Volkspension einzuführen, die auch die Probleme nicht hat, müssen wir heute darüber diskutieren, ob es nicht ethischere Anlagen gibt, ob Kriegsmaterial nicht ausgeschlossen werden könnte. Dass das nicht ganz möglich ist, zeigt die Antwort des Gemeinderats eigentlich auch auf. Solange man sich auf dem Finanz- oder Anlagemarkt bewegt, haben wir es halt mit asozialen Geschäften zu tun. Die Finanzmärkte sind nicht darauf angelegt, sozial zu sein, nachhaltig zu sein, vertretbar zu sein. Vielmehr sind sie einfach dazu da, um Geld zu machen, und zwar nicht für die, die von der Pensionskasse abhängig sind. Was daraus folgt ist, dass die Versicherungswirtschaft und Anlageberater*innen gewinnen, die Renten aber gesenkt werden. Fast jeder 5. Rentenfranken geht verloren, schweizweit rund 8 Mia. Rentenfranken, die in der Banken- und Finanzszene versickern, ob wir das wollen oder nicht. Volkskapitalismus ist auch nur Kapitalismus. Um Rudolf Strahm zu paraphrasieren. Die Sparkapitalien der Pensionskasse sind und bleiben für das Finanzbusiness ein Bombengeschäft, so oder so. Nichtsdestotrotz nehmen wir den Prüfungsbericht negativ zur Kenntnis. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Matteo. Dann hat Marcel Wüthrich das Wort.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Ganz so wie Matteo Micieli gesprochen hat, ganz so kapitalismuskritisch sind wir in diesem Zusammenhang vielleicht nicht. Aber auch wir haben selbstverständlich unsere Vorbehalte. Ich spreche hier von einem vierjährigen Begründungsbericht zu den Wertschriften von Rüstungsgüterproduzenten bei den Pensionskassenanlagen. Und ich habe bei der zuständigen Direktion nachgefragt, ob sich seither etwas Wesentliches geändert hat. Und das hat es offenbar nicht, vielmehr gilt der Bericht nach wie vor. Ich will aber doch eine Zahl nennen, die ein bisschen aktueller ist, aus dem Geschäftsbericht 2022 der Pensionskasse. Dort steht, dass 0,2 % der Finanzanlagen in Unternehmen mit schwerwiegenden Vorstössen gegen die Regeln des UN Global Impact investiert sind. Das sind natürlich auch immer noch mehrere Millionen Franken. Jetzt könnte man sagen, es wäre vielleicht hilfreich im Zusammenhang mit den Rüstungsgüterproduzenten, dass die gar nicht an der Börse gehandelt würden, und daher eine Pensionskasse mit einem langfristigen Anlagehorizont, die im Dienst der Menschen stehen müsste, gar nicht in die Versuchung gerät, in die Produktion von Kriegsmaterial zu investieren. Ja, aber wie eine Stadt oder auch eine Pensionskasse investiert, ist durchaus von öffentlicher Relevanz. Das ist nicht einfach ein operatives Detail der Anlagepolitik, wie das einmal früher in einer Gemeinderatsantwort zu lesen war. Nein, das betrifft eine ethische Grundhaltung und genau diese ethische Grundhaltung ist ja im Personalvorsorgereglement tatsächlich auch verankert. Katharina Gallizzi hat diese bereits erwähnt. Von einer Bundesstadt darf auch erwartet werden, dass sie Vorbildcharakter hat. Und von Bern werden deshalb auch Signale an den Schweizer Markt und letztlich auch in die Welt hinaus gesendet. Und man sollte sich, lieber Johannes Wartenweiler, auch deswegen nicht einfach an durchschnittlichen Benchmarks messen. Vielmehr dürfen Benchmarks durchaus auch überdurchschnittlich sein. Nachhaltigkeitskriterien schädigen im Übrigen auch die Interessen der Versicherten nicht. Ganz im Gegenteil – und ich verweise da gerne auch auf mein Votum in jener Sitzung, als die Motion ursprünglich überwiesen wurde, nämlich in der Stadtratssitzung vom 16. Mai 2019.

Und jetzt sehen wir zwar, dass sich die PVK in gewissen Bereichen tatsächlich bewegt hat. Aber wir haben gleichzeitig auch den Eindruck, dass der erforderliche Mentalitätswechsel noch nicht abgeschlossen ist. Immer wieder wird auch das alte Märchen der fehlenden Zuständigkeit der Politik vorgeschoben, obwohl das in unseren Augen eine Fehlinterpretation ist. Und lieber Alex Feuz, das BVG lässt sehr wohl zu, dass auf strategischer Ebene – nicht auf operativer Ebene, aber auf strategischer Ebene – politische Vorgaben zur Anlagestrategie an eine städtische Pensionskasse gerichtet werden können. Und auch da hat Katharina Gallizzi bereits das Gutachten von Kieser und Saner genannt. In dieser Motion wurde nichts mehr als das gefordert, und es ist deshalb auch ärgerlich, dass der Gemeinderat das anders gesehen und die Motion vorneweg zur Richtlinie degradiert hat.

Wir verstehen nicht, warum es nicht möglich sein soll, in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Pensionskassen mit geballter Marktkraft gewisse Anlagefonds zu entwickeln oder diese so anzupassen, dass die verlangten Kriterien erfüllt werden können. Darüber hätten wir gerne etwas gelesen, statt das altbekannte Versteckspiel, das ich vorhin genannt habe, mit der fehlenden Zuständigkeit und so weiter zu betreiben und nicht einmal ernsthaft zu versuchen, durchaus machbare Vorgaben umzusetzen. Wir haben den Eindruck, dass die Pensionskassen der Städte Zürich, Luzern oder Basel es schaffen, dass parlamentarische Forderungen umgesetzt werden können. Deshalb einmal mehr die Anregung, doch einmal mit den Pensionskassen von Zürich, Luzern und Basel zusammenzuarbeiten und per Auftrag an ein spezialisiertes Büro, das sich in Nachhaltigkeitsfragen auskennt, gemeinsame Kriterien zu definieren, damit dann entsprechende, kostengünstige, passiv verwaltete Anlagefonds gebildet werden können. Und dazu braucht man in Bern nicht das Rad neu zu erfinden. Und das gerade auch im Hinblick auf die Diskussion um klimaverträgliche Finanzanlagen, die ja auch weiterhin im Zentrum steht. Ja, wir, die GFL-Fraktion, nehmen den vorliegenden Begründungsbericht mit Schulterzucken und, ja, einer gewissen Ratlosigkeit zur Kenntnis. Merci.

Präsidentin: Merci, Marcel. Gibt es Einzelvoten? – Dann hat der Gemeinderat das Wort. Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Es ist nicht die Schuld des Gemeinderats, wenn ihr Berichte hier drin einfach mit vierjähriger Verspätung diskutiert. Dieser stammt von Juni 2020. Ich habe das gesagt auf schriftliche Anfrage, dass wir es einfach nicht leisten können, diese Vorstösse zu aktualisieren. Zieht eure Vorstösse zurück und reicht sie neu ein. Dann bekommt ihr eine neue Antwort. Ich weise auch in aller Form zurück, dass die Stadt Bern nichts tut, Marcel. Unser Geschäftsführer Jürg Schad war an vorderster Front dabei, war mitverantwortlich dafür, dass man zum Beispiel einen Fonds mit geächteten Waffen hinausgeschmissen hat. Also diesen Vorwurf lasse ich nicht auf uns sitzen. Es ist tatsächlich viel Wasser die Aare hinuntergeflossen seit 2017. Und es ist auch klar, dass der Gemeinderat die Stossrichtung des Vorstosses teilt. Die rechtliche Ausgangslage ist aber klar. Darauf muss ich einfach noch einmal hinweisen. Die Festlegung der Ziele und Grundsätze der Vermögensverwaltung sowie die Durchführung und Überwachung des Anlageprozesses sind unentziehbare und unübertragbare Aufgaben der Verwaltungskommission. Das ist gesetzlich so geregelt und wenn irgendein Anwalt zu einem anderen Schluss kommt, dann zieht damit vor Bundesgericht. Und entsprechend habe ich jeweils 2 Hüte an, wie das immer der Fall ist: den Hut des Gemeinderats mit dem politischen Hintergrund. Und als Verwaltungsratsmitglied habe ich

gleichzeitig die Interessen der Pensionskasse und vor allem auch die Sicherung der Renten der Versicherten sehr, sehr ernst zu nehmen.

Ich kann euch aber einmal mehr versichern, dass die PVK mit ihrer Anlagepolitik genau die Anliegen, die der Motionärin, den Motionären wichtig sind, verfolgt. Das geht weiter als nur Kriegsmaterial. Es geht auch um die ESG-Kriterien. Wir haben eine Strategie beschlossen, die wir konsequent verfolgen. Zum Anliegen der Motion – Keine Rentengelder für die Kriegsmaterialproduktion: Ich führe jetzt keine Diskussion über den Krieg in der Ukraine und darüber, ob es heute noch nötig ist, Waffen zu produzieren oder nicht, um sich verteidigen zu können, wenn man angegriffen wird. Die PVK hat eine Beteiligung an Unternehmen ausgeschlossen, die geächtete Waffen, Atomwaffen, Streumunition und Anti-Personen-Minen herstellen.

Die Nachhaltigkeit wird in jedem Geschäftsbericht ausgewiesen. Und wir schreiben auch im Geschäftsbericht 2022 – jener von 2023 ist noch nicht verabschiedet: "Wir schliessen Unternehmen aus, welche geächtete Waffen produzieren. Bei den Ausschlusskriterien orientiert sich die PVK an den Kriterien der Schweizer Vereinigung für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen." Also wir sind da nicht im luftleeren Raum, sondern wir schauen, was andere machen. Jene, die es interessiert, können im Anhang 5 im Internet nachschauen, welche Firmen dort ausgeschlossen sind. Man findet in dem Jahresbericht übrigens auch, dass nach wie vor 3,7% – ich bringe jetzt eine andere Zahl als du – in sogenannte kontroverse Geschäftsfelder angelegt sind. Hier reden wir aber von Alkohol, Tabak, Atomenergie oder eben zivile Feuerwaffen. Eine davon sind ja die bekannten Jagdgewehre.

Sie ist nicht das Thema heute, aber sie wurde generell angesprochen: die Nachhaltigkeit. Auch da ist die Pensionskasse gut unterwegs. Es gibt ja die Klimaallianz Schweiz. Das sind mehr als 140 Organisationen, die sich für eine ambitionierte Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit einsetzen; wichtig: die kontinuierliche Senkung der CO₂-Belastung. Die PVK macht jährlich ein Rating. Wir sind 2023 besser eingestuft worden. Wir befinden uns unter den besten 30 % der Pensionskassen mit einem Rating Good Practice. Es gibt nur 5% der Pensionskassen, die noch besser sind und als sogenannte Vorreiter eingestuft werden. Also, die Pensionskasse bleibt dran. Wir machen unseren Job. In diesem Sinn bin ich sehr dankbar, wenn ihr diesen Bericht so zur Kenntnis nehmt. Merci.

Präsidentin: Merci, Michael. Wir nehmen diesen **Bericht ohne Wertung zur Kenntnis** – wie immer die Begründungsberichte.

2023.SR.000006

7 Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Therese Streit, EVP): Schulareal-Überwachung über- oder neudenken?; Annahme/Prüfungsbericht

Präsidentin: Dann wären wir bei Traktandum 7. Aber nach dem Austritt von Terese Streit ist das Postulat nicht innert der Frist übernommen worden. Darum hat sich das erledigt und ist **abgeschrieben**.

2023.SR.0099

8 Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz / Timur Akçasayar / Barbara Nyffeler, SP): Schliessung Spital Tiefenau: Zwischennutzungen jetzt angehen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 8: Schliessung Spital Tiefenau. Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP) für die Einreichenden: Wir haben unseren Vorstoss vor 11 Monaten eingereicht, gerade kurz nachdem die Inselgruppe die Schliessung des Tiefenauspihals per Ende 2023 bekanntgegeben hat. Der Gemeinderat hat seine Antwort Anfang September 2023 verabschiedet. Sie gibt also nicht mehr den aktuellen Stand wieder. Wir stellen aber fest, dass die Richtung stimmt und unsere Anliegen zumindest teilweise aufgenommen wurden und auch umgesetzt werden. Die SP-JUSO-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates "Annahme als Richtlinie" zustimmen. Wir haben aber noch einige Bemerkungen zum heutigen Stand. Im ehemaligen Tiefenauspihal, das wissen wir seit letzter Woche, wird eine Asylunterkunft für 820 Personen entstehen. Wir unterstützen diese Lösung ausdrücklich, denn das weitläufige Spitalgebäude ist definitiv für eine solche Nutzung geeignet und immer besser als unterirdische oder weit abgelegene Unterkünfte. Die Stadt, das haben wir auch den Medien entnommen, ist mit der Insel anscheinend nicht ganz einig, wer wem wie viel für das grosse Areal jetzt noch zahlen muss – technisch: Heimfallentschädigung. Wir haben grosses Verständnis für die Position der Stadt und hoffen, dass die Insel einlenken wird und es nicht zu einem Rechtsstreit kommt. Eine Idee wäre, dass der Kanton mehr für die Nutzung als Asylunterkunft zahlt, was ja auch eine Lösung wäre, weil die Stadt Bern insgesamt einen sehr grossen Beitrag bei der Unterbringung leistet. Mit dem Zieglerspital als Bundesasylzentrum und jetzt neu mit dem Tiefenauspihal. Da darf die Stadt auch auf Entgegenkommen pochen.

Wir erwarten, dass der Gemeinderat jetzt, wie in seiner Antwort in Aussicht gestellt – weitere Nutzungen auf dem Tiefenau-Areal zusammen mit dem Quartier und mit Partnerorganisationen an die Hand nimmt. Es werden sicher nicht alle Gebäude wirklich jetzt gerade genutzt, und die Aussenflächen bieten sich direkt an. Der Bedarf besteht sicher von Seiten Schule, Kinder- und Jugendarbeit und vom Quartier, das jetzt mit der Siedlung Reichenbachstrasse stark gewachsen ist. Und zuletzt möchten wir dem Gemeinderat mitgeben: Die Stadt hat aktuell viel mit laufenden Arealentwicklungen zu tun hat. Trotzdem sollte sie die Frage mal angehen, wie die Areale Ziegler und Tiefenau im Jahr XY aussehen sollen. Es gibt nämlich wenige grosse Areale in der Stadt, bei denen die Stadt Bern Planerin ist, aber auch Eigentümerin.

Präsidentin: Gibt es Fraktionserklärungen? – Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich nehme gerne den Faden von Barbara Nyffeler auf: Zieglerspital und Tiefenau. Vor vielen Jahren, als ich ein junger Stadtrat war, habe ich mich dafür eingesetzt, dass man im Zieglerspital eine Wohnnutzung macht. Ihr wisst, es läuft dort eigentlich wenig bis gar nichts. Juristisch ist wenig gelaufen. Auch hier ist mir klar, dass man die Tiefenau eben auch irgendwie sinnvoll nutzen muss. Ihr kennt mich. Ich war einer jener, die immer Vorbehalte hatten gegen die extremen Coronamassnahmen. Aber ich kann mich erinnern. Es gab einen riesigen Aufschrei, man habe zu wenig Spitalraum, man habe zu wenig Räumlichkeiten, man müsse mehr

haben. Das ist jetzt alles wieder vergessen. Ich hoffe einfach, dann – und versteht mich richtig –, dass nicht wiederum der grosse Aufschrei kommt und man uns wieder eine Maske anziehen will und uns wieder in die Wohnungen und Büros verbannen will mit Maskenpflicht. Ich hoffe schwer, dass das nicht mehr der Fall sein wird. Dass gewisse dieser Massnahmen überzogen waren, ist mir völlig klar. Wie gesagt, diese Motion ist insofern eben offen definiert, auch für Schulraum. Ihr wisst ja, vor vielen Jahren, beim Ziegler habe ich ausdrücklich gesagt, denkt auch an Schulraum. Wir hatten die Problematik mit dem Goumoëns-Schulhaus. Und dann wurde von Seiten des Stadtpräsidenten gesagt, also Schulraum gebe es nicht. Das sei nicht für Schulraum vorgesehen. Ich hoffe, dass man beim Tiefenau die Sache anschaut. Wir haben hier auch die Nähe und die anderen Sachen. Ich sage immer: Für die Kleinen muss die Schule möglichst in der Nähe sein. Für die Oberstufe bin ich der Meinung, kann der Weg ein bisschen weiter sein, siehe Baumgarten; nicht, dass das absolut ideal wäre. Aber es ist eine Lösung, die, wie ich sage, in dieser Situation auch absolut vertretbar ist.

Und nachher einfach ein Punkt, den muss ich hier an dieser Stelle auch erwähnen. Wir von der SVP haben immer gesagt, man sollte die Flüchtlinge eigentlich vor Ort machen. Ihr seht die Probleme, die wir teilweise haben. Ihr seht jetzt bei diesen Unterkünften, die teilweise eine grosse Kriminalität haben, dass die Anwohner darunter leiden. Und denkt einfach immer daran, wenn ihr den Fall gesehen habt in Neuenburg, in Boudry, wo die Leute eben Angst haben, wo es ständig zu Einbrüchen kommt. Da bin ich an der Meinung, hier muss man dann ganz klar die Sache im Auge behalten, weil die Leute dort leiden und für die ist diese Situation unzumutbar. Denkt daran, es ist einfacher, wenn ihr irgendwo wohnt, wo eben keine Asylunterkunft ist, als wenn ihr irgendwo seid, wo dann eure Kinder, eure Töchter belästigt werden, wo ihr fast jeden Tag Fahrzeug-einbrüche habt.

Und wenn ihr das seht, sage ich eben, seid konsequent. Wie wir sagen: Hilfe vor Ort. Ihr könnt nicht ganz Schwarzafrika und die ganze Ukraine aufnehmen. Auch in der Ukraine gibt es Gegenden, gerade im Westen, die vom Krieg nicht betroffen sind oder weniger betroffen sind. Ich glaube, man muss hier ganz klar auch an die Bewohner der Stadt Bern denken, für die das zu einer gewaltigen Belastung führen kann.

Präsidentin: Merci, Alex. Jetzt hat Mirjam Arn von der GB/JA!-Fraktion das Wort.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Ich habe mein Votum glücklicherweise umschreiben dürfen, weil wir tatsächlich vor einer Woche die Medienmitteilung bekamen, dass im Tiefenauspital für den Herbst 2024 geplant ist, eine Asylunterkunft in Betrieb zu nehmen. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst die Zwischennutzung sehr. Das Tiefenauspital hat vor 110 Jahren mit 140 Betten den Betrieb aufgenommen, und ich weiss nicht, wie viele von euch das Spital gut kennen. Aber das Tiefenauspital hat ein Personalhaus. Es hat Gebäude mit Appartements, es hat einen Tennisplatz, es hat eine riesige Küche, es hat eine Cafeteria, es hat Zimmer, die abgetrennt sind. Zusammengefasst: Es ist klar, dass sich der ganze Komplex hervorragend eignet als Asylunterkunft. Und wie gesagt, das ist eine Zwischennutzung und nicht eine endgültige Nutzung für die nächsten 110 Jahre, sondern erstmal für die nächsten 10 Jahre.

Ein derart grosses und vielfältig verwendbares Gebäude sollte auch aus Nachhaltigkeitsgründen möglichst nicht leer stehen, sondern zwischengenutzt werden. Nebst der Asylunterkunft sind auch weitere stadt- und quartiernahe Nutzungen erstrebenswert, wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, um erstens eine Durchmischung mit dem Quartier zu ermöglichen und zweitens eine Ausgrenzung und Ghettoisierung der

Asylsuchenden zu vermindern und den Mangel an soziokulturellen Angeboten im Quartier zu beheben; sei es jetzt die Schule oder andere Möglichkeiten. In diesem Sinn laden wir den Gemeinderat ein, hier möglichst schnell mit den Verhandlungen mit der Inselgruppe hinsichtlich der Geldfrage vorwärtszumachen, damit das Tiefenau so schnell wie möglich umgenutzt werden kann; mit erster Priorität Asylunterkunft und nachher auch mit weiteren Nutzungsarten. Angesichts des schnellen Handelns des Gemeinderates bisher bin ich guter Dinge. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Für die FDP/JF-Fraktion Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Es ist 10 nach 6 Uhr oder 6 nach 6. Wir haben erst 2 unbestrittene Nachkredite, einen Begründungsbericht und eine bereits erfüllte Motion gehabt. Ich möchte entsprechend auch mein Unverständnis zum Ausdruck bringen, dass dieser Vorstoss, der wie gesagt eigentlich bereits erfüllt ist, nicht zurückgezogen wurde.

Grundsätzlich war eigentlich schon die Lancierung des Vorstosses ziemlich Wasser in die Aare getragen. Ich weiss nicht, ob ihr das Gefühl habt, dass euer eigener Gemeinderat das Gebäude einfach hätte leer stehen lassen, wenn ihr nicht einen Vorstoss gemacht hättet, damit wir doch eine Zwischennutzung daraus machen können. Da muss man jetzt schon nicht allzu weit denken, dass das eine gute Idee sein könnte. Wir begrüssen natürlich, dass das Gebäude nach dem Heimfall nicht einfach leer steht. Wir begrüssen es, dass das zwischengenutzt wird. Wir vertrauen auf den Gemeinderat, auch wenn es nicht unser eigener ist, dass er dort entsprechend gute Zwischennutzungen macht. Und auch, wenn es nicht Gegenstand des Vorstosses ist, aber wie es halt vorhin gesagt wurde, finde ich das Vorgehen schon ein bisschen irritierend, dass man sich mit dem Kanton auf einen externen Gutachter einigt, und es ist eigentlich meines Erachtens sehr ein Unding, dass man, nachdem man sich auf einen externen Gutachter geeinigt hat, mit dem Resultat nicht zufrieden ist, und nachher mit rechtlichen Konsequenzen droht. Vielleicht hätte man das halt auch seitens der Stadt besser abklären müssen.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann hat David Böhner das Wort für die AL/PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Nur ganz kurz. Weil der Vorstoss ja nicht zurückgezogen worden ist, will ich es auch nicht in die Länge ziehen. Es ist bekannt, dass in der Stadt Bern 2 unterirdische Unterkünfte sind, wo Asylbewerber und Asylbewerberinnen und abgewiesene Flüchtlinge untergebracht werden. Wir haben das schon mehrmals hier im Rat besprochen und uns schon mehrmals dafür eingesetzt, dass die nicht unterirdisch untergebracht werden. Und ich möchte hier noch einmal den Gemeinderat auffordern, spätestens, allerspätestens an diesem 1. Oktober, falls es dann wirklich in Betrieb genommen wird, quasi am gleichen Tag die unterirdischen Unterkünfte aufzuheben. Merci.

Präsidentin: Merci, David: Gibt es weitere Fraktionserklärungen? – Einzelvoten? – Dann kommt für den Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich will jetzt nicht eine gesundheitspolitische Diskussion führen, aber Alex, ich muss dir trotzdem sagen, dass das Problem nicht der Spitalraum ist, sondern dass man zu wenig Personal hat, dass die Spitäler Abteilungen schliessen müssen, weil sie die Leute nicht haben. Und auf der anderen Seite geht die

Entwicklung richtig ambulant, was natürlich auch weniger Raum braucht. Also das ist sicher kein Problem. Sicher hochehrfreulich ist, dass wir den Mietvertrag mit dem Kanton abschliessen konnten. Das wurde ja in den Medien grossgeschrieben – "Knatsch mit dem Kanton". Den Vertrag haben wir abschliessen können und je nach Höhe des Betrags, den man dann zahlen muss, gibt es dort noch Anpassungen. Das ist unabhängig voneinander sicher erfreulich. Es ist auch so, dass es ganz viele Ideen und Bedürfnisse gibt, was man dort alles machen kann neben dieser Asylnutzung. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass es bereits bestehende Nutzungen gibt: nämlich eine Kita gibt es, Schrebergärten, eine Tennisanlage gibt es. Es gibt auch Wohnungen, die dort heute betrieben werden. Die Verträge haben wir weitergeführt, die werfen wir ja alle nicht raus.

Ein Teil des Personalhauses wird jetzt von der BSS für eine Notschlafstelle für Obdachlose genutzt. Supernutzung, das öffnet den Spielraum auch wieder. Die Stadt Bern sucht verzweifelt, verzweifelt den Raum für eine Quartierküche. Wenn wir die dort realisieren können, machen wir das selbstverständlich in der Tiefenau. Und wir werden jetzt sicher auch noch mit dem Quartier in Kürze Workshops durchführen, schauen, was es denn überhaupt noch für Nutzungen hat, die nebeneinander funktionieren.

Ein offener Punkt ist, wie gesagt wurde, die Höhe der Heimfallentschädigung durch die Insel. Ich muss dir sagen, Tom, es ist nicht eine gemeinsam eingesetzte Schätzkommission. Die Gültzuschätzungskommission ist vom Kanton. Die hat da irgendetwas gemacht, aber nicht das Richtige. Wir haben das einmal von extern anschauen lassen. Es sind einfach wichtige Faktoren nicht berücksichtigt worden. Und ich muss schon sagen, dass es doch nicht die Aufgabe der Stadt ist, quasi der Insel, die finanziell Probleme hat – vielleicht auch, weil der Kanton zu wenig gibt, um sie zu betreiben – hier quasi versteckt über eine zu hohe Abgeltung unter die Arme greift. Und das ist genau der Vorschlag der Stadt: Wir haben gesagt: Komm Insel, wir setzen eine gemeinsame Kommission ein, die eine Schätzung macht. Das wird von beiden Seiten akzeptiert und damit ist die Sache vom Tisch. Das ist mein Wunschscenario, aber wenn das nicht der Fall ist, ja, dann – es geht um viel Geld, es geht um Kosten – geht man halt vor Gericht. Deswegen ist das Verhältnis zwischen der Inselgruppe und der Stadt Bern immer noch gut. Wir haben beidseitig Interesse und entsprechend werden wir sehen, wie es weitergeht. Vielleicht kommt es rasch zu einer guten Lösung.

Präsidentin: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 009

2023.SR.0099: als Richtlinie

Annahme

Ja	54
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion als Richtlinie erheblich erklärt. Bevor wir zu Traktandum 9 kommen – ihr habt gesehen, zu meiner linken und auf eurer rechten Seite haben wir Gäste. Es sind 4 Personen, und zwar unter anderem der Stadtratspräsident von Stockholm, Herr Olle Burell. Er verbringt seine Osterferien in der Schweiz, eine sehr gute Wahl. Begleitet wird Herr Burell vom Schweizer Botschafter in Stockholm,

Herr François Voeffray, dem schwedischen Botschafter in Bern, Herr Carl Magnus Nesser und vom Pfarrer der schwedischen Kirche, Herr Albin Degen. A warm welcome.

2023.SR.0106

9 **Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz / Thomas Fuchs / Thomas Glau-ser, SVP): Zentralweg: Die Stadt muss Strafanzeige einreichen!**

Präsidentin: Dann fahren wir fort mit Traktandum 9: Zentralweg. Die Stadt muss Strafanzeige einreichen! Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich komme zu unserer Motion, die ich eingereicht habe. Ich bin ein bisschen überrascht, dass der Gemeinderat auch die Ziffer 1 ablehnt. In der Ziffer 1 fordern wir Strafanzeige gegen die unbekannte Täterschaft einzureichen. Der Gemeinderat sagt selber, er habe die Anzeige gegen unbekannt eingereicht und habe gleichzeitig zivilrechtliche Ansprüche, Schadenersatz geltend gemacht.

Wenn das so wäre, wäre Ziffer 1 meiner Motion erfüllt. Ich bin gerne bereit, wir können miteinander reden, dann können wir die als erfüllt, als erledigt abschreiben, dann müssen wir nicht noch einen Begründungsbericht oder irgendetwas haben, dann ist das für mich erledigt. Ziffer 2: Worum geht es mir dort? Mir geht es darum, dass man sich auch als Privatkläger beteiligt an diesem Verfahren, und Zivilforderungen geltend macht. Die Täterschaft ist zurzeit nicht bekannt, aber trotzdem bin ich der Meinung ... Die Teilnahme an allfälligen Verhandlungen will man eben nicht – "keine nennenswerten Vorteile". Doch das hätte Vorteile, meine Damen und Herren. Ich hoffe, der Stadtpräsident und Herr Nause hören jetzt gut zu. Wenn man nämlich die Zivilforderungen geltend macht, dann kann man unter Umständen eben diesen Schadenersatz für das Haus von den Tätern bekommen. Vielleicht haben sie kein Geld, das ist mir klar, dann gibt es vielleicht einen Verlustschein und vielleicht erben sie mal oder verdienen dann mal, dann kann man das Geld einfordern. Ja, wenn man das eben nicht macht, dann verzichtet man wieder auf Kosten der Steuergelder fahrlässig. Der Steuerzahler bezahlt und nicht die fehlbaren Täter. Das ist eine Kapitulation vor den Straftätern.

Ich hoffe, Herr Nause und der Finanzdirektor hören gut zu. Ich weiss, der Stadtpräsident muss sich jetzt um die Gäste kümmern. Das ist klar, aber das sind für mich Punkte im Rahmen der Vorbereitung. Da müsste man das machen. Wie gesagt, ich biete Hand zur Versöhnung. Die Ziffer 1 kann ich ohne Weiteres zurückziehen, die könnte man als erledigt abschreiben, sonst weise ich einfach die Stadt auf eine gewisse Widersprüchlichkeit in der Beantwortung hin. An Ziffer 2 halte ich fest. Ich bin auch nicht bereit, sie zu wandeln. Wenn ihr jetzt grosse Zustimmung für das Wandeln signalisieren würdet, wäre ich selbst noch dazu bereit. Aber denkt daran: Es ist unser Steuergeld, das ihr hier verpulvert, wenn ihr nicht den Mut habt, das Geld einzufordern. Und genau vor dem haben die Straftäter Angst, wenn man das Geld verlangt. Deshalb: In dem Sinne bitte ich euch, dieser Motion zuzustimmen. Wegen Ziffer 1 warte ich auf eine Antwort.

Präsidentin: Gibt es Fraktionserklärungen? – Einzelvoten? – Der Gemeinderat verzichtet. – Ich habe nichts von wandeln gehört. – Gut, dann stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 010

2023.SR.0106: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	6
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr lehnt die Motion ab.

2023.SR.0191

10 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Niklaus Mürner): Viererfeld-Desaster Stadtplan

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 10. Es ist wieder eine Motion der SVP: Viererfeld-Desaster Stadtplan. – Die Motion ist bestritten. Spricht jemand für die Einreichenden? Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe heute offenbar ein bisschen einen Grosskampftag. Ich komme hier zu dieser Motion aus dem Jahr 2023. Ich danke dem Ratsbüro, dass sie die Motion vom 21. September 2023 schon traktandiert haben, denn das Problem besteht nach wie vor. Man hat ja gesagt, man habe einen Investor. Aber ich sage euch, bei diesen engen Auflagen – ihr habt es auch gesehen in dieser anderen Sache, dem Wifag-Areal, was die Stadt den Investoren für Auflagen macht. Das macht es einfach schlichtweg nicht interessant, hier noch etwas zu machen. Und ich sage ganz klar: Man hat Tafelsilber verschleudert für eine unmögliche Überbauung. Ich sage es nach wie vor. Es ist für mich nicht ersichtlich, warum man vorne, wo man eigentlich die schöne Aussicht hat, in hohen Blöcke hat. Hinten beim Wald hat man die niedrigen Blöcke und dort zwischen den niedrigen Blöcken und dem Wald hat man jetzt noch ein Pärkchen, das in ein paar Jahren auch überbaut wird. Und dann habt ihr rigide Vorschriften, Klimaziele und was auch immer in dieser Stadt. Der Stadtpräsident fliegt in der halben Welt herum und der kleine Bürger hier darf nicht mehr das Auto beim Haus abstellen. Das geht für mich so nicht auf. Und ihr seht die 3 Forderungen, die wir gemacht haben. Der Gemeinderat lehnt diese natürlich ganz klar ab. Er sagt, man habe schon darüber abgestimmt. Aber ich habe gesagt, es sei ein Lügenbüchlein gewesen, das wir gehabt haben. Was hat man alles versprochen? In einer ersten Phase hat man versprochen, die Stadt würde vielleicht gar nicht als Investor auftreten. Jetzt tritt die Stadt als Investor auf. Auch nachher nach der Abstimmung sind Vorstösse durchgekommen, dass man eben noch mehr Sozialwohnungen macht. Man hat nicht über das abgestimmt, was man nachher schlussendlich realisiert. Ich habe immer gesagt, man könne das so machen, aber wir haben das ja schon in anderen Fällen beanstandet, dass zwischen dem Abstimmungsbüchlein und dem eigentlichen Resultat gewaltige Differenzen sind.

Und ihr seht auch das Zweite: Es sei eine neue Vorlage vorzulegen, welche die Vorschriften betreffend die Parkplätze lockert. Mit diesen rigiden Vorschriften können Leute, die auf ein Auto angewiesen sind – ich denke an Berufskategorien wie beispielsweise Leute vom Baugewerbe, aber auch Leute vom Sicherheitsdienst, Instruktoeren, Polizeibeamte, Polizeioffiziere oder auch irgendwie ein Handelsreisender – können

doch hier gar nicht wohnen. Den will man ja gar nicht in Bern. Man hat wahrscheinlich lieber einen städtischen, kantonalen und einen Bundesbeamten, der dann allenfalls ein Mobility-Abo hat und ein teures Elektrobike, ein Luxus-Elektrobike sein Eigen nennt. Drittens: Es ist für mich unverständlich. Man hat mal vor vielen Jahren hat gesagt, man soll einen Drittel Eigentum haben, einen Drittel Mietwohnungen und einen Drittel Sozialwohnungen. Dort gibt es wiederum kein Stockwerkeigentum. Es ist ganz klar, wie auch auf dem Gaswerkareal, man will keine Eigentümer mehr. Man will Leute, die vielleicht die Freiheit höher schätzen, als Eigentum zu erwerben. Aber wir haben damit eben unter Umständen damit genau das, was die Stadt eben will, dass sie ihre Klientele hier hat. Und eben Leute, die eine gewisse konservative Grundstimmung haben, sollen gar nicht hierherkommen. Das ist, wie ich habe, wie im roten Wien in den 20er-Jahren mit dem Karl-Marx-Hof. Damit zementieren sie politische Strukturen. Und dann haben wir eben auch gesagt, wir möchten ganz klar, dass man das kann. Sie haben gesehen, was der Gemeinderat sagt. Er ist da ganz klar dagegen. Er will vom gewählten Vorgehen nicht abweichen. Sie haben gesehen, dass mit der Pensionskasse der Berner Kantonalbank ein Investor abgesprungen ist – ein Investor, der solvent, zuverlässig ist und der die bernischen Verhältnisse kennt, hat zurecht gesagt: "Macht euren Dreck aleene", wie König August von Sachsen gesagt hat. Das bringt nichts. Wir wollen nicht mehr dabei sein. Und hier haben wir eben jetzt genau das. Ihr seht, es kommt wieder dieser wesentliche Beitrag zum Klimaschutz und auch die künftigen Ansprüche zur Mobilität. Ich sage, es ist eine reine Bevormundung. Man will eben nur einen bevormundeten Bürger, der all die Vorgaben – vegetarisch essen, vegan essen, möglichst kein Fleisch essen, möglichst nicht herumfahren – befolgt. Diesen will man. Etwas anderes ist es für die Hautevolee von RGM. Die können selbstverständlich herumfliegen nach Georgien, Südafrika, Amerika, Holland. Das geht dann wieder. Ihr werdet eine Antwort auf eine Interpellation erhalten, in der ihr detailliert Auskunft erhalten werdet über die Flugkilometer und den Zweck der Reisen, wobei einfach dann für gewisse Leute auch ein strengerer Massstab gelten soll als für den Privaten. Und in der Stadt Bern soll man sich ja nicht einmal mehr an Flugzeugwerbung und Autowerbung an öffentlichen Plätzen erfreuen dürfen. Ich habe klar zur Kenntnis genommen, ich habe nicht die Illusion, dass wir hier mit dieser Motion krachend durchkommen. Aber denkt daran, Feuz wird häufig als Cassandra bezeichnet vom Stadtpräsidenten. Ich betrachte das als Ehrentitel, denn Cassandra hat immer recht, man glaubt ihr zwar nicht, aber es gibt ein Desaster. Wir zerstören unsere Grünflächen mit einer unsinnigen Überbauung, die uns mehr kostet, als sie Geld bringt. Und schlussendlich ziehen wir dann noch einen Schuh voll raus, den wir bezahlen müssen. Ein schlechtes Geschäft! Darum haben wir versucht, das hier umzudrehen und dazu eine entsprechende Motion eingereicht. Ich danke den wenigen, die uns unterstützen werden.

Präsidentin: Danke, Alex Feuz. Ich wurde darauf hingewiesen, dass unsere Gäste Hochdeutsch verstehen. Das heisst, ihr seid alle eingeladen, eure Voten auf Hochdeutsch zu halten, wenn ihr wollt. Das ist selbstverständlich freiwillig. Ich werde Hochdeutsch sprechen während ihrer Anwesenheit. Als nächstes kommt Johannes Wartenweiler von der SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Ich würde Alexander Feuz nie als Cassandra bezeichnen. Ich würde vielmehr behaupten, er wiederholt sich mit allem, was er sagt, 1000-fach und es wird nicht besser und es wird nicht wahrer. Es kann doch nicht sein, dass wir jedem Feld, auf dem keine Rüben gepflanzt werden können, nachtrauen in einer Zeit, in der wir dringend wichtigen städtischen Wohnraum brauchen. Wir haben

mindestens 3 Abstimmungen gehabt, die dieses Vorgehen unterstützen und bestätigt haben. Wir haben die klare politische Aufgabe erhalten, dieses Quartier, das Viererfeld, zu entwickeln und wir haben immer noch dieses Gejammer über den Grünraum, der verlorengehen könnte. Schaut euch einmal in der Umgebung von Bern an, wie viel Grünraum da vorhanden ist – unendlich viel, und der ist überhaupt nicht gefährdet. Ich bitte also darum, ein bisschen die Perspektiven zu wahren und sich nicht gleich in ein Stück gut erschlossenes Gebiet mitten in der Stadt festzubeissen.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist das Projekt trotz Startschwierigkeiten weiterhin von grosser Bedeutung. Es ist eine der grössten Stadtentwicklungen in den letzten 50 Jahren. Ich glaube, man hat seit Brünnen nicht mehr so gross geplant. Und einfach, damit es alle wissen: Bei Brünnen hat es am Schluss 60 Jahre gedauert, bis es realisiert worden ist. Ich gehe nicht davon aus, dass man im Viererfeld die gleiche Zeit braucht. Aber ich gehe schon davon aus, dass wir noch einige Überraschungen erleben werden, dass wir uns noch ein paarmal werden überlegen müssen, ob wir dieses grossartig angelegte Bauprogramm, dieses wahnsinnige Jekami aller Ansprüche erfüllen können oder ob wir mit der Zeit irgendwann dann auch gewisse Abstriche machen müssen, damit das entsteht, was wir allen Ernstes wollen und was uns am wichtigsten ist, nämlich bezahlbaren Wohnraum für Leute, die in der Stadt Bern wohnen wollen. Zum Stockwerkeigentum, das auch ein Lieblingssteckenpferd der SVP ist: Wir wollen auf städtischem Boden kein Stockwerkeigentum. Das machen die Privaten sowieso. Wir haben 1/3 Stockwerkeigentum jetzt auf dem Wifag-Areal. Das wird kommen und es wird überall kommen, denn Stockwerkeigentum ist für Private einfach interessant. Da entsteht schnell Cash. Wir wollen wohnen und wir wollen, dass die Stadt langfristig und die Investoren langfristig auch flexibel bleiben, damit man die Stadt weiterentwickeln kann.

Reden wir dieses Projekt nicht schön, aber lassen wir es uns auch nicht kaputtmachen. Es ist eine grosse Herausforderung und ich bin sicher, dass wir sie meistern werden.

Präsidentin: Merci, Hano. Als nächstes kommt Florence Pärli für die FDP/JF-Fraktion.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Ich glaube, ich brauche den Schemel und ich habe die Rede auf Schweizerdeutsch vorbereitet, probiere jetzt aber Hochdeutsch zu sprechen. Die Fraktion FDP/JF ist bekanntlich für die Überbauung des Viererfelds/Mittelfelds. So würde dringend benötigter Wohnraum geschaffen. Die Fraktion FDP/JF hat aber auch immer darauf hingewiesen, dass die Bauvorschriften zu rigide sind und prompt ergibt eine Umfrage im "Bund" unter den Bauherren, das Projekt sei derart überambitioniert und ideologisch befrachtet, dass das Areal kaum noch mit einer minimalen Rendite entwickelt werden könne, und schon gar nicht zu den Baurechtszinsen, wie sie der Stadt einst vorschwebten.

Noch immer ist auf dem Viererfeld/Mittelfeld kein einziger Spatenstich passiert, im Gegenteil. Es ist jetzt noch unsicherer, ob es unter den jetzigen Bauvorgaben überhaupt bald zu einem Spatenstich kommt, und ebendiese Spatenstiche wären bei diesem knappen Wohnraum dringend nötig. Darum ist es eigentlich spannend, dass SVP und GaP, die ja eigentlich gegen die Überbauung sind, mit ihrem Vorstoss Lösungsvorschläge bringen, die eben die Überbauung endlich zustande kommen lassen könnten. Auf jeden Fall unterstützt die Fraktion FDP/JF die Punkte der Motion, die in der Entscheidungsmacht der Stadt und des Gemeinderats liegen. Das ist zum einen Punkt 1, und zwar würde es die Fraktion FDP/JF sehr begrüßen, wenn wir neu über die Bauvorschriften abstimmen könnten und sie mit so wenig Vorgaben wie möglich aufladen würden.

Dann unterstützt die Fraktion FDP/JF auch den Punkt 3 der Motion, der fordert, dass Private und kleine Gesellschaften auf dem Viererfeld/Mittelfeld Eigentum erwerben

könnten. Für Menschen in unserem Land ist es ein grosses Bedürfnis, Wohneigentum erwerben zu können. Und das hat überhaupt nichts mit Spekulation zu tun, wie es der Gemeinderat in seiner Antwort behauptet. Es hat mit dem Aufbau von Vermögen zu tun. Wer Wohneigentum hat, ist nicht auf die Gunst von Vermietern angewiesen. Wohneigentum macht finanziell unabhängiger. Und wer finanziell unabhängig ist, braucht vor allem im Alter auch weniger Unterstützung vom Staat. Wohneigentum ist Vorsorge. Die Vorsorge bleibt aber immer mehr Jungen und vor allem Familien in Bern verwehrt. In der Stadt Bern sowieso. Hier braucht es ein Einkommen von 360'000 Franken jährlich, um ein kleines Haus kaufen zu können. Dieses Einkommen hat wirklich fast niemand. Auf dem Viererfeld/Mittelfeld, könnte man Jungen eine Möglichkeit bieten, Eigentum zu fairen Konditionen zu erwerben, so dass sie nicht gezwungen sind, aus der Stadt zu ziehen und damit ihr zu Hause Bern zu verlieren. Und eben: Sie könnten hier wiederum auch als Familie leben. Den Punkt 2 der Motion lehnt die Fraktion FDP/JF schliesslich ab. Am Zonenplan gibt es nichts zu rütteln, der ist von der Bevölkerung abgesegnet und diesen Entscheid gilt es zu akzeptieren. Vielen Dank.

Präsidentin: Danke, Florence. Für die SVP-Fraktion, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Das Viererfeld ist eine der wenigen grünen Lungen, die wir in der Stadt Bern haben. Ihr sprecht immer von CO₂-Klimazielen, ihr seid die grünen Parteien, die dieses Viererfeld zubetonieren, die es kaputtmachen. Man spricht von 16 Hektaren Grünfläche. Die Stadt Bern wächst. Es sind über 150'000 Leute, die jetzt in der Stadt Bern wohnen. Wachstum heisst auch Infrastrukturwachstum, das heisst, es bleibt nicht nur beim Viererfeld, das wir überbauen. Wir müssen auch mehr Infrastruktur wie Schulhäuser, Krankenhäuser, etc. Schwimmbäder, Sportanlagen bauen, wenn wir alles verdauen möchten. Aus diesem Grund sind wir ganz klar gegen diese Überbauung von Anfang an und kämpfen bis zum Schluss – ihr seht das –, damit wir diese grünen Lungen und das Naherholungsgebiet Viererfeld erhalten können.

Es ist erstaunlich, dass gerade in einer rot-grünen Mehrheitsstadt solche Überbauungen gemacht werden, bei denen die Natur und die Infrastruktur der Menschen, die in der Stadt wohnen, kaputtgehen. Somit appelliere ich an die grüne Mehrheit, die alle Klimaziele erreichen will, dass sie unsere Motion unterstützt und dass für die Klimaziele das Viererfeld nicht gebaut wird. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Gibt es Einzelvoten? Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte vorab festhalten, ich danke für die Unterstützung der anderen Parteien, die uns in gewissen Punkten unterstützen. Ich werde eine punktweise Abstimmung verlangen und ich möchte nochmals meinem Vordner Thomas Glauser danken. Wir sprechen immer vom Klimaschutz, die hehren Ziele des Klimaschutzes. Wir sind stolz, wenn wir im Breitenrain 3 oder 4 Bäume schützen, ihnen etwas mehr Platz geben, und die wichtigen grossen Grünflächen zerstören wir für eine rot-grüne Klientel. Stockwerkeigentum, ich kann mich den Ausführungen von Florence Pärli anschliessen, wäre wichtig für die Stadt. Das will man nicht. Es ist einmal mehr eine rot-grüne Machtpolitik, und ich bitte euch, diesen Punkten zuzustimmen, die unsere Motion vorsieht. Ich danke denjenigen, die uns hier unterstützen.

Präsidentin: Danke, Alex. Ich finde, das funktioniert gut auf Hochdeutsch. Vielleicht sollten wir das standardmässig einführen. Dann hat Michael Aebersold das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich habe nichts vorbereitet und kann deshalb gut auch auf Hochdeutsch sprechen, so gut wie auch auf Berndeutsch.

Ich bin nicht vorbereitet auf eine generelle Viererfeld-Debatte, über Gott und die Welt, denn die Motion will eine neue Vorlage. Punkt. Und die Frage ist: Wollt ihr eine neue Vorlage oder wollt ihr das nicht? Der Gemeinderat oder zumindest ich staune über das Demokratieverständnis der SVP. Das Volk hat dreimal Ja gesagt, es hat zweimal Ja gesagt, es hat dreimal Ja gesagt. Ihr habt versucht, das Ganze politisch noch zu verzögern. Wir mussten die Abstimmungen trennen. Das Volk hat Ja gesagt zum Kredit, das Volk hat Ja gesagt zur Abgabe im Baurecht. Jetzt kann man noch eine neue Vorlage verlangen.

Also ich verstehe die SVP schon lange nicht mehr. Die Frage der hohen Auflagen, liebe Stadträtinnen und Stadträte, das ist State of the Art heute. Das war vorhin bei der Pensionskasse doch die Diskussion, dass wir eben sehr hohe Umweltstandards haben, Klima, Biodiversität, das kostet alles Geld. Das ist nicht nur auf dem Viererfeld so. Das ist heute auf jeder Überbauung, auf jedem Areal so. Das wissen auch die Investorinnen und Investoren. Und dann immer wieder diese Parkplätze. Heute ist es so, dass dort, wo viele Parkplätze geschaffen werden, stehen viele leer. Und Parkplätze sind meistens im Untergrund und kosten viel Geld und dann werden auch wieder die Mieten teurer, weil das irgendjemand finanzieren muss. Ich kann euch versichern, wir sind vielleicht etwas langsam, mit Berner Tempo unterwegs. Es ist hochkomplex, aber wir sind unterwegs. Wir haben jetzt einen Koordinationsplan, der wirklich diese politischen Forderungen, aber auch konkrete Vorgaben enthält. Die Investorinnen und Investoren sind einbezogen. Sie wissen, was auf sie zukommt. Und ich muss euch sagen, wir werden einen Baurechtszins erhalten. Wie alle hier drin wissen, ist das hochattraktives Land, stadt- also bahnhofnah. Und wer jetzt nicht investiert dort oben, der ist schon fast blöd, denn wenn wir etwas nicht vermehren können, dann ist es das Land. Die Investor*innen sind an Bord. Das neue freie Feld konnte vergeben werden, trotz oder vielleicht wegen all dieser Diskussionen. Und wir planen ganz fest, dass ab 2026 dort oben dann auch wirklich etwas passiert.

Entsprechend wird sicher Alex nochmal kommen und uns die Welt erklären. Und dann lehnt die Motion bitte ab.

Präsidentin: Danke vielmals, Michael. Alexander Feuz hat nochmals das Wort, weil er direkt angesprochen wurde.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich wurde angesprochen und habe deshalb reagiert. Es wurde der SVP mangelndes Demokratieverständnis unterstellt. Ich möchte klar festhalten: Im Jahr 2004 haben die Stimmberechtigten die Vorlage Viererfeld abgelehnt. Nach 10 Jahren hat die Stadt wieder eine neue Vorlage gemacht. Die SVP wehrt sich gegen die Sache. Die SVP hat teilweise durch nahestehende Kreise Einsprachen gemacht, Beschwerden gemacht. Das ist rechtlich zulässig. Wir sind nicht gewillt, uns unter das rot-grüne Joch zu begeben, und kämpfen dagegen. Wir setzen uns für Grünräume ein.

Präsidentin: Danke vielmals. Wir kommen zu den Abstimmungen. Es wurde nicht gewandelt, aber wir werden punktweise abstimmen. Wir stimmen über den Punkt 1 ab.

Abstimmung Nr. 011

2023.SR.0191: Punkt 1

Ablehnung

Ja	17
Nein	44
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 1 abgelehnt. Wir kommen zum Punkt 2.

Abstimmung Nr. 012

2023.SR.0191: Punkt 2

Ablehnung

Ja	11
Nein	50
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt auch den Punkt 2 abgelehnt. Wir stimmen ab über den Punkt 3.

Abstimmung Nr. 013

2023.SR.0191: Punkt 3

Ablehnung

Ja	16
Nein	45
Enthalten	1

Präsidentin: Auch den Punkt 3 lehnt ihr ab.

2022.SR.000159

11 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Stadt Bern und EWB: Günstige Strom- und Gaspreise für alle, die das wollen!

Präsidentin: Wir sind beim Traktandum 11. Es geht um eine Motion der SVP-Fraktion. Die Motion ist bestritten und die Einreichenden haben das Wort. Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wir kommen zu einer Motion. Wir haben teilweise eine ähnliche behandelt. Es ist uns ein grosses Anliegen. Sie haben gesehen, worum es uns geht. Sie haben gerade heute – deshalb habe ich sie nicht zurückgezogen – gelesen, was EWB für Gewinne macht. Heute war das. Und wieso machen sie diese Gewinne? Sie wollen nachher das Fernwärmenetz ausbauen. ich habe gar nichts dagegen. Fernwärme ist gut, aber in gewissen Quartieren funktioniert es gar nicht, weil es technisch gar nicht möglich ist, eine kurze Verbindung zu wählen. Und worum geht es mir? Ich habe nichts gegen Biogas, aber ich habe etwas dagegen, dass, wenn man nicht reklamiert und sich nicht dagegen wehrt, man nicht die günstigste Variante, son-

dern die zweitgünstigste Variante bekommt. Das ist dasselbe, wie wenn ich in die Metzgerei gehe. Ich verlange Geschnetzeltes, und dann bekomme ich nicht das günstige, sondern ich bekomme das ganz exklusive Charolais-Geschnetzelte oder Geschnetzeltes vom Limousin-Rind. Das ist sehr gut, ist vielleicht besser als das normale, aber man muss den Konsumenten fragen und nicht einfach ein teures Produkt nehmen. Dann hat man Gewinne. Deshalb auch unser zweiter Antrag, dass den Gasbezügern immer das günstige Produkt ohne Zumischung verrechnet wird. Und sonst bin ich der Meinung, dass man zumindest die Bezüger ganz klar darauf aufmerksam machen muss. Das gleiche gilt beim Strom. Sie sehen, ich begründe diesen Vorstoss kurz und knapp.

Aber ich sage, wenn sie jetzt diese grossen Gewinne haben, darf es doch nicht sein, dass diese Gewinne auf dem Buckel des Konsumenten, der sich vorgängig nicht gut informiert hat, ausgetragen werden. Das ist für mich genau der entscheidende Punkt. Deshalb bitte ich euch im Sinne der Transparenz, im Sinne der Personen, die teilweise wenig verdienen, dass sie die Möglichkeit haben, günstigen Strom und günstiges Gas zu beziehen. Es ist nicht die Aufgabe des Steuerzahlers, hier EWB den Ausbau zu ermöglichen, der gewissen Quartieren gar nichts bringt. Da muss man die Personen zur Verantwortung ziehen und zur Kasse bitten, die davon profitieren können. Und auch dort muss man aufpassen, damit man Leute, die vielleicht eine gute Solaranlage haben oder mit Holzschnitteln heizen, also bereits in der Liegenschaft Investition vorgenommen haben, nachher nicht zwangsweise beglückt mit einem Anschluss an einen Wärmeverbund. In diesem Sinn bitte ich euch umso mehr, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Alex Feuz. Gibt es Fraktionsvoten? Tom Berger für die Fraktion FDP/JF.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP-Jungfreisinn werden die Punkte 1 und 3 dieses Vorstosses klar ablehnen. Aus unserer Sicht gibt es 2 Gründe, dies zu tun. Das eine ist ein staubtrockenes, ordnungspolitisches Argument. Wir haben mit EWB eine Eignerstrategie. Und wir erachten es als falsch, über Vorstösse im Parlament einzelne Bereiche von EWB steuern zu wollen. Wenn wir grundsätzlich etwas an EWB machen wollen, ist der Weg über die Eignerstrategie zu wählen. Zu den Punkten 1 und 3 gibt es aber auch ein ökologisches und ein geopolitisches Nein. Die Zeiten, in denen wir immer das günstigste Gas und immer den günstigsten Strom einkaufen konnten, sind definitiv vorbei. Überlegt mal kurz: Wenn das günstigste Gas aktuell aus Russland kommen würde, würdet ihr dann ernsthaft fordern, dass die Stadt Bern zwingend dieses einkaufen muss? Auch beim Strom und beim Gas gibt es andere Aspekte, die zu berücksichtigen sind, als der Preis.

Für die Punkte 2 und 4 haben wir durchaus gewisse Sympathien. Es ist in der Tat so, dass wir auch in diesem Parlament schon mehrfach vor allem von linker Seite gehört haben, dass die steigenden Energiepreise für Haushalte mit kleinerem Einkommen sehr belastend sind. Und da ist es natürlich schon ein wenig speziell, dass man diesen Leuten eigentlich automatisch einen höheren Tarif in Rechnung stellt, und dann in diesem Parlament wiederum Wege sucht, um diese höheren Tarife mit haushaltsspezifischen Gutscheinen wieder zu vergünstigen.

Auf der anderen Seite kann man natürlich argumentieren, dass gerade wir als Freisinnige häufig an die Eigenverantwortung appellieren und es den Leuten grundsätzlich freigestellt wäre, von sich aus den Tarif zu ändern, wenn sie das möchten. Aber wie

gesagt: Für die Punkte 2 und 4 gibt es Sympathien in unserer Fraktion. Wir wären deshalb auch hier dankbar für eine punktweise Abstimmung. Wichtig ist aber wirklich, dass die Punkte 1 und 3 aus den genannten Gründen abgelehnt werden. Vielen Dank.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann hat Michael Hoekstra von der GLP/JGLP/EVP-Fraktion das Wort.

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion: Es wird voraussichtlich mein letztes Votum in diesem Rat sein. Ich werde das noch geniessen. Die Stadt Bern hat einen CO₂-Ausstoss, der wird erzeugt im Wesentlichen durch den Verkehr und durch die Energie, sprich Strom oder eben auch die Wärme- und Kälteerzeugung. EWB hat damit natürlich in der Stadt den grössten Hebel, um unsere Ziele – Netto-Null gemäss Klimastrategie – so schnell wie möglich zu erreichen. Dafür muss EWB umfassende Investitionen tätigen. Das ist – und das können Sie mir glauben – das ist ein Marathon. Und je länger wir warten und keine griffigen Massnahmen ergreifen, sondern nur darüber diskutieren, welche Massnahmen man greifen sollte, desto mehr muss EWB beziehungsweise schlussendlich auch wir und die Steuerzahler diesen Marathon, diese Laufdistanz am Ende mit einer Geschwindigkeit eines Usain Bolt absolvieren. Mit so einem Vorstoss würden EWB zusätzlich noch – auf Berndeutsch – "Knebel" zwischen die Beine werfen, sprich es würde noch schwieriger gemacht, diese Ziele zu erreichen. Die aktuellen Tarife, ob diese jetzt teuer oder günstig seien, lasse ich mal offen. Was man aber feststellen kann, ist, dass diese ganz sicher keine lenkende Wirkung haben im Moment. Der aktuelle Standardtarif und so wie momentan das Tarifmodell ausgelegt ist, erlaubt dem Kunden sowohl ein sogenanntes Opt-in, das heisst, er kann sogar noch ein besseres, leicht teureres, aber nachhaltigeres Produkt wählen. Aber ja, es gibt auch die Möglichkeit, dass er, wenn er eher kostensensitiver ist, ein Opt-out macht und das günstigere Angebot wählt. Das ist möglich. Optimierung nach oben und nach unten. Der Kunde hat die Wahl und das ist aus der Sicht der GLP/JGLP/EVP-Fraktion auch gut so. Dieser Vorstoss trägt den Titel "Günstige Strom- und Gaspreise für alle, die das wollen". Das ist heute schon möglich. Wer will, kann günstiger, sprich: Vorstoss erfüllt. Wir werden demnach die Anträge dieses Vorstosses allesamt ablehnen.

Präsidentin: Danke, Michael, für dein voraussichtlich letztes Votum. Wir sind bei den Einzelvoten. – Dann für den Gemeinderat Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen. Jeder Konsument hat Wahlfreiheit. Er hat Wahlfreiheit und kann entscheiden, ob er sein ökologisch gutes Standardprodukt downgraden will oder nicht. Und wenn ich dann höre, dass EWB massive Gewinne macht, muss ich einfach sagen, lieber Alex Feuz, EWB macht zwar Gewinne operativ, aber EWB verschuldet sich jedes Jahr, weil wir das Fernwärmenetz Bern-West, zum Beispiel, ausbauen müssen. Und das sind Belastungen, mit denen diese Unternehmung extrem grosse Risiken auf sich nimmt und wir daher nicht davon ausgehen können, dass sich irgendwie Strombarone die Taschen füllen. In dem Sinn und Geist bitte ich Sie schon: Lehnen Sie das ab.

Präsidentin: Danke, Reto Nause. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde punktweise Abstimmung verlangt. Wir stimmen über den ersten Punkt ab.

Abstimmung Nr. 014

2022.SR.000159: Punkt 1

Ablehnung	
Ja	6
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den ersten Punkt abgelehnt. Wir sind beim Punkt Nummer 2.

Abstimmung Nr. 015

2022.SR.000159: Punkt 2	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	54
Enthalten	1

Präsidentin: Punkt Nummer 2 wurde abgelehnt. Wir stimmen ab über den Eventualantrag zu Punkt 2.

Abstimmung Nr. 016

2022.SR.000159: Eventualantrag zu Punkt 2	
Ablehnung	
Ja	11
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Eventualantrag wurde abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 3.

Abstimmung Nr. 017

2022.SR.000159: Punkt 3	
Ablehnung	
Ja	6
Nein	60
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 3 wurde abgelehnt. Wir sind bei Punkt 4.

Abstimmung Nr. 018

2022.SR.000159: Punkt 4	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 4 wurde abgelehnt. Wir stimmen ab über den Eventualantrag zu Punkt 4.

Abstimmung Nr. 019

2022.SR.000159: Eventualantrag zu Punkt 4

Ablehnung

Ja	13
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Auch der Eventualantrag wurde abgelehnt.

2022.SR.000209

12 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der geplanten Einschränkungen der Päckli-Zustellungen in Bern! Stopp unnötiger Ressourcenverschwendung!

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum Nummer 12, wieder eine Motion der SVP. Es wurde Ablehnung empfohlen. Die Motion ist also bestritten und die Einreichenden haben das Wort. Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Heute habe ich einen Grosskampftag. Das sind diverse Vorstösse der SVP, die ich eingereicht habe. Ich danke gleichwohl dem Ratssekretariat und dem Ratspräsidium, dass sie diese Vorstösse, die thematisch nicht zusammenhängen, doch jetzt einmal behandeln.

Ich komme zu dieser Motion. Sie sehen, der Gemeinderat lehnt sie ganz klar ab. Er behauptet auch, dass durch diese Sachen keine Einschränkung der Hauszustellungspflicht für Pakete vorgesehen sei. Sie sehen, ich beziehe mich auf einen Artikel im "Blick". Ich sage nicht, dass diese Zeitung immer das Richtige schreibt. Sie schreibt häufig das Falsche. Ich weiss auch, dass sie einen Papst mal sterben liess, der noch gelebt hat. Aber hier haben wir ein Statement von Levrat, dem Verwaltungsratspräsidenten der Post. Dieser gehört bekanntlich nicht der SVP an. Wir sind politisch aus verschiedenen Lagern, aber ich zitiere und hier steht: "Ich verstehe die Sorge um die Nachhaltigkeit. Aber der Weg" – damit ist der Weg der Stadt Bern gemeint – "ist der falsche Weg. Die Leute wollen die Pakete zu Hause haben. Wir wollen zu unseren Kunden. Und ausserdem sind wir gesetzlich verpflichtet, in der ganzen Schweiz die Zustellung an der Tür zu gewährleisten, auch in der Stadt Bern." Das hat nicht Feuz geschrieben. Das hat Herr Levrat geschrieben, ehemaliger Ständerat in Freiburg. Es geht nachher weiter: "Was Sie beschreiben, ist genau das Modell der Post in Zürich. Wir haben Mikrobasen in der Stadt, die wir nachts bedienen. Von da an können wir die Päckli mit Elektrofahrzeugen bis an die Haustüren ausliefern. Hier im Sortierzentrum Ostermundigen, wo wir auch Pakete für die Stadt verarbeiten, schaffen wir gerade 70 Elektroautos an." Auch das hat nicht der böse Feuz geschrieben. Das hat Herr Levrat, Ständerat Levrat, Verwaltungsratspräsident, geschrieben. Und gestützt auf diese Aussage im "Blick" habe ich nachher die Anträge eingereicht, mit denen wir fordern, der Gemeinderat habe sofort die geplante Einschränkung der Haustürpaketzustellung durch die Post zu stoppen, soweit dies eine vorgängige Änderung der entsprechenden Bundesgesetze erfordert und der Planung der Post entgegensteht.

Jetzt sagt die Stadt: Wir planen keine eingeschränkte Hauszustellung der Pakete. Wenn das so ist – ich habe das schon beim anderen Vorstoss gesagt –, bin ich bereit, die Motion als erfüllt anzusehen, dann kann man mich kontaktieren und dann würde ich sagen: Ist erfüllt. Ich verweise hier auf diese Sache. Dann ist nämlich die Motion durchgedrungen in diesem Punkt. Nachher Ziffer 2: Ich bin der Meinung, die Stadt Bern sollte nicht Personalressourcen einsetzen für Sachen, die dem übergeordneten Recht widersprechen. Und auch hier sagt die Stadt, dass das nicht der Fall ist. Dann würde ich auch hier sagen, meine Motion war von Erfolg gekrönt. Die Stadt sagt: Wir haben das nicht gemacht. Es ist nicht so. Dann hat meine Motion auch hier wieder Erfolg gehabt. Dann ist sie als erledigt abzuschreiben. Und die Ziffer 3: Allfällig bestehende Verträge mit Dritten, die vorsehen, dass die Paketzustellung durch die Post eingeschränkt werden kann, sind anzupassen. Auch dazu hat der Gemeinderat gesagt, es gebe keine solche Verträge. Auch hier wäre die Motion demzufolge als erfüllt abzuschreiben. In Ziffer 4 habe ich verlangt, die weitere Planung der Logistik der Wareneinstellung sei mit den wichtigen Akteuren zu koordinieren. Hier verstehe ich nicht, dass der Gemeinderat dies ablehnt. Es heisst, dies sei bereits seit der Verabschiedung geschehen und mit der Etablierung der Berner Güterverkehrsrunden sei dieser partizipative Prozess institutionalisiert und verstetigt worden. Meine Herren Gemeinderäte, wenn ich das verlange und Sie diesem entsprechen, dann müssen Sie sagen, die Motion sei in allen Punkten erfüllt. Dann müssen Sie sie nicht ablehnen. Dann hätten Sie sagen können: Sie ist erfüllt und dann wäre Feuz gar nicht ans Redepult getreten oder hätte kurz gesagt: Ich danke dem Gemeinderat, dass er diese Motion umgesetzt hat. Und ich hätte mich zurückgezogen und dann hätten wir auf der Marschtabelle wahrscheinlich 25 Minuten Zeit gutgemacht. In diesem Sinne erwarte ich vielleicht noch von Seiten des Gemeinderates hierzu eine gewisse Ergänzung. Ich danke für Ihr Verständnis. Danke.

Präsidentin: Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Nik Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: ich bin ehrlich gesagt froh, ist die Motion nach wie vor da. Wir werden sie selbstverständlich ablehnen, weil eigentlich eben kein Grund bestünde, über das Ganze zu diskutieren, so wie es hier vorliegt. Aber trotzdem: Gerade der Punkt 2 gibt zu denken. Bei Punkt 2 geht es darum, auch Ressourcen zu investieren, sich dazu Gedanken zu machen. Hier möchten wir nämlich wirklich, und das mag Sie vielleicht erstaunen, sagen: Ja, das wäre es wert, sich einmal Gedanken dazu zu machen. Als kleine Klärung: Ich wohne in der Schönburg. Für unsere Gäste: Das ist der ehemalige Posthauptsitz oberhalb des Aargauerstaldens. 140 Wohnungen. Es kommen pro Tag 5 bis 10 Autos von Quickpac, UPD, Post, DHL, DPD und so weiter. Das kann es doch einfach nicht sein, liebe SVP. Doch wir müssen uns Gedanken machen, wie wir hier weiterfahren bezüglich dieser letzten Meile bei der Zulieferung. In unserer schönen Stadt, gerade in der Innenstadt, ist es ja auch eng. Das kann so nicht weitergehen. Ich habe mal nachgefragt bei der SUE, wie es genau aussieht, wie man prognostiziert, wie das weitergeht mit den Paketen. Und es ist spannend. Die Anzahl der Pakete, die in der Stadt Bern zugestellt werden, werden sich bis 2040 verdreifachen. So lautet die Prognose. Verdreifachen! In absoluten Werten ist das ein Anstieg von 20'000 auf 60'000 tägliche Paketzustellungen in der Stadt Bern. Das Bundesamt für Raumentwicklung geht davon aus, dass die Fahrzeugkilometer der Lieferwagen bis 2050 um fast 60% zunehmen. Das heisst, es ist ein klarer Trend zu kleineren Teilvolumen. Und das heisst auch: Mehr Verkehr im Quartier.

Es wurde tatsächlich im Konzept Stadtlogistik Bern – wir haben letzten August ja über diesen Ergänzungsbericht debattiert – auch Ansätze angedacht. Es gibt zum Beispiel den Punkt dieser Paketstationen, von denen es mehr geben soll, die möglichst nah sein sollen, damit man nicht mit dem Auto noch zur Paketstation fährt. Aber es gibt leider nicht wahnsinnig viele gute Ansätze. Darum: Wir lehnen diese Motion nicht nur ab, sondern überlegen uns auch einen Vorstoss in die andere Richtung, nämlich dass die Thematik der letzten Meile in der Hauszustellung im Zusammenhang mit der künftigen Stadtlogistik noch stärkere Beachtung erhält. Danke schön.

Präsidentin: Dann hat Lena Allenspach das Wort für die SP-JUSO-Fraktion.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Ich gebe zu, ich war auch ziemlich baff, als ich von den angeblichen brisanten Plänen der Stadt zur Hauszustellung gelesen habe. Ich wurde dort dann auch zitiert. Kein Päckli mehr vor der Haustüre, titelte der "Blick". Und wäre es tatsächlich so, wie im Artikel beschrieben, wäre dies effektiv fatal. Die Stadt würde am Grundversorgungsauftrag rütteln. Aber wie der Gemeinderat sowohl in der Antwort auf diesen Vorstoss als auch bei der Kleinen Anfrage dargelegt hat, ist es keineswegs geplant, die Hauszustellung abzuschaffen. Es ist richtig, Lösungen für die Paketzustellung oder Abholung zu prüfen, um unsere Klimaziele zu erreichen. Diese Lösungen dürfen dabei nicht zum Abbau des Service public führen und müssen auch auf die Arbeitsbedingungen der Paketboten Rücksicht nehmen, die ohnehin schon unter Druck sind.

Es wäre zudem wünschenswert, wenn gleichzeitig, auch wenn der Gemeinderat darauf keinen Einfluss hat und es nicht direkt mit diesen Paketzustellungen zu tun hat, die Poststellen in den Quartieren nicht weiter marginalisiert würden. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Ansicht, dass der Gemeinderat auf dem richtigen Weg ist, und lehnt die Motion ab.

Präsidentin: Danke, Lena. – Wie lange brauchst du? – Das machen wir noch kurz. – Daniel Michel für die SVP.

Daniel Michel (SVP) für die Fraktion: Nik, dir möchte ich sagen: Ein paar von Ihnen wohnen auch in Bümpliz, wie ich auch. Ich bin dort auch Zusteller bei der Post. Die Pakete, von denen wir hier reden, sind zum Teil nur so klein. Aber dann all die Pakete von Temu, AliExpress, Zalando, was auch immer, das sind die grossen Sachen. Wie willst du die anders bringen als mit dem Auto? Wir haben sehr viele Elektrofahrzeuge. Ich fahre immer ein Elektrofahrzeug und bin auch stolz darauf. Das gebe ich zu. Und die My Post 24-Anlagen: Die Pakete können wir dort einlagern. Aber Temu, AliExpress und alles andere geht nicht. Das geht unter Briefpost nicht unter Paketpost.

Und wenn am Morgen der Kollege kommt und öffnet dieser Fächer. Ich sage euch, da ist alles Zalando drin, alles Retoursendungen. Wo wollen wir das sonst noch deponieren? Wenn wir es avisieren: Viele Leute gehen nicht gerne zur Post. Wenn sie eine Abholungseinladung bekommen, denken sie: Ah, Scheisse. Ich habe wieder einen Scheissbrief bekommen. Ich gehe nicht. Dabei wäre es so ein spezielles Paket. Ich kann euch sagen: Am Morgen über 1'500 täglich, die zurückkommen: nicht abgeholt. Was sollen wir da noch machen? Wir müssten die ja zustellen. Wenn wir die in Bümpliz vor die Türe werfen: Wie lange geht es, bis sie weg sind? Nicht lange. Das ist einfach so. Aus diesem Grund muss ich euch sagen, grössere als die My Post 24-Filiale in Bümpliz

gibt es nicht. Es sind 172 Fächer. Wir haben keinen Platz für solche Fach-Anlagen. Das ist das grosse Problem. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Daniel. Gibt es noch Fraktionsvoten? – Einzelvoten? – Wünscht der Gemeinderat das Wort? Er verzichtet. Dann stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 020

2022.SR.000209: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	6
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion abgelehnt. Wir machen Pause und wir machen weiter um 20.32 Uhr. Einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Janina Aeberhard	Muriel Graf	Szabolcs Mihalyi
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Lukas Gutzwiller	Niklaus Mürner
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Ruth Altmann	Bernhard Hess	Barbara Nyffeler
Emanuel Amrein	Michael Hoekstra	Mehmet Özdemir
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Florence Pärli Schmid
Oliver Berger	Matthias Humbel	Simone Richner
Tom Berger	Seraphine Iseli	Claudio Righetti
Lea Bill	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Sarah Rubin
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Michael Ruefer
David Böhner	Raffael Joggi	Mahir Sancar
Michael Burkard	Nora Joos	Judith Schenk
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Nicole Silvestri
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Simone Machado	Michael Sutter
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Lionel Gaudy	Esther Meier	Marcel Wüthrich
Franziska Geiser	Daniel Michel	Paula Zysset
Thomas Glauser	Matteo Micieli	

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Ingrid Kissling-Näf	Lukas Wegmüller
Ursina Anderegg	Nora Krummen	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic	Halua Pinto de Magalhães	

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--	------------------------	-------------------------------

2023.SR.0101

13 Postulat Fraktion Mitte (Sibyl Eigenmann / Lionel Gaudy, Mitte): Modernisierung des Parkkartensystems in der Stadt Bern – Vollständige Digitalisierung des Parkkartensystems und Förderung des Car-Sharings

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, willkommen zurück nach der Pause. Wir sind bei Traktandum 13. Es ist ein Postulat der Mitte-Fraktion. Das Postulat ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort, Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Einreichenden: Wir sind positiv, muss ich jetzt sagen, nicht überrascht, sondern positiv eingestellt gegenüber der Antwort des Gemeinderates, die hier vorliegt. Wir fordern einerseits eine Fortführung der Digitalisierung und andererseits eine Fortführung und vor allem ein bisschen mehr Mut im Hinblick auf das Car-Sharing. Da werden wir das Votum teilen, dort wird nachher Sibyl Eigenmann dazu reden. Vielleicht zuerst einmal zur Digitalisierung. Wir begrüßen es natürlich, dass man heute Parkkarten immerhin schon einmal online bestellen kann. Sie werden nachher ausgedruckt und per Post nach Hause geschickt. Die Rechnung bezahlt man. Dort wünschen wir uns wirklich mehr Mut, mehr fortschrittliches Denken der Stadt und mehr Vorwärtsmachen im Hinblick auf die Digitalisierung. Es ist mittlerweile möglich, auf Bundesebene eine Autobahnvignette online zu erstellen, online zu zahlen und man muss sie auch nicht mehr an die Windschutzscheibe kleben. In unserer Optik sollte es auch möglich sein, für eine Parkkarte genau dasselbe zu machen. Der Gemeinderat sagt zwar in seiner Antwort, dass man da dran ist. Wir würden gerne wissen, wie man daran ist, was der Zeitplan ist. Wie kommt man vorwärts? Einerseits wünschen wir uns natürlich, dass sie das Postulat annehmen. Ich glaube, da könnte man einiges an Kosten sparen. Man könnte es für die Bevölkerung erleichtern und andererseits akzeptieren wir den Prüfungsbericht nicht. Wir wünschen uns wirklich etwas mehr Fleisch am Knochen. Merci.

Präsidentin: Merci, Lionel. Oh, das ist sehr laut. Dann hat Sibyl Eigenmann das Wort.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Einreichenden: Ich übernehme noch den Punkt zum Car-Sharing und der Hintergrund von unserem Postulat, das wir hier eingereicht haben, ist ein persönlicher gewesen. Ich habe da Politik für mich selber gemacht, tatsächlich für einmal. Sonst habe ich natürlich immer das grössere Bild vor den Augen, aber ich habe kein Auto und wir haben einen Kollegen in der Stadt, der wohnt in einem anderen Stadtteil-Quartier und im Winter leihen wir sein Auto aus und es wäre für uns sehr praktisch gewesen im Winter, weil wir dann Skitouren machen und für die ganze Skitourenausrüstung jeweils das Auto brauchen, dass wir das Auto bei uns stationieren hätten können. Also das Auto des Kollegen – weil wir kein Auto haben – bei uns zu stationieren. geht aber nicht, denn er hat schon eine Parkkarte und wir haben keine Parkkarte zusätzlich mehr bekommen. Darum meine Anfrage: Wieso ist es nicht möglich? Car-Sharing ist zukunftssträchtig, es ist ökologischer jedenfalls als 2 Autos zu haben. Wieso ist es nicht möglich, auch für ein Auto 2 Parkkarten zu haben. Ich bin ein bisschen enttäuscht vom Antwortbericht, denn es ist eine nicht sehr kreative Antwort. Es geht rein darum, dass es eben ein Missbrauchspotenzial bergen würde. Es geht nur so, das Schwarz/Weiss-Denken, also Auto ist das Böse und darum soll man ja nichts für das Auto machen. Das finde ich sehr schade. Anstatt, dass man aufgezeigt hätte in diesem

Postulat, in der Antwort, wo der Gewinn für die Stadt liegen würde, nämlich mehr Parkkartenverkauf, geht man lieber darauf ein, für was das alles missbraucht werden könnte, was ich sehr bedaure. Der Bericht lässt auch darauf schliessen, dass das Geld lieber an Privatunternehmen fliessen sollte, wie zum Beispiel an Mobility oder ähnliche Konsorten. Der Bericht sagt auch nein, das würde den Missbrauch der Arbeitspendler fördern. Also mit 2 Parkkarten. Man könnte mit der einen Parkkarte am Morgen parkieren und nachher ins Büro fahren. Da frage ich mich einfach ja, was ist denn eigentlich besser, also der Missbrauch oder 2 Autos haben und mit diesen 2 herumfahren, oder ein Auto zu teilen. Das ist sehr schade. Und am Schluss finde ich, der Bericht ist auch leicht widersprüchlich. Es wird nämlich gesagt, man darf die Parkkarten haben für gemietete Autos. Wenn ich ein Auto eine Zeit lang bei einer Car-Sharing-Organisation miete, darf man tatsächlich eine Parkkarte beantragen. Ich darf sogar eine Parkkarte beantragen, wenn ich ein Auto bei einem Kollegen miete, aber ich darf keine Parkkarte haben, wenn ich das Auto eines Kollegen ausleihe. Es ist extrem kapitalistisch, komisch. Wir finden es sehr schade, dass man diesen Bericht nicht für mehr Innovationen in diesem Bereich genutzt hat und lehnen deshalb die Antwort ab.

Präsidentin: Merci, Sibyl. Gibt es Fraktionserklärungen? Michael Sutter für die SP/JUSO.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Punkt 1 des Postulats zu. Die anderen Punkte lehnen wir hingegen ab. Wenn nicht punktweise abgestimmt wird, lehnen wir das ganze Postulat ab. Den Prüfungsbericht nehmen wir so an. Die vollständige Digitalisierung der Parkkarte ist, wie der Gemeinderat schreibt, auf dem Weg. Das unterstützt auch die SP/JUSO-Fraktion. Da braucht es aber wahrscheinlich jetzt nicht noch einen Vorstoss dazu. Anders sieht es bei der Idee eines ominösen Parkkarten-Sharings aus. Wir finden auch Car-Sharing sinnvoll, wenn es dadurch insgesamt weniger Autos in der Stadt hat. Wie im Vortrag ausgeführt wird, besteht aber bei der vorgeschlagenen Regelung ein erhebliches Missbrauchspotenzial, wenn ein Auto tatsächlich oder eben nur vermeintlich mit anderen Leuten geteilt wird oder wenn es nachher auch in anderen Stadtteilen eine Parkkarte hat und damit auch dort unbegrenzt abgestellt werden kann. Das läuft der Idee der verschiedenen Zonen für das Parkieren entgegen und schafft Fehlanreize. Wir wollen nicht, dass mehr Parkkarten herausgegeben werden, im Gegenteil, es sollen weniger werden, weil wir ja auch die Zahl der öffentlichen Parkplätze abbauen wollen. Das ist auch in den Klimamassnahmen des Gemeinderates explizit vorgesehen. Es kann aber auch nicht sein, dass Parkplätze, die abgebaut werden, einfach durch Car-Sharing-Parkplätze ersetzt werden. Auf das ökologisch verbrämte "Buebetrickli" dieses Vorstosses fallen wir nicht rein, und nur für das erklärte Eigeninteresse der Motionärin braucht es hier auch keine Sonderregelung.

Präsidentin: Merci, Michael. Dann kommt Lea Bill für die GB/JA!-Fraktion.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich nehme es vorweg, die GB/JA!-Fraktion stimmt den Punkten 1 und 3 zu, der Punkt 2 lehnen wir ab und falls es natürlich nicht punktweise abgestimmt wird, dann würden wir das Ganze ablehnen. Und wir nehmen die Antworten des Gemeinderates auch gerne als Prüfungsbericht. Wieso? Wir begrüßen durchaus die Digitalisierung des Parkkartensystems. Da ist ja die Stadt Bern auch dran, also der Punkt 1. Zudem sind wir als grünes Bündnis und junge Alternative logischerweise für Car-Sharing. Wenn man schon ein Auto unbedingt brauchen will, dann soll man es doch

bitte auch mit anderen zusammen teilen und nicht alle ihr eigenes haben. Das ist der Punkt 3. Aber wir glauben ehrlich gesagt nicht ganz daran, dass die Parkkarte, die für mehrere Zonen gelten soll, dass das ein sinnvolles Instrument ist, Car-Sharing zu fördern, also den Punkt 2. Wir würden jetzt nicht ganz so weit gehen wie der Gemeinderat, wo doch ein gar düsteres Szenario von Missbrauch etc. in seiner Antwort beschreibt. Aber die Motionärin hat es jetzt zwar etwas anders gesehen, aber wir bezweifeln ehrlich gesagt, dass das ein grosses Bedürfnis ist. Also, dass eigentlich das Teilen von Autos über das gesamte Stadtgebiet verteilt, dass das ein grosses Bedürfnis ist. Dort sehen wir es schon ähnlich wie der Gemeinderat, dass es nachher dann viel eher einmal darum geht, dass man irgendwie dann mit einem Auto arbeiten oder einkaufen geht. Und da sind wir mit dem Gemeinderat auch einig, dass das nicht gefördert werden darf. Und es tut mir sehr leid, dass halt Sibyl Eigenmann jetzt trotzdem halt wie das nicht machen kann, das Auto zu teilen. Aber wenn sie dann eine Person ist von irgendwie 150'000 in der Stadt Bern, denke ich macht es wirklich keinen Sinn, jetzt hier ein eigenes Regime aufzubauen für sie. Und es ist auch ehrlich gesagt nicht wirklich ökologisch sinnvoll, wenn man ein Auto teilt über das gesamte Stadtgebiet. Es ist besser, wenn Menschen, die gerade nebeneinander wohnen, sich ein Auto teilen. Da fällt nämlich das ganze Hin- und Herfahren weg. Da geben wir auch dem Gemeinderat recht. Bei den Punkt 1 und 2 finden wir aber, dass es eigentlich nicht mehr eine weitere Prüfung braucht. Deshalb nehmen wir diese Antwort auch als Prüfungsbericht entgegen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Lea. Als nächstes kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wer kennt es nicht? Man stellt das Auto in der blauen Zone mit einer gültigen Karte ab und hat trotzdem eine Busse, und zwar mit der Begründung man hat die Karte nicht lesen können. Solche Situationen, das könnte man künftig verhindern, indem, dass man eine digitale Parkkarte hat. Im Zeitalter der Digitalisierung, da ist es an der Zeit, die Parkkarte zu digitalisieren, auf den neusten Stand der Technik und der Trends zu bringen. Ein Koppeln der Autonummern an eine Bewilligung bewährt sich auch aktuell bei der neuen digitalen Autobahnvignette. Wir begrüessen deshalb die Antwort und die Einstellung des Gemeinderates, eine digitale Parkkarte einzuführen. Das bringt Effizienzgewinn in der Ausstellung, im Handling, im Ordnungsdienst und so weiter und so fort. Wir empfehlen aber, dort ein bisschen mutiger zu sein und den Gesamtprozess durchgängig und ohne Medienbrüche zu digitalisieren. So wird die Verwaltung auch als Organisation und auch die Bewirtschaftung der Karten effizienter und schlanker. Bei der Einführung des Car-Sharings da erachten wir die Antwort des Gemeinderates als ein bisschen defätistisch oder mutlos. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn geht mit den Postulanten einig, dass mit der Car-Sharing-Möglichkeit zusätzliches Potenzial erschlossen werden könnte und das wäre doch eine pragmatische und nachhaltige Lösung. Wir werden deshalb das Postulat in allen Punkten annehmen und den Begründungsbericht ablehnen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Gibt es Einzelvoten? Der Gemeinderat verzichtet auf ein Votum, den können wir direkt zu den Abstimmungen. Wir werden punktweise abstimmen. Wir stimmen zuerst ab über den Punkt 1.

Abstimmung Nr. 021

2023.SR.0101: Punkt 1

Annahme

Ja	55
Nein	8
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr nehmt den Punkt 1 des Postulats an. Wir stimmen ab über den Punkt 2.

Abstimmung Nr. 022

2023.SR.0101: Punkt 2	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	45
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr lehnt den Punkt 2 ab. Wir sind beim Punkt 3.

Abstimmung Nr. 023

2023.SR.0101: Punkt 3	
Annahme	
Ja	33
Nein	30
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr nehmt den Punkt 3 an. Wir stimmen noch über den Prüfungsbericht ab.

Abstimmung Nr. 024

2023.SR.0101: Prüfungsbericht	
Annahme	
Ja	50
Nein	16
Enthalten	0

Präsidentin: Der Prüfungsbericht ist angenommen.

2014.SR.000330

14 Motion Fraktion SP (Stefan Jordi/Annette Lehmann, SP) - übernommen durch Michael Sutter (SP): Mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche beim Spitalackerschulhaus! Endlich Massnahmen umsetzen; Fristverlängerung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 14. Es geht um eine Fristverlängerung. Die Fristverlängerung wurde in der Kommission bestritten und aus diesem Grund ist sie im Stadtrat traktandiert. Und ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die PVS: Es ist sehr unüblich, dass man zu so einem Traktandum aus der Kommission spricht. Nichtsdestotrotz es hat gewisse Vorbehalte gegen die Fristverlängerung, weil man in diesem Fall findet, dass tatsächlich eine Studie erstellt wurde, mit der Qualität eines Vorprojekts für die Anpassungen im Spitalacker-Schulhaus. Man hat provisorische Massnahmen – Sofortmassnahmen sozusagen – ergriffen, aber es ist auch ganz klar, dass das nicht reicht, dass es noch bauliche Massnahmen braucht. Entsprechend lehnt ein Teil der Kommission die Fristverlängerung ab, und es liegt ein Antrag vor. Ich weiss jetzt nicht, wie wir das Handhaben. Aber es liegt ein Antrag... Sorry, ich spreche zum falschen. Ist gut? Jetzt habe ich nur das 13 gesehen und ich sollte eigentlich zum 14 reden.

Das Traktandum wird auf Nummer 14 umgeschaltet.

Michael Ruefer (GFL) setzt sein Votum fort: Aber ja, nein jetzt hat es gewechselt. Es liegt einen Antrag vor, der ist allerdings nicht in der Kommission gewesen, dass man die Fristverlängerung verkürzt. Und genau, entsprechend kann ich ihnen jetzt als Kommissionssicht da keine Empfehlung abgeben, ob das Sinn macht, die Frist zu verkürzen oder nicht.

Präsidentin: Merci, Michael. Wir werden die beiden Anträge gegenüberstellen. Als nächstes haben die Einreichenden das Wort, Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Einreichenden: Es ist ein Moment her, der vorliegende Vorstoss ist 2014 eingereicht und 2017 überwiesen worden. Dass 10 Jahre nach dem Einreichen eine Fristverlängerung um weitere fast 4 Jahre beantragt wird, stösst bei den Motionär*innen, die inzwischen schon lange nicht mehr im Stadtrat sind, auf ziemliches Unverständnis. Es sind zwar durchaus gute Sofortmassnahmen umgesetzt worden, aber wie es im Vortrag steht, sollen jetzt 10 Jahre nach dem Einreichen weitere Sofortmassnahmen geprüft werden, die den Namen so also wirklich nicht mehr verdienen. Sogar in Bern geht eine Prüfung nach 10 Jahren, glaube ich, nicht mehr unter "sofort" durch. Ob eine Verkürzung der Frist etwas bringt, da sind sich auch die Motionär*innen nicht sicher. Aber die Erwartung, dass Aufträge vom Parlament erfüllt werden, bevor alle Unterzeichnenden von einem Vorstoss nicht mehr im Stadtrat sind, der sei hier wieder einmal deponiert.

Präsidentin: Merci, Michael. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Einzelvoten? Nein, Mirjam Arn für die GB/JA!-Fraktion.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Wie bereits gesagt worden ist, es ist die dritte Fristverlängerung, die beantragt wird und hier geht es erstens um verkehrssicherheitstechnische Anpassungen, also Verlangsamung des Verkehrs, Stärkung des Fussverkehrs, Reduktion des motorisierten Verkehrs und zweitens auch um Klimamassnahmen, so wie es in diesem Vorstoss steht, also die Entsiegelung und Begrünung von einem Teil der Fläche auf der Kreuzung. Die Vorstudie ist durchgeführt und sie wird so wie sie vorliegt, vom Elternverein, der Quartierorganisationen, von der Schulleitung, von allen positiv angenommen. Und es geht jetzt um die finale Planung und Durchsetzung. Und so wie das Michael Sutter schon gesagt hat, angesichts von der langen Zeit von 10 Jahren, die seit dem Einreichen der Motion vergangen ist und angesichts durch die vom Gemeinderat bestätigt positiv Auswirkungen von diesen Sofortmassnahmen, sehen wir die zeitnahe Realisierung als sehr wichtig an und aus diesen Gründen beantragen wir die Fristverlängerung bis Ende 2025 anstatt wie gefordert bis Ende 2027. Merci.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Das Wort hat Mehmet Özdemir von der SP/JUSO-Fraktion.

Mehmet Özdemir (SP) für die Fraktion: Ja, es ist wieder ein bisschen nostalgisch, es ist nämlich noch länger her, als die Motion gekommen ist. Vor 20 Jahren bin ich dort in die Schule gegangen und ja in der Zwischenzeit hat sich sehr viel geändert. Die Turnhalle ist anders und diverse Massnahmen wurden schon umgesetzt. Das schleckt natürlich keine Ziege weg. Eine Fristverlängerung, die notwendig ist, das ist ein schlechtes Zeichen, dass das nicht zeitgerecht umgesetzt werden konnte. Angesichts von den knappen Finanzmitteln und den personellen Kapazitäten ist der Gemeinderat gezwungen, Prioritäten zu setzen und wir sind jetzt der Meinung, dass der Gemeinderat hier die Prioritäten richtig gesetzt hat. Das, was schnell umsetzbar und wirksam gewesen ist, hat man gemacht. In der Management-Sprache würde man jetzt von den Quick Wins reden. Für weitere Massnahmen bekäme jetzt der Gemeinderat die notwendige Zeit, die Projektierung sorgfältig voranzutreiben und eben die Klimaanpassungsmassnahmen, wie Entsiegelung und Begrünung, die könnte man nachher mit der Überbauung der alten Feuerwehrekaserne und dem Tram Bern-Ostermundigen synchronisieren und so kann man den Einsatz der Mittel optimieren. Deshalb wird die SP/JUSO-Fraktion einer weiteren Fristverlängerung zustimmen. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Mehmet. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann sind wir beim Votum von Marieke Kruit für den Gemeinderat.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden, besonders natürlich auch von den Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales Anliegen des Gemeinderates. Wir haben deshalb schon vor gewisser Zeit Sofortmassnahmen im Bereich des Spitalacker-Schulhauses umgesetzt. Dank diesen Massnahmen hat sich die Situation verbessert. Aber klar, wir wollen dort noch mehr machen, und zwar längerfristig. Es liegt ein Projekt für die bauliche Umgestaltung des Knoten Beundenfeldstrasse-Spitalackerstrasse-Gotthelfstrasse vor. Konkret soll der Fussverkehr gestärkt und die Verkehrsfläche für den motorisierten Individualverkehr reduziert werden. Der Platz, der dadurch gewonnen werden kann, soll zum Teil mit Bäumen bepflanzt und mit Grün gestaltet werden. Wie sie wissen, haben wir zurzeit auch beim Fachpersonal wirklich auch einen Engpass. Wir müssen darum priorisieren. Sie haben uns übrigens auch angehalten zu priorisieren und dieser Perimeter ist jetzt im Moment halt nicht ganz zuoberst auf der Liste. Wir hätten es natürlich gerne anders, aber das ist halt auch die Realität. Bis das Bauprojekt dann definitiv aufgenommen wird, werden wir aber noch weitere Sofortmassnahmen zur weiteren Verbesserung der Verkehrssicherheit prüfen und umsetzen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir stimmen über die Anträge ab. Wir werden den Antrag des Gemeinderates dem Antrag der GB/JA!-Fraktion gegenüberstellen. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmt, also die Fristverlängerung bis Ende 2027, drückt Grün. Wer dem Antrag der GB/JA!-Fraktion zustimmt, also die Fristverlängerung bis Ende 2025, drückt Rot und wer sich enthält, drückt Weiss. Wir werden anschliessend über den obsiegenden Antrag abstimmen.

Antrag

1 GB/JA!: Zur Umsetzung der Motion Punkt 2 und 3 wird eine Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2025 gewährt.

Abstimmung Nr. 025

2014.SR.000330: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	42
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderates hat 42 Stimmen bekommen, der Antrag der GB/JA!-Fraktion 26, es hat 0 Enthaltungen gegeben. Und darum stimmen wir jetzt über obsiegenden Antrag, über den Antrag des Gemeinderates ab, Fristverlängerung bis Ende 2027.

Abstimmung Nr. 026

2014.SR.000330: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	47
Nein	23
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderates angenommen.

2022.SR.000031

- 15 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Lionel Gaudy, Mitte): Um die Wohnqualität im Kirchenfeldquartier zu verbessern braucht es zur Entlastung der stark frequentierten Hauptstrasse Freudenbergplatz-Ostring-Burgernziel-Thunstrasse-Kirchenfeldstrasse-Monbijoubrücke-Eigerplatz eine neue, ökologisch sinnvolle Südumfahrung! Die nötigen Planungen sind zu starten und die betroffene Region ist in den Planungsprozess einzubinden**

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 15. Eine Motion der SVP zu der Verbesserung der Wohnqualität im Kirchenfeld-Quartier. Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die SVP, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wir haben das Votum aufgeteilt, und zwar für die Motionäre rede zuerst ich und nachher Lionel Gaudy von der Mitte. Worum geht es uns? Wir wollen die Wohnqualität im Kirchenfeld-Quartier verbessern. Wir sind der Meinung, dass die Hauptachse Freudenbergerplatz, Ostring, Burgernziel, Thunstrasse, Kirchenfeldstrasse, Monbijoubrücke und Eigerplatz überlastet ist. Wir sollten hier eine ökologisch sinnvolle Südumfahrung planen. Uns ist völlig klar, das ist nicht etwas, was man heute oder morgen macht. Es geht darum, dass man die nötigen Beteiligten einbindet, insbesondere das ASTRA, dass man frühzeitig die nötigen Planungen startet, damit man dieses Ziel erreichen kann. Sie sehen unsere Forderungen, die wir haben, deshalb haben wir sie als Motion formuliert. Wir haben völlig offengelas-

sen, wo es genau durch geht. Wir haben gesagt, der Gemeinderat habe mit den verantwortlichen des ASTRA die nötigen Schritte in die Wege zu leiten, damit die Planung an einer Südumfahrung rasch an die Hand genommen werden soll. Ihr seht, das ist vorsichtig formuliert, aber darum als Motion, mit dem ASTRA reden, dass man nachher mit der Planung anfängt. Zweitens, der Gemeinderat habe sich bei den zuständigen Gremien dafür einzusetzen, damit betreffend Südsüdumfahrung rechtzeitig – lesen sie das Wort – der Partizipationsprozess für die betroffene Region gestartet werden kann. Wir sagen nicht heute und morgen. Wir müssen planen. Es geht darum, einen Partizipationsprozess einzuleiten, wo genau dann die Südumfahrung durchgeht. Das ergibt sich erst nach dem Partizipationsprozess und nicht vorher. Deshalb haben wir das so gemacht. Sie sehen, der Gemeinderat spricht immer über eine siedlungs- und zukunftsfähige Stadtentwicklung. Das wollen wir auch. Aber wir sind eben der Meinung, man muss hier eben das nötige Veranlassen, dass man das machen kann. Ich werde wahrscheinlich die Südumfahrung nie mehr benutzen können nach menschlichem Ermessen, weil ich dann irgendwie etwa 96 bin oder was auch immer, bis es realisiert wird. Aber man muss jetzt beginnen mit dem Planungsprozess, dass man das tut und ihr seht, darum sind wir hier. Wir haben ja jetzt den Bypass oder was auch immer. Es geht darum, dass man Visionär denkt. Ich habe gesagt, beim Bahnhof Bern hätte man dann in den fünfziger Jahren wahrscheinlich den Vorstoss des jungen Berns versenkt. Ich habe auch gesagt wieso, denn die Leute wollten lieber vom Bahnhof direkt in den Schweizerhof und zum Loeb gehen. Aber jetzt haben wir natürlich ein Riesenproblem. Es wäre wahrscheinlich einfacher gewesen. Und auch hier bin ich der Meinung, dass es für die Region wichtig wäre, dass man jetzt den Planungsprozess startet. In diesem Sinne bitte ich euch unserer Motion zuzustimmen.

Präsidentin: Danke, Alex. Ebenfalls für die Einreichenden, Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Einreichenden: Merci vielmals, vielleicht noch ein paar Worte ergänzend. Eben, einerseits geht es um einen visionären Charakter der Verkehrsplanung und andererseits eigentlich um das Kernanliegen des Vorstosses die Entlastung des Kirchenfelds-Quartier, auch vom Murifeld-Quartier, vom Ostring-Quartier, die betroffen sind. Aktuell sind es die vom ASTRA definierten Autobahnzubringer, sie laufen einfach mitten durch das Quartier. Sie zerschneiden das Quartier auf recht langer Breite wirklich, von der Monbijoubrücke zum Thunplatz bis zum Ostring hinten, hat man eine Riesenschneise durch das Quartier hindurch. Und ein grosser Teil des Verkehrs könnte man eigentlich auf eine Autobahn oder zumindest eine Stadtautobahn verlagern, wenn man dort eine Südumfahrung hätte. Und genau darum geht es in diesem Vorstoss, dass man diese Perspektive eigentlich nicht verliert. Wir gehen uns nicht ganz einig mit der Antwort des Gemeinderates, der findet, das würde eine zusätzliche Attraktivität des Autoverkehrs schaffen. Ich glaube, der Weg über die Südumfahrung wäre länger, aber es würde uns als Stadt die Möglichkeit geben, dort einen Einfluss zu nehmen. Die Verkehrsplanung auf dem Stadtgebiet, solange es nicht Autobahnzubringerstrassen sind, können wir nämlich beeinflussen. Da könnt ihr entscheiden, wie viel Verkehr man dort durchlassen will. Und ich glaube, wenn die Leute mit dem Auto eben nicht quer durch die halbe Stadt fahren müssen, weil es einfach keinen anderen Weg gibt, um von A nach B zu kommen, dann profitieren wir am Schluss alle davon. Deshalb bitte ich euch diesem Vorstoss zuzustimmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Lionel. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: "Totgesagte leben länger." Das scheint das Motto der Einreichende dieses Vorstosses zu sein. Ich glaube, mich zu erinnern, dass diese Forderung hier schon diverse Male diskutiert und jeweils auch hochkant verworfen wurde. Man könnte es schon fast als eine Störung der Totenruhe bezeichnen, dass die längstens beerdigte Südumfahrung einmal mehr aus der Mottenkiste der unbegrenzten Autoeuphorie geholt wird, nur um wieder klar bachab geschickt zu werden. Und die Idee, ein Quartier zu entlasten, indem man mitten durch ein anderes Quartier eine neue Stadtautobahn baut, die ist mindestens absurd. Wenn man den Verkehr reduzieren will, muss man ihn reduzieren und nicht neue Verkehrsflächen schaffen, die nachher noch mehr Verkehr anzieht. Und wenn sogar das ASTRA und der Kanton, so ein Strassenbauprojekt als überflüssig, ja sogar als kontraproduktiv anschaut, ja, dann muss es ja wirklich jenseits von Gut und Böse sein. Wer die zukünftigen Generationen ausgerechnet mit noch mehr überdimensionierten und unnötigen Strassenbauprojekten beschenken will, der meint es definitiv nicht gut mit denen.

Präsidentin: Danke, Michael. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ja, Totenruhe stören, ich hoffe, er meint damit nicht Frau Franziska Teuscher, die dazumal im Nationalrat 2001 den Vorstoss auch schon einmal eingegeben hat. Nämlich, dass man ablehnen soll, die Südumfahrung zu prüfen. Der Bundesrat hat das dann abgeschrieben. Auch zum Alex: Ich hoffe, wenn er das erst mit 96 erleben will – mit 39 wo er jetzt ist –, dann geht das noch ein bisschen lange. Ja, schon im Siedlungsbericht 2020 von der Regionalkonferenz Bern Mittelland ist gestanden, dass es eine leistungsfähige Südtangente braucht eine Südwest-Tangente. Die fehlt sowohl für den motorisierter Individualverkehr (MIV) wie auch für den ÖV der Stadt Bern. Grundsätzlich wird das Mobilitätsbedürfnis auch in Zukunft wachsen und der Verkehr gemäss dem ASTRA, das vorher zitiert worden ist, wird 2 bis 3% zunehmen pro Jahr. Wenn die Stadt also den Verkehr von den eigenen Strassen weg haben will, braucht es auch eine leistungsfähige Alternative oder eben das Hochleistungsnetz um die Stadt herum. Am einfachsten geht das mit einem Autobahnring, wie es die Motionäre fordern. Das kennt man zum Beispiel in Rennes, in Paris, in München oder auch in anderen Städten. Deshalb finden wir den Vorschlag der SVP grundsätzlich prüfungswert, und gegen eine Prüfung haben wir nichts einzuwenden, so wie die anderen Motionäre und natürlich auch von der Mitte. In der Planungsphase kann nämlich detailliert abgeklärt werden, ob sich eine Südtangente technisch und ökonomisch als sinnvoll erachtet. In Bern hat der Autobahnring – und vielleicht ist das auch eine versteckte politische Botschaft – im Moment eine Sichelform. Die Südtangente würde also den Ring schliessen und Redundanzen schaffen. Es würde insbesondere das Nadelöhr zwischen Weyermannshaus und auch dem Wankdorf entlasten. Sollte die Stadt Bern diese Motion versenken, so bitten wir den Gemeinderat das ASTRA zumindest in den STEP-Projekten, die die Engpässe beseitigen sollten, zu unterstützen und die identifizierten Lücken oder Nadelöhre in den Hochleistungsstrassen zu beheben. Das würde dann das STEP-Projekt 2040 zwischen Weyermannshaus und Wankdorf betreffen. Nur so kann die Mobilität zukunftsfähig gestaltet und das Stadtnetz entlastet werden. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn hat die Stimmfreigabe beschlossen, kann mit einer Wandlung in ein Postulat leben und würde dann geschlossen zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Dann kommt Thomas Glauser für die SVP-Fraktion. Einen Moment schnell, Thomas. Kann jemand schnell Thomas abmelden und wieder anmelden bitte? Gut, jetzt geht es.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Hier geht es, wie bereits erwähnt wurde, um eine Prüfung. Man weiss, dass auf Autobahnen und Strassen alles etwas länger geht. Die Mühlen mahlen langsam, bis man richtige Vorschläge hat. Es braucht ein Viertel Jahrhundert zum Teil. Aus welchem Grund? Man hat einerseits Bundesstrassen, andererseits hat man Kantonsstrassen und nachher haben wir eben noch städtische Strassen. Und als wir diesen Vorstoss eingereicht haben, ist es uns sicher auch einmal darum gegangen, dass der Gemeinderat hier vor allem mit dem ASTRA und mit den verschiedenen Stellen, die zuständig sind für die Strassennetze, zusammenarbeitet, Köpfe zusammen streckt und Sache zu Gunsten unserer Stadt ausarbeitet, sodass man eben eine gute Wohnqualität hinbekommt. Das kann man jetzt nicht sagen, wie die Achsen genau aussehen wird. Aber eines ist klar, ihr wollt ja wachsen, ihr wollt ein grosses Bern mit vielleicht 250'000 Einwohner. Auch dort, wo es mehr Menschen gibt – ich habe es heute schon einmal gesagt –, gibt es mehr Infrastruktur und dort muss man halt dann mit der Zeit auch Überlegungen machen, wie man das machen will. Ich empfehle euch, dass ihr diesem Vorstoss zur Prüfung zustimmt. Da haben wir nichts zu verlieren, so dass wir dort auch ein bisschen über die Umfahrungen diskutieren und dass man auch einen Zeitgewinn drin hat. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten. Gut, sie wandeln es in ein Postulat. Dann hat Marieke Kruit das Wort für den Gemeinderat.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die vorliegende Motion betrifft die regionale Verkehrsplanung. Sprich, die Stadt kann da nicht allein entscheiden. Der Gemeinderat legt grossen Wert auf eine siedlungs- und zukunftsfähige Stadtentwicklung, sodass Bern für die heutigen, aber auch die nächsten Generationen ein Ort mit viel Lebensqualität bleibt. Anstatt mit grossen Autobahnausbauten soll der Verkehr nicht nur im erwähnten Perimeter, sondern in der ganzen Stadt bei einem gut abgestimmten Verkehrsmanagement an den Knotenpunkten sowie mit gezielten baulichen Massnahmen rund um Bern bewältigt werden. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir auf klimafreundlichen und flächeneffizienteren Verkehrsmitteln setzen. Der Gemeinderat hat sich in seiner Stellungnahme zum RGSK 2025 dann auch nicht für eine Südumfahrung ausgesprochen, weil sie eben den verkehrs- und klimapolitischen Zielen auch widerspricht. Wie sie ja wissen, hat sich das ASTRA dafür entschieden, den Bypass Ost zu realisieren. Auf eine Südumfahrung, auf die will das ASTRA hingegen verzichten. Der Gemeinderat bittet sie, diese Motion auch abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Marieke. Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar stimmen wir über den Vorstoss als Postulat ab.

Abstimmung Nr. 027

2022.SR.000031: als Postulat

Ablehnung

Ja	14
Nein	46
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das Postulat abgelehnt.

2022.SR.000106

16 Interpellation Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB): Wie wirkt sich der Biogas-Ausstieg von Bernmobil auf die städtischen Klimaziele aus?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 16. Es handelt sich um eine Interpellation der GB/JA!-Fraktion. Ist die Diskussion gewünscht durch die Einreichenden? Ja, sie ist gewünscht, dann stimmen wir ab. Wenn 1/3 der Anwesenden dem zustimmen, gibt es eine Diskussion und sonst eine kurze Erklärung. Wir stimmen ab, ob es eine Diskussion gibt.

Abstimmung Nr. 028

2022.SR.000106

1/3-Quorum erreicht

Ja	33
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Die Diskussion ist gewährt und ich erteile den Einreichenden das Wort, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Danke für die Gewährleistung der Diskussion. Ich werde da trotzdem nicht sehr lange werden, aber ich finde, es ist wichtig, dass man doch noch kurz etwas dazu sagt. Auch wenn das schon eine Weile seither ist, ist es doch ein bisschen eine leidige Geschichte. Bernmobil hat bei seiner Busflotte, klamm heimlich muss man sagen, von Biogas auf fossiles Gas umgerüstet. Und zwar einfach oder vielleicht auch nicht so einfach, weil das Biogas sehr viel teurer geworden ist. Dieser Vorgang ist leider ein bisschen exemplarisch für die Klimapolitik. Solange man es leisten kann, ist man grün und klimaschonend, aber sobald man eine etwas knappe Kasse hat, sobald es teurer wird, ist der Klimaschutz dann doch meistens das Erste, was man wieder aufgibt. Zuerst wird gross auf die Busse geschrieben, man sei klimaneutral unterwegs. Und wenn das dann nicht mehr der Fall ist, wird das gar nicht mehr kommuniziert, auch nicht klein und leise. Es geht uns ja nicht so sehr ums Biogas, weil, wie wir schon oft gesagt haben, ist Biogas eigentlich viel zu schade fürs Verbrennen. In diesem speziellen Fall ist aber Biogas sozusagen eine Überbrückungstechnologie gewesen, weil man die Gasbusse nicht so schnell auswechseln kann und von dem her, hat es in diesem Fall auch irgendwie Sinn gemacht, dass man das fossile Gas für einen bestimmten Zeitraum durch Biogas ersetzt hat. Der Ausstieg aus dem Biogas bedeutet jetzt, dass man weiterhin fossile Brennstoffe verbrennt und die Ziele des Klimareglements wieder in weitere Ferne gerückt sind. In der Antwort auf unsere Interpellation beteuert dann der Gemeinderat, dass die Ziele der Energie- und Klimastrategie bis 2025 weiterhin eingehalten werden können, sofern die vorgesehenen Massnahmen zielgerecht umgesetzt werden können. Ja, es ist halt wieder so, dass wir das jetzt ein bisschen spät da diskutieren, aber mittlerweile ist es doch schon 2024, also fast 2025 und darum würden wir gerne noch wissen, wo wir jetzt mit diesen Massnahmen

stehen. Können die wirklich wie geplant umgesetzt werden und wird die Gasflotte auch wirklich 2025 aus dem Verkehr gezogen? Falls es sich abzeichnen würde, dass die Ziele nicht erreicht werden können, so würden wir gerne wissen, was man denn jetzt gedenkt zu machen, weil einfach die Hände zu verwerfen und weiterzumachen, wie bisher, weil der Klimaschutz, sprich das Biogas, halt zu teuer ist, das ist für uns keine Option.

Präsidentin: Danke, Katharina. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Sofia Fisch für die SP/JUSO-Fraktion.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Wir machen das auch nicht lange. Die Antwort auf diesen Vorstoss ist schon älter. Das haben wir gehört. Es erklärt, aber gut, warum es nicht weiter ins Gewicht fällt, dass Bernmobil kein Biogas mehr bezieht. Wir unterstützen das Ziel komplett auf nicht brennbare Antriebsstoffe zu setzen. Auch Biogas wird letztlich verbrannt und stösst so CO₂ aus. Darum gehen wir gleich wie der Gemeinderat davon aus, dass das Auslaufen der Gasflotte mit konventionellem Gas nicht weiter ins Gewicht fällt und der Umstieg auf Elektrobusse und Trams der beste Weg zur Erreichung der Klimaziele ist. Wir finden es auch wichtig, über den Fahrplan zum vollständigen Umstieg auf Elektrobetriebe von Bernmobil zu sprechen. Wir finden es aber sinnvoller, dass wir diese Diskussion dann führen, wenn der Geschäftsbericht von Bernmobil im Rat besprochen wird.

Präsidentin: Merci, Sofia. Gibt es Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort, Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Der Biogasausstieg hat nur einen kurzfristigen, vorübergehenden Einfluss auf den CO₂-Ausstoss von Bernmobil gehabt. Die Erreichung der Klimaziele wird nicht infrage gestellt. Letztes Jahr hat Bernmobil seinen CO₂-Ausstoss um 13% senken können. Diese Gasbusse gehören jetzt nur noch zur Reserveflotte. Sie sind noch auf den Verstärkungskurse und als Tram-Ersatzbetriebe im Einsatz, also eher selten und 2025 werden sie endgültig ausser Betrieb genommen. Das wird sicher auch ein paar Anwohnende freuen, die wirklich auch unter dem Lärm gelitten haben. Seit Frühling 2023 ist die Linie 21, also nach Bremgarten, auf E-Busbetrieb umgestellt und gerade hat Bernmobil die nächste Tranche der E-Busbeschaffung für die Linie 28 und weitere Tangentiallinien ausgelöst. Dank Beiträge des EWB-Ökofonds und der Bereitschaft des Kantons, die höheren Kosten von E-Bussen teilweise zu finanzieren, ist die Umstellung der Busflotte auf E-Betrieb jetzt wirklich auch langfristig gesichert.

Präsidentin: Merci, Marieke. Der Zufriedenheitsgrad ist teilweise zufrieden.

2022.SR.000145

17 Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger /Thomas Fuchs/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP/Simone Machado, GaP/Ruth Altmann, parteilos): Die finanzielle Notlage von Bernmobil: Wie geht es weiter? Wie können drohende Steuer- und Gebührenerhöhungen verhindert werden? Gibt es neben Bernmobil und der BASAG noch andere mit der Stadt verbundene Einrichtungen und Vertrags-

**partner, die wegen der massiv gestiegenen Energiekosten in Schief-
lage geraten sind? Volle Transparenz und das Aufzeigen der Lösungs-
wege sind gefordert!**

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 17. Das Postulat der SVP über die finanzielle Notlage von Bernmobil. Das Postulat ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Alex Feuz für die SVP und die Einreichenden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wir haben hier ein Postulat eingereicht, weil wir eben doch relativ besorgt sind über diese Entwicklung. Ich habe es schon vorhergesagt, bei der Elektrizität. Ihr habt gesehen, wie das EWB gute Gewinne einfährt, wie andere Organisationen eben Probleme haben. Und wir sind ja der Meinung, die ganze Situation muss man genau anschauen. Und ich bin ja der Meinung, man sollte hier rechtzeitig reagieren. Ihr habt gesehen, was die Stadt schon alles verkachelt hat. Ihr habt gesehen, wie sie "Kühlewil" grossartigerweise verkachelt haben. Ich bringe das Beispiel immer wieder. Man saniert ein marodes Gebäude für 30,3 Mio. Franken und dann verkauft man es für 12,8 Mio. Franken. Wir haben auch hier Angst, dass wir Probleme bekommen bei Bernmobil, und deshalb sind wir der Meinung, dass man hier einen Prüfungsbericht machen sollten. Und dann haben wir insbesondere gesagt, mit welchen Massnahmen sich eine drohende Steuer- oder Gebührenerhöhung vermeiden lässt, beispielsweise eben mit der Bildung eines Energie-Bezüger-Pools mit BLS, RBS, SBB, ob sich da Kosten sparen lassen und Risiken vermindern lassen würden. Nachher ist auch die Prüfung auf den Verzicht, die Rückstellung, Elektrifizierung von diversen Buslinien. Ich bin ja durchaus ein Anhänger, habe gar nichts gegen Elektrobusse, aber ihr müsst einfach immer die Kosten und den Nutzen sehen. Ihr seid die, die jetzt die AKW am liebsten abstellen möchten. Wir werden wahrscheinlich in eine Strommangellage hineinrutschen und da sage ich, die Windturbinen und die Sonnenkollektoren in den Wintermonaten können das nicht auffangen und wenn dann alle Leute noch private Elektroautos haben sollen, eine Wärmepumpe, usw. dann habt ihr nämlich nichts als Probleme. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass man so etwas machen sollte. Wir sind ja der Meinung, dass man manchmal den Fahrplan ausdünnen müsste oder prüfen zu mindestens, jedenfalls wo es sinnvoll ist und wo nicht, das mit der Regionalkonferenz zusammen. Wir sind auch an der Prüfung des Verzichts des Baus des Tram Bern-Ostermundigen. Ihr erinnert euch, ich habe vor X Jahren immer gesagt, es gebe dann einmal Doppelgelenkbusse. Dann hat man mir immer gesagt: "Die gibt es nie, die kommen nie." Und wenn ihr jetzt heute in der Stadt herumfahrt, seht ihr, dass sie sich der besten Beliebtheit erfreuen. Und das wären für mich alles Ansatzpunkte, die man prüfen müsste, ob man das nicht machen muss. Und dann müsste man auch schauen – das ist für mich klar und deshalb werde ich punktweise Abstimmung machen –, das sind die Verträge mit der BASAG, mit der Bern Arena Stadion AG (BASAG). Dort bin ich der Meinung, da haben wir wahrscheinlich unglückliche Verträge abgeschlossen und auch hier müsste man schauen, ob man hier Verbesserungen erzielen könnte. Ebenfalls ist zu prüfen, unter Punkt 4, ob man auch andere Bereiche, in denen die Stadt Bern wirtschaftlich beteiligt ist und wirtschaftliche Abhängigkeiten bestehen, ob man hier nicht Lösungen sieht, die man prüfen kann. Und dann geht es uns darum, allfällige Klumpenrisiken zu vermeiden und ihr seht, wie der Gemeinderat sich dazu äussert oder er ist ja der Meinung, die Sache... Er will 1, 2, 4 und 5 ablehnen. Der Punkt 3 möchte er erheblich erklären.

Wir sind ja der Meinung, die ganze Sache sollte man genau anschauen. Und jetzt heisst es, 2022 haben nach ersten provisorischen Verlusten von Bernmobil zu keinen weiteren

Verlusten geführt. Ich bin einfach der Meinung, man schaut lieber den Tatsachen rechtzeitig ins Auge, als wenn es dann zu spät herausgegangen ist. Ich bin eben auch der Meinung, die anderen Sachen – Punkt 2 – sollte man ebenfalls erklären. Und ihr seht nachher was sie sich dort immer mit dem Börsenpreis... Ich sage einfach gleich, man sollte die Synergien prüfen. Mir geht es um das, und ich habe nicht gesagt, man müsse es machen, aber wenn man nicht einmal bereit ist zu prüfen, dann haben wir einfach früher oder später vielleicht ein Problem. Ich sage nur prüfen. Und ich bin der Meinung, das ist für mich entscheidend und auch das mit den Angebotsprüfungen, das wollen sie offenbar auch nicht eingeben und der Verzicht sei nicht möglich bei Bernmobil. Ich sage einfach nur, man kann immer gescheiter werden, man kann zumindest schauen. Ich habe euch immer gesagt: "Lugibüchlein, was die Stadt Bern macht." Ich habe es gesagt, beim Viererfeld, ich sage es jetzt bei Bernmobil. Wir haben damals immer gesagt, dass es Doppelgelenkbusse geben wird und man gesagt hat, die gebe es nicht, die werde nie fahren und jetzt fahren sie. Das sind für mich einfach alles Punkte, die man anschauen muss und man muss einfach schauen, dass mit der nachhaltigen Mobilität – da habe ich gar nichts dagegen –, aber man muss es wirklich genau anschauen, wo es Vorteile hat und wo eben die Kosten dort nicht drin sind. Und jetzt, die Stadt geht davon aus, aber man sollte wirklich prüfen, ob wir jetzt hier Probleme haben oder kein Problem. Ich will die Sache nicht prüfen und ich bin wirklich der Meinung, man will alles schauen, wie es so ist. Ich bin wirklich der Meinung, wir sollten die Sache anschauen, deshalb werde ich ja punktweise Abstimmung verlangen. Bei Punkt 3 ist ja selbst der Gemeinderat dafür, dass man hier die Sache anschaut, hier die Sache in voller Transparenz prüft. Ich bitte euch wirklich, dies einmal wirklich zu überlegen. Es geht hier um Prüfungen. Es geht hier um Abklärungen. Es geht hier nicht, dass man jetzt etwas anderes machen muss, aber wenigstens prüfen sollte man es. Wie gesagt, der Stadtpräsident sagt, ich sei Cassandra. Johannes Wartenweiler sagt, ich sei hier redundant, aber meistens habe ich einfach dann leider gleichwohl recht gehabt mit meinen negativen Einschätzungen. Siehe Viererfeld, wo eben nachher die Berner Pensionskasse abgesprungen ist, wie befürchtet. Merci.

Präsidentin: Danke, Alex. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Florence Pärli Schmid für die FDP/JF-Fraktion.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Das Postulat der SVP spricht ein wichtiges Thema an. Wie können sich Unternehmen vor steigenden Preisen beziehungsweise für Energie eben absichern? 2022 haben die steigenden Preise in Folge des Angriffs von Russland auf die Ukraine Grossverbraucher von Strom – im Postulat werden Bernmobil und die Bern Arena Stadion AG (BASAG) angesprochen – verständlicherweise sehr grosse Sorgen gemacht. Die Lage hat sich mittlerweile zum Glück aber entspannt. Trotzdem unterstützt die Fraktion FDP/JF Punkt 1 der Motion, der einen Bericht zur Übersicht über die finanzielle Lage von Bernmobil fordert mit einem besonderen Fokus auf die gestiegenen Energiepreise. Bernmobil ist aber eben ein eigenständiges Unternehmen und es gehört zwar der Stadt Bern, aber in der ersten Verantwortung für das Tagesgeschäft und also für den Umgang mit den Risiken der Strompreise ist die Geschäftsführung von Bernmobil. Sie sind Profis und sie sollten wissen, wie ihr Laden läuft. Aus dem Grund lehnt die Fraktion FDP/JF Punkt 2 der Motion mit den Untertiteln, die eben zu detailliert in die Strategie von Bernmobil eingreifen würde, ab. Etwas anderes gilt in Bezug auf die Bern Arena Stadion AG, die sogenannte BASAG. Die BASAG ist offenbar explizit auf die Stadt Bern zu gekommen, hat wie folgt um Hilfe gebeten,

und zwar mietet die BASAG und betreibt die Eishalle der PostFinance-Arena und BASAG gehört zu 72% der Stadt Bern. Als Mieterin der PostFinance-Arena hat die BASAG aber wiederum mit dem SCB einen Leistungsvertrag und also einen Unter-Mietvertrag abgeschlossen und in dem Unter-Mietvertrag ist ein fixer Strompreis festgelegt worden. Fällt der Strompreis unter den festgelegten Wert hat die Stadt Bern einen Gewinn und steigt der Strompreis aber über den festgelegten Wert, hat die Stadt Bern einen Verlust. 2022 ist der Strompreis eben dann massiv über den festgelegten Wert gestiegen und es klingt danach, dass die Stadt Bern beziehungsweise ihre Gesellschaft BASAG diesen Unter-Mietvertrag genauer müsste unter die Lupe nehmen und es müsste überprüft werden, ob das Risiko der Erhöhung von den Strompreisen fair zwischen der BASAG und dem SCB verteilt ist. Darum unterstützt die Fraktion der Punkt 3 der Motion. Und ein entsprechendes Risiko, dass eben das Resultat von steigenden Energiepreise einseitig nur zu Lasten der Stadt Bern anfällt, das darf eben auch nicht in Bezug auf andere Leistungsvertragsnehmer gegeben sein und aus diesem Grund unterstützt die Fraktion dann auch die Punkte 4 und 5 der Motion. Und weil es so kompliziert ist, die Zusammenfassung: Wir unterstützen Punkt 1, 3, 4 und 5 der Motion und Punkt 2 mit seinen Unter-Punkten, diesen lehnen wir ab.

Präsidentin: Merci, Florence. Gibt es Einzelvoten? Wir kommen zum Votum der Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Bernmobil ist nie in einer Notlage gewesen und hat auch die Rechnungen immer zahlen können und ist auch nicht in der Existenz bedroht gewesen. Ich weiss, es ist so gestanden, zum Teil in den Medien, aber deswegen stimmt es trotzdem nicht. Die Situation bei den Strompreisen hat sich gegenüber 2022 jetzt stark entspannt. Die Preise sind allerdings auf einem höheren Niveau als noch vor dem Ukraine-Krieg. Bernmobil hat 2022 den Strom noch via EWB auf der europäischen Strombörse EEX eingekauft und ist damit direkt von den damaligen starken Preiserhöhungen betroffen gewesen. Das stimmt. 2023 hat das Unternehmen dann im Einverständnis mit dem Gemeinderat seine Strombeschaffung bis Ende 2028 ausschreiben können. Von der EWB ist dann ein wirtschaftlich vorteilhaftes Angebot eingegangen. Bernmobil wird somit für die nächsten Jahre vor allfälligen weiteren Preisschwankungen auf dem Strommarkt geschützt. Die finanzielle Situation von Bernmobil ist gut. Die erhöhten Strompreise haben weder in der Rechnung 2022 noch 2023 grössere Spuren hinterlassen. Beide Jahresrechnungen haben positiv abgeschlossen und das alles können sie dann in dem Leistungsauftragsbericht lesen. Da kommen wir ja dann in den Stadtrat und da sind genau die Fragen, die ihr jetzt zum Teil aufgeworfen habt, die sind genau dort drin. Dann noch zur BASAG: Da wird der Gemeinderat, wenn sie das möchten und Punkt 3 vom Postulat erheblich erklärt, werden wir ausführlich Stellung nehmen. Zuständig dafür ist aber nicht die TVS, sondern die Direktion FPI.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir werden punktweise abstimmen über das Postulat und wir fangen an mit Punkt 1.

Abstimmung Nr. 029

2022.SR.000145: Punkt 1

Ablehnung

Ja	15
Nein	42

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Punkt 1 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 2.1.

Abstimmung Nr. 030

2022.SR.000145: Punkt 2.1

Ablehnung

Ja	6
Nein	52
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 2.1 ist abgelehnt. Wir sind bei Punkt 2.2.

Abstimmung Nr. 031

2022.SR.000145: Punkt 2.2

Ablehnung

Ja	5
Nein	51
Enthalten	2

Präsidentin: Der Punkt ist ebenfalls abgelehnt. Wir sind bei Punkt 2.3.

Abstimmung Nr. 032

2022.SR.000145: Punkt 2.3

Ablehnung

Ja	5
Nein	52
Enthalten	0

Präsidentin: 2.3 ist abgelehnt. Punkt 2.4.

Abstimmung Nr. 033

2022.SR.000145: Punkt 2.4

Ablehnung

Ja	6
Nein	51
Enthalten	0

Präsidentin: Der ist abgelehnt. Wir sind bei Punkt 2.5.

Abstimmung Nr. 034

2022.SR.000145: Punkt 2.5

Ablehnung

Ja	5
Nein	52

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Ihr habt den abgelehnt. Wir sind bei Punkt 3.

Abstimmung Nr. 035

2022.SR.000145: Punkt 3	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	35
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt Punkt 3 abgelehnt. Wir sind bei Punkt 4.

Abstimmung Nr. 036

2022.SR.000145: Punkt 4	
Ablehnung	
Ja	13
Nein	45
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 4 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 5.

Abstimmung Nr. 037

2022.SR.000145: Punkt 5	
Ablehnung	
Ja	13
Nein	45
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt Punkt 5 abgelehnt.

2022.SR.000167

18 Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP): Entlastung der Stadtfinanzen durch Abgabe von Durchgangsstrassen an den Kanton

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 18. Das ist ein Postulat der Fraktion FDP/JF. Das Postulat ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Ursula Stöckli für die Einreichenden.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Das Postulat heisst nichts anderes als das wir wünschen, dass man das prüft, und zwar die Abgabe von gewissen Strassen auf dem Stadtgebiet, die der Stadt gehören, dass man die dem Kanton abgeben würde. Wir hatten früher viel mehr Strassen im Kantonseigentum, die man zur Stadt zurückgeholt hat. Als Beispiel kann man die Nydeggbücke erwähnen. Diese befinden sich heute noch im Kantonseigentum, so wie früher. Man hätte sich die Sanierungskosten sparen

können. Wir haben in diesem Postulat den Wunsch, dass man wirklich auch einen Vergleich anstellt. Die Antwort zu Punkt 1 ist nicht ein Vergleich, sondern es ist nur aufgezählt, wie dass man es vergleichen würde. Wo, Was, welche Strassen aufgeführt sind, ein wirklicher Vergleich ist da nicht drin. Darum halten wir an dem Postulat fest und wünschen, dass man das ausführlicher macht. Die Strassen an den Kanton abzugeben hat 2 Seiten: Einerseits nimmt der Kanton natürlich nur Strassen, die in einem einigermaßen guten Zustand sind. Man kann nicht einfach eine Strasse, die man jetzt sanieren sollte, dem Kanton geben und sagen: "Hm, nimm die mal und nachher ist man die Sanierungskosten los." Das geht natürlich nicht. Das ist vielleicht der eine Punkt und der andere Aspekt ist eben, wenn sie dann wirklich im Eigentum des Kantons oder in der Hoheit ist, dann hat man von dann an eben auch keine Kosten mehr. Wir sehen hier in der Antwort zu diesem Postulat vor allem eines heraus und das ist einfach die Angst, dass man nachher nicht mehr darüber bestimmen kann, und dass man die Vorlagen und Vorgaben, wie man sie gerne hätte, dann nicht mehr durchsetzen könnte. Mit dem Kanton kann man aber immer noch reden, und es wäre immer noch möglich, das Konzept in der Stadt oder in gewissen Durchgangsstrassen so zu planen und zu gestalten, wie man das gerne will. Ja, wir bleiben bei der Forderung des Postulates. Andere Gemeinden und kleine Städte haben das viel verstärkter als die Stadt Bern und wir möchten, dass es wieder so kommt, dass man gewisse Strassen eben abgibt. Merci.

Präsidentin: Merci, Ursula. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Auch beim vorliegenden Vorstoss muss man mindestens von einem "Bubentrickli" reden, zumindest wenn man es nett formulieren will. Schliesslich wäre es aus rein finanzieller Optik tatsächlich verlockend, wenn wir die Strassen samt Unterhaltskosten an den Kanton abtreten würden, und so Kosten sparen könnten, wenn auch, wie der Gemeinderat ausführt, nur einen kleinen Teil davon. Die Motivation hinter diesem Vorstoss dürfte aber nicht die Wahrung der finanziellen Interessen der Stadt sein, sondern vielmehr der Kampf gegen eine sehr erfolgreiche nachhaltige Verkehrspolitik, die im Sinn der grossen Mehrheit der Stadtbevölkerung ist. Wichtige verkehrspolitische Errungenschaften würden so unnötig auf das Spiel gesetzt. Wie schwierig, dass es schon heute ist bei der Sanierung und Umgestaltung von Kantonsstrassen städtische Interessen einzubringen, sodass sie auch berücksichtigt werden, zeigen diverse Beispiele wie der Guisanplatz oder die Thunstrasse exemplarisch. Es widerspricht aber auch dem Subsidiaritätsprinzip und dem Föderalismus, wenn städtische Verkehrsachsen in die Verfügungsgewalt des Kantons übergeben werden sollen, der so die Verkehrsplanung in der Stadt zumindest teilweise übernehmen würde, mit sehr absehbaren Resultaten und den entsprechend negativen Folgen für die Stadt und ihre Bevölkerung. Es ist vielmehr ein grosser Vorteil, dass wichtige Verkehrsachsen in Bern eben nicht wie in anderen Städten nicht der kantonalen Hoheit unterstehen. Die SP steht der Eigentumsübertragung von Strassen an den Kanton grundsätzlich kritisch gegenüber und lässt sich auch hier nicht hinter das Licht führen. Wir lehnen diesen Vorstoss mit Überzeugung ab und nehmen die Verantwortung für die Ausgestaltung unserer Verkehrsachsen auch weiterhin sehr gerne selber wahr.

Präsidentin: Merci, Michael. Gibt es Einzelvoten? Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Es lässt ja schon tief blicken, wenn man anderen Leuten irgendwelche Unlautkeiten oder "Bubentrickli" – wobei das Wort "Bubentrickli"

ja auch nicht politisch korrekt ist –, wenn man anderen Leuten immer solche Tricks unterstellt. Das ist selbstverständlich nicht der Fall, aber es lässt tief blicken, wenn Leute so denken. Und ob sie dann vielleicht die sind, die dann ihrerseits die "Bubentrickli" anwenden. Das ist hier definitiv nicht der Fall.

Präsidentin: Danke, Ursula. Dann hat Michael Ruefer das Wort.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Es ist eindeutig, was die Intention hinter diesem Postulat ist, auch wenn es natürlich als Postulat verkleidet daherkommt. Es ist klar, dass man die Stadt mit ihrer Verkehrspolitik übersteuern will. Dass man eben will, wie es auch die FDP auf Bundesebene gemacht hat, dass man sogar auf verkehrsorientierten Strassen Tempo 30 verbieten will etc. Man sieht die Handschrift ganz deutlich und man muss da auch nicht abwägen, ob man sie "Bubentrickli" nennt. Das muss man gar nicht so nennen. Man kann es einfach ablesen an den Handlungen, die die FDP auch zeigt auf Bundesebene, wo man eben eigentlich auch die Gemeindeautoautonomie beschneiden will und wo man auch die Begegnungszone etc. am liebsten verhindern möchte und auch Aufwertungen, die die Bevölkerung – die Berner Bevölkerung – sehr stark stützt, will verhindern. Und das ist hier die Intention, die Grundintention hinter dem Postulat und das darf man glaube ich auch transparent machen und entsprechend sagen wir Nein.

Präsidentin: Danke, Michael. Als nächstes kommt Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Also die SVP unterstützt diesen Vorstoss ganz klar. Vielleicht rasch, "corriger la fortune", das macht Rot-Grün auf allen Ebenen. Was wollt ihr, ihr wollt den Ständerat abschaffen, weil man Angst hat, beispielsweise, dass sie Nein sagen würden, bei einem bilateralen Vertrag. Was will man, "corriger la fortune", man will das Volk nicht mehr über die Bilateralen abstimmen lassen, obwohl man beim EWR darüber abstimmen konnte. Hier ist es eigentlich ganz klar, die Forderungen sind klar, sie sind transparent ausgewiesen. Ihr lehnt sie ab, das ist euer gutes Recht. Aber hier von einem "Bubentrickli" zu reden, das ist falsch. Wir müssen sehen, wir haben Strassen und ich habe immer gesagt, die Stadt Bern lebt nicht von der Stadt Bern. Wir haben Durchgangsstrassen, wir haben Strassen wie eine Monbijou-Brücke, wir haben Kantonsstrassen und ihr seht es ja jetzt, das schönste Beispiel, das ich immer bringe, ist der Neufeldtunnel. Ihr habt jetzt etwa alles gemacht, dass man den nicht mehr brauchen kann. Auf der Lorraine-Brücke habt ihr Spuren abgebaut, über den Bahnhofplatz soll man nicht mehr fahren, über die Hodlerstrasse soll man nicht mehr fahren, Bubenbergring soll man nicht mehr sperren, Speichergasse wollt ihr sperren, für was nützt denn der Neufeldtunnel noch. Da muss ich sagen, da greift ihr auch in die Bundeshoheit ein, indem ihr nämlich wichtige Verkehrsstrassen aufhebt und sabotiert. Wenn ihr auf der Monbijou-Brücke Tempo 30 einführt oder was auch immer, dann entledigt ihr eine wichtige Verkehrsachse ihrer Bedeutung. Und was machen die Leute, dann ist man halt dann rascher über die Kirchenfeld-Brücke und Thunstrasse und über den Bundesplatz. Da seid ihr dann rascher. Ihr seht, das ist eine politische Frage, aber es sind klare Forderungen. Der positive Effekt wäre dann eben auch, dass der Kanton für die Finanzierung aufkommen muss, deshalb unterstützen wir ganz klar diesen Vorstoss.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP), Einzelvotum: Ich erlaube mir ein wenig ein praktisches Beispiel einzubringen: Nämlich die Murtenstrasse zwischen Gäbelbach und Brünnen-Schulhaus. Dort müssen die Kinder zuerst über das Eigentrasse des Trams und nachher über die Kantonsstrasse kommen, um überhaupt in die Schule zu kommen oder wieder Heim zu gehen. Man sieht im Westen seit über einem Jahrzehnt, dass es nicht einfacher wird, wenn in der städtischen Verkehrspolitik noch eine Kantonsstrasse durch den Schulweg fährt. Darum, es ist einfach eine schlechte Idee. Merci.

Präsidentin: Merci Szabolcs. Dann kommt Michael Sutter.

Michael Sutter (SP), Einzelvotum: Es war selbstverständlich nicht meine Absicht, mich hier nicht politisch korrekt auszudrücken. Und es tut mir ja leid, wenn ich irgendjemandem zu nahegetreten bin, mit dem, aus meiner Sicht, nicht so wahnsinnig schlimmen Begriff. Aber man kann es auch beim Namen nennen: Es geht um eine Bevormundung und um das Disziplinieren der Stadt Bern, weil einem die politischen Mehrheiten nicht in den Kram passen.

Präsidentin: Danke, Michael. Wenn es keine weiteren Einzelvoten mehr gibt, hat die Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die Antwort des Gemeinderates ist auch ein gutes Jahr alt, aber sie hat weiterhin Gültigkeit. Es hat seither keine wesentlichen Veränderungen gegeben. Der Gemeinderat sieht nach wie vor keinen Handlungsbedarf bezüglich der Übertragung von städtischen Durchgangsstrassen an den Kanton. Es gibt aktuell in der Stadt Bern keine Strasse oder Strassenabschnitte, die auch die Kriterien für eine Eigentumsübertragung einfach so erfüllen würden. Im Übrigen kann die Stadt die Gemeindestrassen nicht einseitig an den Kanton abtreten. Eine Eigentumsübertragung wird vom Regierungsrat im Rahmen des kantonalen Strassennetz-Plans, also des SNP beschlossen. Der aktuelle SNP läuft noch bis 2037 und sieht keine Übernahme von städtischen Strassen vor. Die nächste Überprüfung vom SNP wird dann im 2029 sein. Das dauert also noch eine Weile.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Erheblichkeitserklärung des Postulats.

Abstimmung Nr. 038

2022.SR.000167

Ablehnung

Ja	13
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat abgelehnt.

2023.SR.000062

19 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, Mitte (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP/Sibylle Eigenmann, Mitte): Einführung des Farbsacktrennsystems: Sofortiger Übungsabbruch!

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 19, die interfraktionelle Motion zum Farbsacktrennsystem. Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Doch, doch, gemütlich ist es gewesen dazumal im Käfigturm. An der Medienkonferenz von unserem Nein-Komitee ist gerade mal ein Journalist anwesend gewesen. Die Meinungen schienen gemacht zu sein und anderes als die Aussagen der Stadtregierung haben scheinbar nicht interessiert. Und doch, doch, bitterkalt ist es gewesen, als wir mit einer Parteikollegin im Quartier Flyern gegangen sind. Und noch einmal, doch, doch, einsam war es in diesem Abstimmungskampf, kein einziger Verband hat uns unterstützt. Sie haben sich von der Stadt einlullen lassen und es ist ein Fehler gewesen, wie man heute weiss, 2,5 Jahre später. Wie es herausgekommen ist, wissen wir alle. Alles, was wir damals gesagt haben, ist ziemlich genau alles eingetroffen. Die offensichtlichen Fehler, die man dann schon gesehen hat, haben sich einfach bestätigt. Ich wiederhole hier nicht noch einmal alle im Detail. Das heutige Erstaunen über gewisse Sachverhalte und Resultate, wie juristische Belange, Stadtbildthema, Nutzungskonflikte, Platzprobleme, das macht einem schon etwas sprachlos. Wie kann man erstaunt sein über etwas, das offensichtlich war und wie kann man erstaunt sein über etwas, das man einfach dann schon gesehen hat und dass wir auch dann schon gesagt haben. Die Idee und die Absicht wieder einmal ein Leuchtturmprojekt zu machen, die hat einfach alles überdeckt, auch das Offensichtliche und die offensichtlichen Probleme. Das kommt selten gut. Man hat es auch bei anderen Projekten gesehen. Das heisst aber auch, zurück auf Feld 1, wie man heute scheinbar wieder plant, heisst aber auch, dass die ursprünglichen Ziele die Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schützen gar nicht erreicht werden kann. Man macht heute einen Flickenteppich. Man macht aus einer Container-Pflicht heraus, wurde eine teilweise Container-Pflicht. Das heisst, hier dürfen sie ein bisschen Container schieben, da heben sie noch die Säcke schnell, eine Strasse weiter, dann gibt es vielleicht wieder einen Container. Es ist ein totaler Flickenteppich und bringt der Gesundheit dieser Leute, die beladen einfach nicht viel, sie erweisen denen einen Bärenienst. Das kann und es wird nicht befriedigend funktionieren und das sage ich hier noch einmal und so wird es wieder herauskommen. Wenn man dasselbe mit denselben Personen auf die gleiche Art und Weise macht, vielleicht ein bisschen abgespeckt und ein bisschen anders, dann kommt auch wieder dasselbe heraus. Heute Abend haben sie die einmalige Chance der Stadt, dem Gemeinderat diese Last abzunehmen und so ein Übungsabbruch ist die Gelegenheit dazu. Man kann nachher neu beginnen und wirklich etwas machen, das taugt. Ich bitte sie, dem Gemeinderat die Gelegenheit zu geben und unserem Übungsabbruch zuzustimmen. Merci.

Präsidentin: Merci, Ursula. Sibyl sprichst du für die Einreichenden? Für die Fraktion, gut.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Wir wissen es alle, das aktuelle Farbsacktrennsystem ist nicht ein Projekt von der aktuellen Gemeinderätin. Der Projektstart ist

im März 2018 gewesen. In der QM 3 im betroffenen Stadtteil-Quartier, wo man es zuerst einführen wollte, bin ich noch Mitglied gewesen, bevor ich Stadträtin gewesen bin, wo es schon Thema gewesen ist. Also es ist wirklich schon lange her. Das Argument mit den Gesundheitsmassnahmen hat uns überzeugt. Die Container haben uns schon etwas Gedanken gemacht, aber irgendwie hat die Stadt das sehr gut verkauft und gut übergebracht. 3 Jahre später, 3 Jahre später die Abstimmung. In der Abstimmungsvorlage ist die Rede gewesen von 10 Mio. Franken Gesamtkosten. Es ist die Rede gewesen von einmaligen Einführungskosten von 3 Mio. Franken und befristetem Personal. Ich habe es jetzt nicht detailliert nachgeschaut, aber ich glaube, im neuen Personalreglement nach 3 oder 5 Jahren ist das befristete Personal dann einmal irgendwann konstant eingestellt. Das ist im Jahr 2021 gewesen. Im März 2022 hat es geheissen, gestartet werden soll 2023. Am 18. August 2022 hat es geheissen, Einführung voraussichtlich Mitte 2023. Eine Container-Projektgruppe berät die Umsetzenden bei Bedarf. Eine Container-Projektgruppe, das sind mehrere Leute, die seit 2022 irgendwelche Leute bei Bedarf unterstützen und beraten. Ich habe bei meiner Verwaltung, weil ich im betroffenen Gebiet wohne, angefragt im gleichen Jahr. Sie haben keine Ahnung gehabt von was, dass ich eigentlich rede. Februar 2023: "So hat sich gezeigt, dass im Vorfeld getroffene Annahmen teilweise zu optimistisch waren und bei vielen Liegenschaften eine Platzierung der Container auf Privatgrund nicht möglich oder realistisch ist. Dies haben die planmässig durchgeführten Befragungen der Liegenschafts-Eigentümer*innen und Verwaltungen und diverse Begehungen gezeigt." 2 Jahre später, 2 Jahre nach Abstimmung hat man Begehung und Umfragen gemacht: "Hinzu kommen Unsicherheiten zu baurechtlichen Vorgaben zum Schutz des so genannten Vorlandes." Man hat die rechtliche Situation nach der Abstimmung abgeklärt. 2024, 2,5 Jahre später nach der Abstimmung: Es wird jetzt ein paralleles System eingeführt. Gesundheitsschutz, nicht mehr unbedingt. Unterflurcontainer, was ist eigentlich mit denen passiert? Die funktionieren doch tadellos. Wieso investiert man das Geld, das man seit zweieinhalb Jahren in irgendwelche Projekt-Beratungsgruppen investiert, nicht in Unterflurcontainer. Dort gibt es ja auch einen vermehrten Gesundheitsschutz wie beim Aufheben von einzelnen Abfallsäcken. Ein paralleles System, das hat Telebärn 2019 dem Leiter der Entsorgung gefragt. Ich zitieren: "Könnte überhaupt das heutige System und das Farbsacksystem parallel zueinander betrieben werden?" 2019, könnt ihr alle nachschauen gehen. Der Leiter Entsorgung und Recycling der Stadt Bern sagt: "Unrealistisch, denn das wäre kostenmässig natürlich nicht tragbar." Aber es ist heute plötzlich machbar. Zweieinhalb Jahre später ist es einmal finanziell machbar, ein paralleles System aufzuziehen, weil man es nicht sauber abgeklärt hat. Weil man nicht nur uns hier im Rat für blöd verkauft hat, sondern auch die ganze Stimmbevölkerung für blöd verkauft hat. Die Abstimmungsvorlage, über die wir im 2021 darüber abgestimmt haben, die ist das Papier nicht mehr wert. Weil das, wo wir jetzt hier umsetzen, überhaupt nichts mehr mit dieser Abstimmung zu tun hat. Es werden Steuergelder verblödet und verschwendet. Lieber ein Schrecken mit Ende als ein Schrecken ohne Ende, oder lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Bitte, bitte, nehmt die Motion an, brecht das Projekt ab. Und habt auch keine Angst vor dieser Abstimmung, denn das ist nicht mehr das, über das wir abgestimmt haben und verschont uns vor weiteren Millionen an verschleuderten Steuergeldern. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Sibyl. Wir sind immer noch bei den Fraktionserklärungen. Laura Binz für die SP/JUSO-Fraktion.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Ich kann es vorwegnehmen, die SP/JUSO-Fraktion wird die Motion ablehnen. Der Gemeinderat hat einen Vortrag zum weiteren Vorgehen und möglichen Anpassungen zuhanden der Kommission und des Stadtrates verabschiedet und das Geschäft ist nach den Frühlingsferien in der PVS traktandiert. Das bietet die Gelegenheit, auf das Farbsacktrennsystem und die Container-Pflicht, die aktuelle Situation und die bestehenden Optionen noch einmal einzugehen und zu diskutieren. Dieses Vorgehen ist viel zielführender als einen sofortigen Übungsabbruch kurz vor der parlamentarischen Diskussion zu fordern. Deshalb haben wir den Ordnungsantrag eingereicht, um diese Motion zusammen mit dem Geschäft im Gemeinderat zu diskutieren, was leider und für mich nicht ganz verständlich abgelehnt wurde. Wir haben aber auch inhaltlich Vorbehalte zur Motion. Die Konsequenz eines sofortigen Übungsabbruchs wäre vorerst, dass alles beim Alten bleibt. Das ist aber aus unserer Sicht gar keine gute Option. Das neue System würde grosse Verbesserungen bringen. Handlungsbedarf besteht primär bei der Einführung der Container-Pflicht. Sie schützt die Gesundheit der Mitarbeitenden, die beim aktuellen System täglich mehrere Tonnen anheben müssen, was definitiv gesundheitsschädigend ist. Und auch wenn man neu beginnen würde, wie es von den Motionär*innen gefordert wurde, es würde genau um die gleichen Punkte und Probleme gehen. Der Sachverhalt an sich bleibt der gleiche. Dass die Container-Pflicht nicht mehr wie geplant umgesetzt werden kann und das erst spät festgestellt wurde, ist natürlich bedauerlich und auch ärgerlich. Und trotzdem so viel Abfall wie möglich soll in Containern bereitgestellt werden. Die Prüfung einer zumindest teilweise Container-Pflicht, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, erscheint uns deshalb als ein sehr sinnvolles Vorgehen. Wie bereits am Anfang gesagt, werden wir diese Motion ablehnen und an gleicher Stelle in ein paar Wochen über die vom Gemeinderat vorgeschlagenen möglichen Anpassungen am Farbsack-Verkehrssystem diskutieren. Deshalb bitte ich sie diese Motion abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Laura. Dann hat Michael Ruefer, für die GFL-Fraktion das Wort.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Man kann sich jetzt darüber streiten, was die Motion materiell genau bewirkt. Es ist uns gesagt worden, offensichtlich nicht so viel, weil man dann sowieso wieder neu abstimmen müsste, wenn man überhaupt das Projekt in dieser jetzigen Form beerdigen will. Die GFL hat das Farbsacktrennsystem schon immer recht kritisch begleitet. Das kann man in der Vernehmlassung nachlesen und auch in der Mitgliederversammlung damals, als die Parole gefasst wurde, ist das relativ knapp passiert. Wie wir vorhin gehört haben, hat der Gemeinderat schon im vergangenen Jahr über die Umsetzungsschwierigkeiten und die eingehende Überprüfung des Abstimmungsgeschäfts informiert. Die ist eigentlich bis Ende 2023 geplant gewesen. Jetzt im März von diesem Jahr hat man noch einmal informiert und gesagt, dass man das System, wie es von der Bevölkerung angenommen wurde, nicht so umsetzen kann. Es soll zuerst einen Antrag auf Verschiebung der Umsetzung dieses Geschäfts geben, weil man eben die Frist hat zur Volksabstimmung und voraussichtlich im Sommer eine neue Vorlage. An den hauptsächlichen Zielen der Vorlage Gesundheitsschutz, Entlastung von Sammelstellen und auch mehr Komfort bei der Entsorgung, soll festgehalten werden, was wir problematisch finden in der GFL-Fraktion. Es wurde schon wieder vorweggenommen – und das kann man im Vortrag schon nachlesen, die die Fristerstreckung vor allem zum Ziel hat –, wie das redimensionierte Projekt aussehen soll, und zwar mit einer Teil-Container-Pflicht und weiterhin mit freiwilligen Farbsäcken. Das Problem ist am ganzen, es wird nicht einfacher, sondern tendenziell noch komplizierter zum Handhaben. Man hat dann auch neu nicht nur eine Mischung aus Farbsäcken und

Sammelstellen, sondern auch bei der Entsorgung der blauen Säcke ein Mischsystem. Abgesehen davon, dass es für die Altstadt in jedem Szenario eine Sonderlösung braucht, stellt sich schon die Frage, zu welchem Preis oder zu welchen Gebühren Parallelsysteme betrieben werden sollen. Die Frage macht uns Bauchweh. Was wir vorbehaltlos unterstützen, und das will ich hier auch nochmal betonen, Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen für den Gesundheitsschutz vom Entsorgungspersonal, da sind wir natürlich weiterhin zu haben dafür. Da soll, unserer Meinung nach, jetzt eben auch der Fokus bei dem Neuanlauf liegen, der der Gemeinderat schon vorweggenommen hat. Es soll noch einmal ein Benchmarking mit Systemen von anderen Städten geben. Es gibt andere Städte, die eine Container-Pflicht eingeführt haben, und es soll noch einmal stattfinden und eine Ideensuche zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Diesen Fokus vermissen wir ganz klar jetzt auch wieder in dieser neuen Vorlage, weil man eben mit dem Farbsack doch noch weiterfahren will und eine Teil-Container-Pflicht etc. Es ist wirklich ein Wunschkonzert und so kann man einfach nicht das Vertrauen gewinnen, dass es tatsächlich gut kommt. Die Kommunikation des Gemeinderates deutet tatsächlich daraufhin, dass man weiterhin alles gleichzeitig will und die Anforderungen an ein neues System einfach zu gross und viel zu ambitioniert sind. Man nimmt sich jetzt nicht die Zeit, und es wäre wichtig, noch einmal eine saubere Auslegeordnung mit beteiligten Parteien zu machen und sich über die Probleme des jetzigen Systems und über die Ziele eines neuen Systems zu unterhalten und erst dann die Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu definieren. Nein, man sagt einfach, das sind jetzt Ziele und wir ändern einfach ein bisschen etwas an den Massnahmen. Das ist nicht gute politische Arbeit, sondern einfach ein Gewurstel, das nicht vertrauenserweckend wirkt und deshalb auch keine Unterstützung durch uns verdient. Das weitere Vorgehen ist so schwammig vorgezeichnet, dass überhaupt nicht mehr klar ist, was am Schluss mit der ursprünglichen Abstimmungsvorlage und mit den ursprünglichen Zielen genau passiert. Auch das Eigenkapital von Entsorgung und Recycling Bern, das als Finanzierungsgrundlage dient für die Umsetzung von diesem neuen Abfallsystem, das wird auch nicht grösser und man muss sich da ernsthaft auch Sorgen machen um ein Überschwappen in die allgemeine Stadtkasse. Vielleicht wäre es besser, wenn die Geschäftsprüfungskommission ein Auge auf das Geschäft wirft, dann kann die zuständige Sachkommission oder die GPK selber so einen Antrag stellen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Michael. Als nächstes kommt Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP hat die Vorlage immer auch klar bekämpft. Ihr wisst, ich bin Mitmotionär gewesen von diesem Vorstoss und ich habe immer selber beim Hauseigentümerverband an der HV gesagt, es kommt nicht gut. Die Vertreter des Hauseigentümerverbands haben gemeint, man könne nicht mit der Stadt reden. Man kommt zu einer Lösung. Es wurde immer gesagt, die Entwicklung sei völlig überraschend. Ich mache jetzt mit ihnen ein bisschen Rechtsgeschichte, und zwar ich habe meine alten Anträge hervorgehoben, die ich am 1. Juli gestellt habe, wo ich genau auf die Problematik hingewiesen habe. Ich habe damals einen Antrag gestellt für ein Nichteintreten. Ich habe immer gesagt, eine obligatorische Abfalltrennung und die Aufgabe der bisherigen Möglichkeit, den Abfall direkt vor dem Haus ohne Container zu entsorgen, lehnt die SVP entschieden ab. Ich habe nachher auch gesagt, es ist unzumutbar, an einen Haufen von Orte, wie in einer Optingerstrasse, wo ihr gar keine Möglichkeiten habt, einen Container abzustellen, das zu machen. Und es kann nicht sein, dass jetzt statt Abfallmänner die Leute leiden müssen, die 200 bis 300 Meter laufen müssen und nachher dann ihre Sache im Container zu versorgen. Da habe ich genau

diese Sachen aufgeworfen. Auch die Frage der Mehrkosten der Denkmalpflege und Ortsbildschutz, Mehrkosten der Sammelcontainer sei völlig offen. Es sei mit langwierigen Rechtsmittelverfahren zu rechnen. Und dann habe ich sogar noch persönlich gesagt, ihr wisst, ich bin seit vielen Jahren Mitglied in der Quartierkommission QUAV 4 vom Stadtteil 4. Dort hat die Migros einen Sammelcontainer gehabt, den hat man ersetzen müssen. Die Quartierkommission hat während anderthalb Jahren keinen neuen Standort gefunden für den Container. Und dann habe ich detaillierte Anträge gestellt. Ich muss euch die jetzt noch einmal sagen, weil man immer sagt, es ist völlig überraschend gewesen. Cassandra hat das damals eben schon gesagt. Cassandra hat gesagt, die Vorlagen sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit der Auflage, auf eine Container-Pflicht zu verzichten. Das wäre der Antrag 3 gewesen. Beim Antrag 4 habe ich gesagt, die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen, mit der Auflage mit den Hauseigentümern entstehenden Mehrkosten, während der Einführung der Container-Pflicht zu berechnen, hat der Feuz beantragt. Der Antrag 5: Die Vorlage ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, mit den Verbänden und Interessensgruppen der Senioren und Betagten die Problematik der langen Wege zu besprechen und Alternative auszuarbeiten. Nachher kommt ein ganz ein entscheidender, wenn man sagt, wir haben das nicht mit der denkmalpflegerischen Vorlage gewusst. Lest den Antrag 6, vom 1.7. Ich habe es den anwesenden Medienvertreter bereits vorgängig auf das Mail getan, damit ihr könnt nachlesen. Die Vorlage ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage mit den Organen der Denkmalpflege, und den Verbänden und der Interessensgruppen Heimatschutz, GSL, "Heit Sorg zu Bärn" die Problematik des Denkmal- und Ortsbildschutz zu besprechen und Alternativen zu erarbeiten. Das habe ich alles verlangt, damals im Juli. Das ist natürlich von der SVP gewesen, chancenlos gewesen, es wurde alles abgewiesen. Aber ich habe es verlangt. Und ich habe dann gesagt, die Vorlage ist an den Gemeinderat zurückweisen – das ist der Antrag 7 – mit der Auflage abzuklären, an welchen Standorten die Erstellung von Sammelcontainern nötig und möglich wäre und dann sei das Risiko der Einlegung von den Rechtsmitteln abzuschätzen. Das ist ja das, was wir jetzt genau wissen. Wenn ihr so einen Container habt, das will doch keiner. Der Nachbar von Eckhaus will doch nicht den Container haben, dass nachher das ganze Quartier und die Badenden, die nach Haus kommen, die leeren Flaschen dort deponieren, während der ganzen Nacht. Der wird alle Instanzen machen, dann geht es 4-5 Jahre, das habe ich damals schon gesagt. Dann der Rückweisungsantrag sei zurückzuweisen. Man soll Prozessrisiken berechnen, dass man mit denen schauen muss wegen den Anwohnern, was da kommt. Dann im Antrag 9 habe ich verlangt, man soll die Folgekosten – habe ich dann schon verlangt –, die Folgekostenaufwendungen für den Steuerzahler für das Projekt berechnen. Und nachher bin ich noch mit Detailanträgen gekommen, dann habe ich auch gesagt, man soll die Sache noch nicht jetzt einführen. Ich habe nämlich Anträge gestellt, die sind vielleicht etwas böse gewesen, aber ich habe gesagt, man soll es erst im 2037 oder im 2032 einführen. Das könnt ihr alles nachlesen in der Rechtsgeschichte, neuere Auslegung von Gesetzestexten oder was auch immer, am 1. Juli 2021 hat der Feuz das beantragt.

Ich persönlich sage ihnen ganz klar, bei Neubauten ist die Container-Pflicht etwas Gutes, finde ich auch gut. Aber wenn ihr Wohnungen habt mit kleinen Küchen, habt ihr schlichtweg nicht den Platz und dann müssen ihr all die Sachen nachher sortieren und zusammentun, wo ihr überhaupt keinen Platz habt, und dann stinkt es. Meine Tochter braucht zum Glück jetzt schon seit 5 Jahren keine Windeln mehr. Aber ich habe dann noch so einen Sammelsack gemacht, dann war dann noch eine Weinflasche vom Vater drin und vielleicht noch ein bisschen Plastik und das Zeug ist nachher mal draussen

gewesen, denn ihr müsst wissen bei der ganzen Energiezentrale, wenn sie dann zu wenig Heizstoffe hat, müssen sie dann Glas nachschliessen und Papier. Aber wir selber werden dann etwas beübt mit der Abfalltrennung. Das sind einfach Facts. Und jetzt, wie gesagt, für mich ist der Moment zum Stoppen, wie es schon Michael Ruefer gesagt hat. Jetzt die Reisleine ziehen, nicht noch mehr Geld ausgeben für etwas wo ihr übrigens schon im 2021 genau gewusst, habt, dass es ja nicht geht und es wird auch weiterhin so sein. Das Haus an der Jubiläumsstrasse, das den Garten oben hat und nicht unten, da müsst ihr einen Container-Lift haben, um den Container hinunterzutun. Und den Abwart an der Optingerstrasse, der arme Kerl im Mittelhaus, der wird dann vielleicht vom Container mal erdrückt, weil er ihn nicht über seine Rampe herauf tun kann. Das sind alles Sachen, wo man sagen muss: "Stopp." Bei Neubauten absolut einverstanden. Dort ist es für den Mieter, für die Hausverwaltung und für die Umwelt einen grossen Vorteil und sonst Stopp mit dieser Sache. Wenn ihr dann 3 verschiedene Systeme habt, Säcke und was auch immer, dann beübt ihr euch einfach nur noch und dann müsst ihr andere Möglichkeiten haben. Darum ein Ende mit Schrecken ist besser als ein Schrecken ohne Ende, ich zitiere hier Sibyl Eigenmann. Und wer es nicht glauben will, schaut die Anträge von mir vom 1. Juli 2021 an, dann habt ihr alles Schwarz auf Weiss. Ich habe damals klar gesagt, was die Konsequenzen sind und wenn man nachher sagt, wir sind völlig überrascht gewesen, hätte man vielleicht mit dem Feuz reden müssen. Wieder einmal mehr, Cassandra steht euch zur Verfügung. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion. Entschuldigung Lionel, Sibyl hat schon geredet für die Fraktion. Haltest du ein Einzelvotum? Gut, dann kommt erst Maurice Lindgren für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Wir, die Grünliberalen und auch die EVP haben das Farbsacktrennsystem bis jetzt immer unterstützt, im Unterschied von vielen Unterstützern von dieser Motion, die schon immer dagegen gewesen sind. In der Vernehmlassung, im Pilotprojekt, bei Projektkrediten, bei der Volksabstimmung, immer haben wir die Vorteile des Systems hervorgehoben und für uns sind dabei im Zentrum gestanden, erstens die Vorteile bezüglich der Möglichkeit die Recyclingquote zu erhöhen, neue Stoffe der Wiederverwendung zuzuführen, wie zum Beispiel Plastik und die Entlastung der Quartier-Entsorgungsstellen. Zweitens der Komfortgewinn für unsere Stadt-Bewohnenden, die weniger weit laufen müssen, um zu recyceln und damit auch auf das Auto verzichten können zum Recyceln, was gemäss Studien ein wesentlicher ökologischer Vorteil wäre und drittens der technische Fortschritt, der eine automatisierte und damit von menschlicher Kraft befreite Abfallentsorgung verspricht und alle Vorteile auch in dem Zusammenhang. Die vorliegende Motion fordert jetzt einen Übungsabbruch. Wenn man zuhört, sind aber grosse Mehrheiten der Politik, auch gewisse Befürworter dieser Motion, wie die GFL, wenn ich richtig zugehört habe, nach wie vor für einen Systemwechsel und es gibt auch einen Volksentscheid, der zwar nicht im Bewusstsein aller Fakten gelangt ist, wie jetzt alle zugeben müssen, auch die Befürworter, aber er ist dann doch sehr deutlich gewesen. Das heisst, dieser Übungsabbruch ist kein Übungsabbruch, sondern de facto ein Neustart. Wir haben das an unserer Fraktionssitzung diskutiert und uns gefragt, wenn der politische Wille vorhanden ist, einen Systemwechsel zu machen, wenn die politischen Mehrheiten voraussichtlich vorhanden sind, den Systemwechsel zu vollziehen, wenn die Vorteile eines Systemwechsels uns nach wie vor überzeugen und das machen sie, warum dann ein Übungsabbruch beziehungsweise ein Neustart. Es wurde gesagt, dass damit Geld gespart werden kann. Wir

können nicht nachvollziehen, warum unter diesen Umständen damit Geld gespart werden kann oder wie das passieren soll. Man fährt ja gerade weiter und sucht jetzt eine Lösung für die Container-Frage. Es war auch die Container-Frage, die der einzige Punkt war, den wir schon damals in der Vernehmlassung als wunder und offener Punkt beschrieben haben, wo die Praktikabilität der beschriebenen Lösung hinterfragt hat. Wir sind ein bisschen überrascht, wie einige von ihnen – ausser Alex, der hat es von Anfang an immer schon gewusst – und wie blind die Verwaltung beziehungsweise die politische Führung hier hineingerasselt ist und wie die praktischen Probleme dieser Container man nicht gesehen hat oder nicht sehen wollte. Ob das jetzt ein riesiger Skandal ist, eine Unfähigkeit der Projektführung oder sonst ein Versagen, man darf dabei nicht vergessen, dass die aktuelle Führung nur teilweise verantwortlich ist. Im Moment werden auch Leichen aus einem Keller gegraben, die unter anderer Führung, alter Führung, sind zu Stande gekommen und es macht den Anschein, dass die Entlastung von den städtischen Mitarbeitern so stark im Fokus gestanden ist, dass man alle Warnhinweise in den Wind geschlagen hat und eben zu wenig ernstgenommen hat. Das ist doch bedenklich. Aber die aktuelle Führung hat sehr klar Fehler eingeräumt. Sie hat diese Fehler benannt. Sie hat aufgezeigt, wo das Problem liegt, und das ist der erste Schritt zur Problemlösung, nämlich die Erkennung und das Eingeständnis, dass es eines hat. Wir möchten nicht, dass die Übung abgebrochen wird, sondern zuerst sehen, welche Lösungen uns jetzt präsentiert werden, als nächstes für die Umsetzung dieser Container-Pflicht. Wenn wir der kürzlichen Berichterstattung zum Beispiel aus der Hauptstadt glauben können, könnte es durchaus sein, dass wenn zum Beispiel das Interesse Parkplätze oder das Interesse am Stadtbild stärker untergeordnet wird, durchaus Lösungen für diese Container geben könnte. Andere Städte haben solche Vorstösse, und das bringt uns auch zum Glauben, dass es eigentlich auch in Bern möglich sein müsste, wenn der politische Wille vorhanden ist. Wir wollen die Lösung sehen, die der Vorschlag des Gemeinderates ist, den detailliert anschauen und erst dann über einen allfälligen kompletten Übungsabbruch, wie das in dieser Motion formuliert ist, befinden. Und deswegen lehnen wir das heute ab.

Präsidentin: Merci, Maurice. Wir sind jetzt bei den Einzelvoten: Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte), Einzelvotum: Gerne noch ein bisschen ergänzend auch von meiner Seite. Als allererstes, Fehler passieren. Fehler sind menschlich und mir wäre es noch so recht, wenn man hier dazu stehen würde, dass hier Fehler passiert sind. Jetzt zieht man daraus die Konsequenzen, hört an diesem Punkt auf und dann müssen wir von mir aus und ich glaube, es liegt auch im Interesse meiner Fraktion nie mehr darüber reden respektive kommt man dann einmal mit einem neuen Vorschlag, der die alten Probleme angeht. Vielleicht einmal zuerst an die Adresse der SP. Dass ein Container-Pflicht bei neuen Überbauungen grundsätzlich begrüssenswert ist, viele Vorteile bietet für die Bewohnenden, aber auch für die Stadt und die Entsorgung, das liegt auf der Hand. Eine Container-Pflicht darf man aber nicht verwechseln mit dem Farbsacktrennsystem, weil die 2 Sachen haben, eigentlich nicht unbedingt etwas miteinander zu tun. Man kann einen Container haben für Altpapier. Man kann einen Container für die blauen Abfallsäcke haben. Das aber ein zusätzlicher Container für die verschiedenen Farbsäcke nicht möglich ist respektive der Stadt, der Bevölkerung und vor allem der Entsorgung und Recycling Bern nichts bringt, weil es nur auf einen sehr kleinen Teil des Stadtgebiets eingeführt werden kann respektive überhaupt Platz hat für die Container, das liegt ebenso auf der Hand. Also bringt es nichts, wenn man jetzt an diesem System auf mehreren Ebenen festhält. Künftig wird man Quartier-Entsorgungsstellen haben,

man wird eben die verschiedenen Container haben, man wird immer noch die blauen Abfallsäcke draussen haben, man wird immer noch Altpapier, Karton draussen haben, man wird sogar Sperrgut draussen haben. Man hat die Entsorgungsmobil ÖkoInfoMobil für Batterien, Glühbirnen und andere solche Sachen. Man hat so eine Vielzahl an Entsorgungsmöglichkeiten, dass einerseits die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern die Übersicht verlieren und andererseits auch für Entsorgung und Recycling Stadt Bern das Ganze sehr aufwändig wird zum Abhandeln und abzuarbeiten und eben wirklich ihren Kernauftrag die Entsorgung zu erledigen. Das wäre ein weiterer Grund, der dafür spricht, zu sagen: „Nein, das funktioniert nicht. Wir hören jetzt halt mal hier auf.“ Und das ist etwas, was legitim ist, das darf man in der Politik mal dazustehen und dafür nachher aufhören. Ich glaube, es fängt erst dort an, wo man nachher zwanghaft versucht, etwas weiterzuführen, das ganz offensichtlich nicht funktioniert. Und Nein, auch wenn man noch 5 Jahre Abklärungen macht, wird man auch über die Optingerstrasse nicht flächendeckend können eine Container-Pflicht einführen. Der Teil des Projekts ist gescheitert. Was uns auch fehlt oder was mir auch fehlt, es war immer die Rede vom Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden. Beim Gesundheitsschutz ist für mich zu wenig klar, wo und wann er überhaupt nötig ist. Es ist klar, die Mitarbeitenden müssen heute viel Abfall tragen. Sie müssen einen Haufen Abfallsäcke anheben. Die Frage ist, würde man die 10 Mio. Franken, die hier geplant sind plus 3 Mio. Franken Investitionskosten nicht vielleicht irgendwie in Roboterarme investieren, die die Abfallsäcke heben können. Ich glaube, da gäbe es Alternativen zu nur gerade Container, die von den Abfallwagen können automatisch gehoben werden. Dort wäre vielleicht das Geld besser investiert, wenn es effektiv um den Gesundheitsschutz geht. Es ist auch klar, dass die Leute, die vielleicht bei einem Pilotprojekt mitgemacht haben, dass die das super toll gefunden haben, weil die jetzt 2,5 Jahre lang gratis entsorgen konnten, nichts machen mussten und konnten das Zeug einfach herausstellen. Das ist sicher praktisch. Was auch praktisch wäre, wenn die Quartier-Entsorgungsstellen flächendeckender vorhanden wären. Wenn vielleicht der Weg der einzelnen Bürger und der einzelnen Bürgerin nicht so weit wäre, wenn sie näher zu einer solchen Quartier-Sammlungsstelle wären. Wenn es mehr gäbe, würden sie vielleicht auch ein bisschen weniger überquellen, man müsste sie nicht so viel Leeren gehen. Es gäbe so viele Möglichkeiten für Verbesserungen. Die Möglichkeit, die man jetzt vorgeschlagen hat, hat nicht funktioniert. Man kann auch nicht an dieser Volksabstimmung festhalten, denn damals hat man über etwas ganz anderes abgestimmt. Dort widerspreche ich der GLP recht direkt. Man hat über etwas abgestimmt und kann jetzt nicht einfach sagen: "Man wollte ja einen Wechsel." Man wollte einen Wechsel zu dem, über das man abgestimmt hat. Demokratiepolitisch kann man jetzt einfach sagen: "Ja, wir nehmen den Ja-Entscheid und machen etwas anderes daraus." Also das widerspricht dem Kernprinzip einer Abstimmung und man hat sich zu einer Frage geäußert, hat zu dieser Frage Ja gesagt und hat nicht zu einer anderen Frage, die nicht gestellt worden ist, Ja gesagt. Deshalb wirklich mit Nachdruck, bitte nehmt die Motion an, lernt aus den Fehlern und die Mitte ist sehr gern bereit für einen weiteren konstruktiven Lösungsvorschlag. Ich glaube, es gäbe viele Möglichkeiten. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Lionel. Dann kommt Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Abfalltrennung ist grundsätzlich eine gute Sache. Da gibt es ganz pragmatische Lösungen. Wer das interessiert, der kann mal auf Brest in die Bretagne gehen, dort wird das ganz pragmatisch gelöst. Die Stadt Bern hat noch

unter der Ägide von der machtbewussten Vorgängerin von Frau Kruit eine richtige Kopfgeburt montiert. Bei den Planungsaufgaben im Pilot-Quartier Mattenhof-Weissenbühl, da wo man Notabene am Dienstag zwischen gefühlte 14.00 und 14.05 Uhr hat die Planungen anschauen gehen können, hat sich schon gezeigt, dass das eine Kopfgeburt und ein Schildbürgerstreich ist. Das funktioniert so, wie es jetzt geplant ist, nicht. Wir bitten deshalb, dem Übungsabbruch und dieser Motion zuzustimmen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Oliver. Dann hat Thomas Glauser das Wort.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Man hat das sicher gut gemeint, man wollte ökologisch sein, vielfältig, das ist alles in der Praxis nicht umsetzbar. Das ist theoretisch eine gute Sache, aber die PS bringt man nicht auf den Boden. Ich habe mit Leuten geredet, vor allem mit Eigentümer von Liegenschaften und die haben gesagt: "Ich trage lieber meinen Sack noch von Hand runter und habe keinen Container. Dafür habe ich vor meinem Haus noch meinen eigenen Garten. Das heisst ich werde der Stadt keinen 1 m² für einen Container geben." Also ich bevorzuge lieber noch das alte System, als das ich irgendwie 1 m² für einen Container-Platz gebe, das ist das Problem. Man hat eine Container-Pflicht eingeführt und hat die Lagebeurteilung am Anfang dieses Projekts gar nicht gemacht. Man hat gedacht, da sage gerade jeder: "Ja, hurra, ein Container." Das ist eben nicht so. Die Leute wollen die Containerplätze gar nicht, sie haben eben lieber noch irgendwie selber etwas Garten vor dem Haus und dann ist das Trottoir. Dann gibt es vielleicht noch einen Fahrradweg. Es wird einfach zu eng und da muss ich Lionel Recht geben, man kann es nicht flächendeckend machen, unmöglich. Man kann an einem Ort den Sack noch haben, an einem anderen Ort bei einem Neubau kann man es konkret einplanen. Ich habe jetzt das Glück, ich wohne im Ostring, im Wittigkofen, eine Überbauung aus den Siebzigerjahren. Dort hat man das systematisch eingeplant, die Container-Plätze, wir haben das schon lange. Aber vielleicht in einer Altstadt geht es eben nicht oder bei engen Wegen. Aber das hat einfach durchgezwingt werden müssen. Eine Zwängerei könnte man sagen, ja. Eine Zwängerei, wo wir mehrheitlich auf der theoretischen Basis hätten gutheissen können, wo Sinn gemacht hat, aber die Praxis gleich 0. PS nicht auf den Boden gebracht. Übung nicht erfüllt und darum würde ich auch empfehlen, dass man dort wirklich einen Abbruch macht. Und dass man halt den Flickteppich... ist auch erwähnt worden. Es gibt einen Flickteppich, weil nicht alle Quartiere gleich gestaltet sind. Und die Leute wollen zum Teil keinen Platz geben für einen Container. Wollt ihr die enteignen? Das wird lustig. Ich hoffe, dass wir die Motion annehmen können.

Präsidentin: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Schade, dass wir den Vorstoss nicht gerade mit dem Fachgeschäft diskutieren konnten, aber ich respektiere natürlich eure Entscheidung. Ich verstehe auch euren Unmut, dass wir das System nicht so wie geplant umsetzen können. Ein Übungsabbruch wäre aber inhaltlich falsch und wirklich auch eine verpasste Chance. Ich teile die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, wonach wir grundsätzlich ein gutes funktionierendes Entsorgungssystem haben. Aber jetzt kommt eben das Aber, wir haben grössere Probleme, die wir ernst nehmen und anpacken müssen, und zwar haben wir wirklich die gesundheitliche Belastung von unseren Beladerinnen und Belader. Wir haben überquellende Sammelstellen, wir haben enge Bereitstellungszeitfenster, von Tieren aufgerissene Säcke und so weiter und so fort. Das Farbsacktrennsystem und damit verbunden die Container-Pflicht sind wirklich kein

Luxusprojekt. Es ist vielmehr nötig, um den Problemen des heutigen Systems begegnen zu können. Und wenn jetzt einfach ein Übungsabbruch beschlossen werden würde, stehen wir immer noch mit dem Problem da, aber eben ohne Lösung und das will der Gemeinderat nicht. Aber es ist so, wir müssen über die Bücher, es sind Anpassungen nötig. Wir wollen ein angepasstes System ausarbeiten, das die Defizite, die es heute gibt, möglichst behebt, und dazu gibt es Lösungsansätze. Der Gemeinderat hat darum vor 3 Wochen zuhause vom Stadtrat ein Sachgeschäft verabschiedet. Darin zeigt er einerseits auf, warum das System in seiner ursprünglichen Form eben nicht beziehungsweise nicht ohne unverhältnismässige Eingriffe eingeführt werden kann. Ja, das ist schade, wir hätten es gerne anders gehabt. Andererseits skizziert er darin die erwähnten neuen Lösungssätze auf und will sich vom Stadtrat den Auftrag holen, das angepasste System auszuarbeiten. Das Sachgeschäft wird dem Stadtrat eine fundierte Auseinandersetzung mit der Thematik ermöglichen, so wie die Möglichkeit eröffnen, ersten Inputs zu den möglichen neuen Lösungen zu geben. Und dort können wir, was der Gemeinderat bedauern würde, natürlich auch über Ausstiegsmöglichkeiten diskutieren. Ich bin wirklich schon ein bisschen erstaunt, dass ein Teil von ihnen das Projekt einfach ohne die fundierten Informationen, die wir ihnen noch liefern wollen, beerdigen will. Der Gemeinderat legt ihnen deshalb auch nahe auf einen vorschnellen Übungsabbruch zu verzichten und die Motion abzulehnen. Bitte denken sie wirklich an den Gesundheitsschutz unserer Beladerinnen und Belader, auch wenn die Einführung der Container-Pflicht weniger weit umgesetzt werden kann als ursprünglich gedacht. So sind doch mit dem angepassten und flexibleren System grössere Verbesserungen möglich. Der Gesundheit unserer Beladerinnen und Belader helfen wir mit jedem zusätzlichen Container, nicht erst mit einem perfekten System. Jeder Container bedeutet weniger Heben. Man kann auch sagen, jeder Container zählt. Ja dann noch kurz 2-3 Worte also zur Geobestimmung und was dort drinsteht. Wir haben mit der Stadtkanzlei juristisch abgeklärt, was es wäre, wenn der Stadtrat heute dieser Motion zustimmt und sich damit für einen sofortigen Übungsabbruch aussprechen würde. Also einerseits ist es so, dass das erwähnte Sachgeschäft bereits vom Gemeinderat zuhause vom Stadtrat verabschiedet ist und nicht einfach so von der Bildfläche verschwinden würde und andererseits kann der Stadtrat zwar gemäss den Bestimmungen in der Gemeindeordnung, also konkret Artikel 145 Absatz 2 in eigener Kompetenz, also ohne erneute Volksabstimmung über Anpassungen der Abstimmungsvorlage, wo von den Stimmberechtigten gutgeheissen worden ist, entscheiden. Das gilt aber nicht bei einem vollständigen Verzicht auf die Umsetzung. In solchen Fällen braucht es immer eine neue Volksabstimmung. Mit einem Entscheid des Stadtrates über einen Übungsabbruch wäre die Angelegenheit sowieso nicht einfach per se erledigt. Klar können sie verlangen, diese Arbeiten abbrechen, aber das hiesse, dass der Gemeinderat zuhause des Stadtrates eine Abstimmungsbotschaft ausarbeitet mit dem Antrag, auf dieses Projekt gänzlich zu verzichten. Und dafür braucht es doch einfach wirklich, liebe Stadträtinnen und Stadträte, eine fundierte Diskussion, wo wir alle Möglichkeiten auf dem Tisch haben und wir auch die Probleme wirklich näher schildern können. Der Gemeinderat bittet euch darum auch die Motion abzulehnen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir stimmen über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 039

2023.SR.000062

Ablehnung

Ja	22
Nein	40
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt die Motion abgelehnt.

2023.SR.0129

20 Interfraktionelles Postulat Fraktion GFL/EVP, GB/JA (Tanja Miljanovic, GFL / Nora Joos, JA): Optimierung des Betriebs der Parkhäuser in der Innenstadt

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 20, das interfraktionelle Postulat. Ist das Postulat bestritten? Ja, gut, dann erteile ich den Einreichenden das Wort: Lukas Gutzwiller.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Einreichenden: Wir danken dem Gemeinderat für die kurze und wohlwollende Antwort zu unserem Postulat. Dass in einem ersten Schritt alle parkierten Autos vom öffentlichen Raum in die Tiefgaragen verlegt werden sollen, ist sehr unterstützungswürdig und sehr logisch und wir bedauern, dass es eine Beschwerde dagegen gibt. Der Aufhänger für unser Postulat ist vor allem die Umgestaltung des Waisenhausplatzes und der Hodlerstrasse. Gerade für diese Umgestaltung wäre eine Neuausrichtung des Waisenhaus-Parking sehr wichtig, um den Verkehr vom Bollwerk dort hin, zu reduzieren. Wir freuen uns aber darüber, dass der Gemeinderat bis Ende 2026 einen Prüfbericht vorlegen will.

Präsidentin: Danke vielmals, Lukas. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Nora Joos für die GB/JA!-Fraktion.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Parkhäuser in der Innenstadt sind nicht mehr zeitgerecht. Sie sind mitverantwortlich an den vielen Autos, die tagtäglich noch in der Innenstadt herumfahren und die Aufenthaltsqualität massiv verschlechtern. Sie führen dazu, dass Leute aus Bequemlichkeit nicht andere nachhaltige Mobilitätsformen für den Weg in die Stadt nutzen. Die Parkhäuser tragen zwar dazu bei, dass oberirdische Parkplätze abgebaut werden können, so wie es Lukas schon erwähnt hat, aber führen insgesamt nicht zur Reduktion der Einfahrten. Parkhäuser sind somit keine Lösung, sondern nur eine Umlagerung des Problems. Weil auch wenn die Autos unterirdisch parkieren, brauchen sie im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln überproportional viel Platz, fahren auch so noch durch die Strassen und sind nicht mit einer guten Aufenthaltsqualität vereinbar. Die negativen Klimaauswirkungen von Autos und Problemen, die Parkhäuser für die Versickerung des Regenwassers darstellen, werden nicht einmal erwähnt. Aber bleiben wir beim Platz- und die Aufenthaltsqualität-Probleme der Autos. Das Ziel darf nicht sein, einfach keine oberirdischen Parkplätze mehr zu haben, sondern der MIV muss in der Innenstadt stark bis ganz reduziert werden. Dazu muss die Nutzung von Parkhäusern fundamental umgedacht werden. Die GB/JA!-Fraktion möchte nicht, dass am Schluss einfach nur fette Elektro-Tesla durch die Strassen fahren und unterirdisch laden und parkieren, sondern dass Parkhäuser zukünftig nicht mehr als Parkhäuser bewirtschaftet werden. Wir fordern den Gemeinderat auf, bis 2026 pro Parkhaus zu prüfen, welche zukünftige Nutzungsformen möglich sind. Uns ist bewusst, dass je nach Parkhaus unterschiedliches machbar ist. Je nach Licht- oder Standortverhältnis eignet

sich ein Parkhaus, zum Beispiel mehr als Lagerhalle oder mehr als öffentliche Velo-Werkstatt und einfach 2 zukünftige mögliche Beispiele zu nennen. Das Monbijou-Parkhaus könnte zukünftig ganz anders genutzt werden als zum Beispiel das Bahnhof-Parking. Die Liste der möglichen Ideen ist von Veranstaltungsräumen über Velostationen bis zu Bewegungsräumen lang und wir freuen uns auf die hoffentlich kreativen und mutigen Vorschläge der Verwaltung sowie auf den partizipativen Ausarbeitungsprozess. Mutig so soll der Gemeinderat auch auf die Miteigentümer der Parkhäuser zugehen und sie dann für die Umgestaltung der Parkhäuser zu gewinnen, weil auch für sie die Umnutzung von diesen einen grossen Vorteil bringen kann. Die GB/JA!-Fraktion nimmt das Postulat an und der Fristverlängerung stimmen wir zu, damit die Verwaltung genug Zeit hat, um die Umnutzung der Parkhäuser vertieft zu prüfen. Merci.

Präsidentin: Merci, Nora. Dann kommt Claude Grosjean, wahrscheinlich mit seinem letzten Votum im Stadtrat.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Vielen Dank. Ich hätte wirklich nicht gedacht, dass es noch reicht, aber das zeigt, wie effizient wir unterwegs sind. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Parkhäuser in der Innenstadt, die sind wirklich sehr attraktiv gelegen. Das ist auch kein Wunder, denn sie sind aus einer Zeit, wo die Massenmobilisierung das grosse Ziel gewesen ist, wo jeder und jede ein Auto hat sollen können haben und mit dem Auto überall hin sollen können hinfahren. Für die Innenstadt sind die Parkhäuser gar nicht schlecht, denn sie sind immerhin am Rand der Innenstadt gelegen und sie sind nicht genau mitten in der Innenstadt. Es ist aber klar, dass die Parkhäuser für alle umliegenden Quartiere Breitenrain, Länggasse, Mattenhof, Kirchenfeld, Murifeld, Schosshalden und so weiter zu Mehrverkehr führen. Zentraler Parkraum muss deshalb, wenn man ihn nutzen will, seinen Preis haben. Das ist ein klassisches GLP-Argument, aber wir sind nicht allein, die Stadt Paris hat uns das vorgemacht. Dort kostet inzwischen eine Stunde parkieren mit dem SUV und dann nicht im Parkhaus, sondern überirdisch 18 Euro. Wir sind sehr gespannt, zu welchem Ergebnis der Gemeinderat bei seinen Abklärungen kommt und deshalb überweisen wir diesen Vorstoss mehrheitlich und nehmen ihn an. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke vielmals, Claude. Dann hat noch Alex Feuz das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt den Vorstoss klar ab. Ich habe unlängst einen Vorstoss eingegeben, ob man im Neufeld-Tunnel jetzt dann Champignons züchten will. Ich habe das ein bisschen zynisch gemeint, aber jetzt habe ich aufgenommen, dass eben die Parkplätze umgenutzt werden sollen als Lagerhaus, als Velo-Werkstätte. Man könnte vielleicht so eine Pingpong-Trainingsanlage machen. Meine Damen und Herren, ihr wollt einfach das Auto ganz aus der Stadt verbannen. Zuerst habt ihr noch gesagt, ein Parkplatz-Kompromiss, die Parkplätze sollen unter den Boden gehen. Jetzt, die Leute in der Stadt, die sollen nicht einmal mehr ein Auto haben. Ihr wollt wahrscheinlich wirklich die Stadt säubern von Leuten, von Autofahrer, die auf das Auto angewiesen sind. Für mich ist es ein dirigistischer Vorstoss und es ist unverständlich, dass der Gemeinderat diesen als Postulat annehmen will. Der Gemeinderat ist ja selber in der Stadt Bern an diesen Parkhäusern noch beteiligt und jetzt will man dann dort wahrscheinlich Ping-Pong-Tische aufstellen oder was auch immer. Aber es zeigt einmal mehr die Unfähigkeit dieses Rot-Grünen Gemeinderates. Ich will mich hier angesichts der Zeit auch nicht weiter auslassen, aber denkt daran, es ist jenseitig, was hier gefordert wird. Man muss einen Vorstoss zwischen der Zeile lesen, wenn ihr es nur

so oben lest, könntet ihr noch meinen, dass es eine Optimierung ist. Aber Optimierung nach Sinn der Vorstossgegner ist eben Umwandeln in eine Anlage, Velo-Werkstatt oder Ping-Pong-Tischen. Und mein zynischer Vorstoss mit der Champignonzucht im Neufeld ist wahrscheinlich etwas, was in ein paar Jahren von euch noch mitgetragen wird. In dem Sinn klare Ablehnung.

Präsidentin: Merci, Alex. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die Antwort des Gemeinderates ist unverändert gültig, auch wenn sie schon ein bisschen älter ist. Die bestehenden Parkhäuser in der Innenstadt spielen eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung und Bewirtschaftung des öffentlichen Raums in der Innenstadt. Gerne ist der Gemeinderat deshalb auch bereit zu prüfen, ob und allenfalls, wie der Betrieb der Parkhäuser optimiert werden kann. Angesichts von den zahlreichen Abklärungen und Projekten, die bereits laufen, beantragen wir euch gleichzeitig eben eine Fristverlängerung für den Prüfungsbericht bis Ende 2026. Wo ich schon ein bisschen die Erwartungen dämpfen muss ist also, dass man jetzt eben dann dort Pingpongische hätte oder Fitnessräume. Das ist dann doch eher unvorstellbar, sondern es geht wirklich um die Bewirtschaftung des öffentlichen Raums und wie wir dort eine Entlastung hinkriegen, eben auch in den Parkhäusern.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Marieke. Wir kommen zu den letzten 2 Abstimmungen von heute, und zwar der erste Punkt ist, ob ihr das Postulat erheblich erklären wollt.

Abstimmung Nr. 040

2023.SR.0129	
Annahme	
Ja	49
Nein	11
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Dann stimmen wir über die Fristverlängerung für den Prüfungsbericht bis Ende 2026 ab.

Abstimmung Nr. 041

2023.SR.0129: Fristverlängerung	
Annahme	
Ja	62
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr stimmt der Fristverlängerung zu. Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Einen Moment... Wir stimmen über die Wiedererwägung des letzten Traktandums ab. Das Rückkommen auf das Traktandum 20. Das, über das wir jetzt

gerade abgestimmt haben, oder? Ja, zu den Parkhäusern. Gut, wir stimmen ab über die Wiedererwägung. Nein, über das Rückkommen. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 042

2023.SR.0129: Wiedererwägung

Annahme

Ja	34
Nein	33
Enthalten	0

Präsidentin: Gut, ihr habt dem zugestimmt. Wir sind bald fertig. Bitte alle jetzt nochmal ganz schnell Ruhe bewahren. Wir stimmen jetzt noch einmal ab über Traktandum 20, ob ihr dem Postulat zustimmen wollt.

Abstimmung Nr. 043

2023.SR.0129

Annahme

Ja	46
Nein	16
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Danke vielmals. Ich wünsche euch ganz schöne Ostern, und wir sehen uns bald wieder.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

21 Postulat Eva Gammenthaler (AL) - übernommen durch Raffael Joggi (AL): Überwindung des Kapitalismus: Fundierte Analyse des städtischen Handlungsspielraums 2021.SR. 000198

22 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der Diskriminierung in Betrieben, die von der Stadt gefördert werden und mit denen ein Leistungsvertrag besteht! 2022.SR. 000215

23 Motion Judith Schenk (GLP) und Gabriela Blatter (GLP): Vermeidung von Vogelschlag 2023.SR. 0110

24 Motion Kommission Soziales, Bildung und Kultur (Ursina Anderegg, GB): Durchführung eines Pilotversuches zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit anderen Städten 2022.SR. 000124

25 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Sozialbehörde in der Stadt Bern 2018.SR. 000174

26 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Ausländeranteil in der Sozialhilfe 2019.SR. 000190

27 Motion Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB): Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern! 2021.SR. 000026

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Bernhard Hess): Reithalle Dachstock Against Genocide Solidarity Rave. Wie stellt sich der Gemeinderat dazu?
2. Interfraktionelle Interpellation GFL, GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA (Michael Ruefer, GFL/Katharina Gallizzi,GB/Nora Joos,JA/Laura Binz,SP/David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA), Simone Machado (GaP): Einführung Tempo 30 Zonen: Welchen Spielraum hat die Stadt Bern im Strassenverkehr?
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Bernhard Hess): Bern Neufeld: Die Betreiberin des Carterminals im Neufeld gibt auf: Wie gedenkt die Stadt die Finanzierungslücke zu schliessen? Wann ist mit der Realisierung des Carterminals zu rechnen?
4. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP), Florence Pärli Schmid (JF): Früherkennungssystem und Benchmarking in der Finanzplanung
5. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Bernhard Hess): Mitwirkung 2. Tramachse Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Diverse Stellungnahmen gingen in Briefform ein, sie wurden nicht systematisch ausgewertet? Gibt es einen Zwang für die Verwendung des Fragenkatalogs? Gesetzliche Grundlage?

Schluss der Sitzung: 22.34 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Redaktion: Clara Rüsi